

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage *Neue Welt* einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.)

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13093.

**Anzeigen** kosten die 7 gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4396 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Tageskalender.

Der Parteitag der fortschrittlichen Volkspartei in Mannheim wird einer Entscheidung über die Forderung auf Ermäßigung der Getreidezölle aus.

Auf der Reichsversammlung in Kiel steht die Entlassung von weiteren 1000 Werftarbeitern bevor.

Unter der Führung Oesterreichs und Russlands bereitet sich eine gemeinsame Friedensaktion der Mächte auf dem Balkan vor.

Die russische Regierung setzt ihre Vergewaltigungspolitik gegen Finnland durch Verhaftung von drei Gemeindebeamten von Wiborg fort.

Ein der New Yorker Polizeiverbrecherbande unbehaglicher Zeuge wurde einen Tag vor Beginn des Rosenthal-Mordprozesses im Straßenbahnwagen erschossen.

In Nicaragua fanden blutige Gefechte mit den Rebellen statt.

## China und das imperialistische Staatenkartell.

Leipzig, 7. Oktober.

Von Leo Tolstoi stammt die Bemerkung: „Gold ist das Mittel, mit dem Menschen Menschen zu Sklaven machen“. Die imperialistische Politik bedient sich dieses Mittels kräftig, und man könnte jenem Aphorismus die Form geben: Geld ist das Mittel, womit Völker zu Sklaven der kapitalistischen Staaten gemacht werden. Indem nämlich die Kapitalisten Völkern auf primitiver Stufe wirtschaftlicher Entwicklung Geld leihen, beuten sie nicht nur diese Völker durch Wucherzins aus, sondern sie zwingen diese Völker damit auch, ihre eigene Wirtschaft zu revolutionieren. Staatsschulden sind ja, wie Karl Marx dargetan hat, einer der mächtigsten Hebel des Kapitalismus. Schließlich aber kommen heute hinter den Kapitalisten die Regierungen der „Kulturländer“ mit Panzerschiffen, Kanonen und Maschinengewehren, um über die prompte Zahlung jener Wucherzinsen zu wachen, und dann geht die politische Selbstständigkeit jener Völker leicht in die Brüche.

Selten ist dieser Prozeß so deutlich zu Tage getreten, wie jetzt, wo China, wie wir bereits kurz darstellten, gegen seinen Willen partout mit einer Anleihe beglückt werden soll.

Die chinesische Revolution ist zum vorläufigen Abschluß gekommen durch Uebertragung der Regierungsgewalt an eine Clique von Bureaufahrern mit Juanjschikais an der Spitze, die mit den Revolutionären ein Kompromiß abgeschlossen hat. Daß die neue Regierung, die Reformen durchführen will, Geld braucht, ist selbstverständlich. Im

Frühjahr trat denn auch diese Regierung mit Finanziers in Verbindung, um sich eine Anleihe zu verschaffen. Sofort aber machte sich die Rivalität der Kapitalisten verschiedener Länder geltend: wer sollte das Geschäft machen? Die chinesische Regierung schien die Wahl zu haben und konnte auf günstige Bedingungen rechnen, denn man rief sich ja darum, ihr Geld leihen zu dürfen, und sie konnte mit jenen abschließen, die ihr den Kredit am billigsten gaben. Aber da begann das Diplomatenspiel: England wird nicht dulden, daß amerikanische Kapitalisten das Geschäft machen; Amerika wird nicht zulassen, daß seine Bankiers ausgehalet werden usw. Resultat: es kam ein Einvernehmen zustande, indem die Vertreter Englands, Frankreichs, Deutschlands und Amerikas gemeinsam vorgingen. Es wurde ein Anleihekartell aus den führenden Bankinstituten dieser vier Länder gebildet, das allein Anleihen für China vermitteln sollte unter Beteiligung der „nationalen“ Kapitalisten. Die Regierungen verpflichteten sich, ihren politischen Einfluß geltend zu machen, damit die chinesische Regierung von anderer Seite keine Anleihe erhält. Damit das Geschäft lohnt, wurde der chinesischen Regierung das freundliche Anerbieten gemacht, ihr auf einen Hieb eine Anleihe von 1200 Millionen Mark zu verschaffen, aber gleichzeitig wurde eine Bedingung gestellt: die Finanzen Chinas sollten unter Kontrolle genommen werden, wie jene der Türkei. Bisher bestand eine nur teilweise Kontrolle, indem China zur Verzinsung seiner bisherigen Anleihen — es sind im ganzen rund 2640 Millionen Mark — und zur Zahlung der „Entschädigung“ aus dem Bogerzustande gewisse Einkünfte, vor allem die in den Häfen erhobenen Zölle den europäischen Mächten und den Gläubigern verpfändet hat; diese Einnahmen also werden von einem europäischen Finanzkontrolleur überwacht. Eine Ausdehnung der Kontrolle würde bedeuten, daß die Regierungen der vier Staaten jederzeit sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen, daß sie über die Art, wie das Geld aus der Anleihe und die laufenden Einnahmen zu verwenden sind, mitreden würden. Die chinesische Regierung macht demgegenüber geltend: 1. daß sie gar nicht so viel Geld braucht; nicht 1200 Millionen, sondern rund 100 Millionen will sie aufnehmen, um den dringenden Bedarf zu decken, und in naher Zukunft hofft sie, ihre Finanzen soweit reformiert zu haben, daß sie ohne große auswärtige Anleihen, außer vielleicht solchen für werbende Anlagen (Eisenbahnen, Hafengebäuden), die dann durch diese Anlagen sichergestellt werden, auskommen gedenkt; 2. daß China bisher allen seinen finanziellen Verpflichtungen prompt nachgekommen, niemals mit den Zinsen und sonstigen Zahlungen im Rückstand war, nicht einmal in der Zeit der Revolution; folglich auch eine Kontrolle nicht berechtigt sei; 3. daß der Kredit Chinas unerschütterlich ist, weil ja private europäische und amerikanische Bankinstitute sich dazu drängen, Anleihen für China zu vermitteln. Hilft nichts! Die Mächte erklären: entweder 1200 Millionen und Kontrolle oder gar nichts.

In den nächsten Monaten änderte sich die Situation dahin, daß auch noch Rußland und Japan jenem Kartell beigetreten sind. Dadurch wird die Affäre nun schon ganz standalös, da ja alle Welt weiß, daß weder in Rußland noch in Japan Leihkapital zu vergeben ist, sintermalen beide Staaten für ihren eigenen Bedarf Anleihen im Ausland machen. Die Russen und Japaner müßten in England und Frankreich pumpen, um China Anleihen geben zu können! Nichtsdestoweniger bestehen sie darauf, an dem Kartell beteiligt und — darauf kommt es eben an — bei der Kontrolle vertreten zu sein.

Nun folgt der dritte Akt dieser Tragikomödie: der chinesischen Regierung gelingt es, mit der englischen Bankfirma Birch, Crisp u. Comp. einen Vertrag zu schließen, wonach diese Firma auf eigene Faust unter Umgehung des Sechsmächte-Kartells eine Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling (200 Millionen Mark) vermitteln soll. Bedingungen nicht übel: 5 Prozent jährlich, Emissionsturs 95 für 100; für die Käufer der Scheine besteht also Aussicht, gleich noch einen Rebbach zu machen, denn die früheren fünfprozentigen Anleihen Chinas haben einen Kurs von 100 für 100 und es ist zu erwarten, daß die neue Anleihe alsbald den gleichen Stand erreicht, also die Scheine, die zu 95 für 100 gekauft mit 100 für 100 an der Börse verkauft werden können. Die Bankiers machen einen noch besseren Schnitt, denn wie es heißt, war der Uebernahmesturs 90 Prozent und 1/4 Prozent Provision, d. h. die Bankiers würden der chinesischen Regierung 89 für 100 zahlen, dem Publikum dagegen die Scheine mit 95 für 100 abgeben, also außer der Provision 6 Prozent in die Tasche stecken. Kein Wunder, daß die Bankiers sich stark ins Zeug legen. Am 25. September gehen enthusiastische Berichte durch die Presse. Das Berliner Tageblatt z. B. schreibt:

Die Hälfte der zehn Millionen Pfund-Anleihe wurde gestern in zwei Stunden gezeichnet, und im Laufe des Tages wurde die Anleihe mehrfach überzeichnet. Die Bureau von Birch, Crisp and Company wurden für mich gefürmt. Aus Berlin wird dem Daily Telegraph gemeldet, daß die Sechsmächtegruppe tatsächlich aufgelöst sei.

Also: ein glänzender Sieg Juanjschikais. Er hat das Geld und von der Kontrolle ist keine Rede mehr. Fragt sich nur: wer hat wem ein Bein gestellt? Die Sechsmächtegruppe war offenbar verpflichtet, solidarisch vorzugehen. Eine englische Bankfirma hat sich als Außenreiter ausgespielt, also hat wohl die englische Regierung die anderen im Stich gelassen. Auf der anderen Seite aber wird behauptet: Herr Crisp ist der Fanulus des russischen Finanzministeriums und hat die Sache auf dessen Veranlassung gedeckelt, weil Rußland daran gelegen ist, den anderen fünf ein Bein zu stellen, China zu zeigen, daß es mit der russischen Freundschaft am besten fährt. Wer recht hat, weiß man noch nicht, aber auf alle Fälle ist die Solidarität in die Binsen.

## Feuilleton.

### Biljecronas Heimat.

Roman von Selma Lagerlöf

91 Nachdruck verboten. Die Pflegegeschwester lachte hell hinaus. „Denk dir, wie lustig er es da gehabt hätte!“ sagte sie.

„Ja, das ist klar, der Herr Vater fuhr ordentlich ins Zeug. Es paßte ihm nicht alle Tage, daß er mit jemand zusammenkam, der es nicht verstand, wenn er scherzte. Jetzt erklärte er, er könne absolut nicht begreifen, warum Jungfer Babij so erstaunt aussehe. Ob sie meine, die Gräfin werde ihn nicht haben wollen? Aber er wisse ganz bestimmt, daß ihn die Gräfin für einen schönen Mann halte. Solange sie auf Borg sei, besuche sie die Kirche jeden Sonntag, und sie habe selbst einmal gesagt, einen häßlichen Pfarrer könnte sie nicht predigen hören.“

Das war doch zu komisch! Als Schneewittchens Vater dieses sagte, zeigten sich auf Jungfer Babij' Wangen zwei brennend rote Flecken. Sie hatte gewiß, so lange als es ihr möglich war, geschwiegen, aber jetzt mußte sie ihrem Jortn Luft machen.

Und das will ein Pfarrer und ein Diener Gottes sein! brach sie los.

Aber die Jungfer hatte eine sehr scharfe, rauhe Stimme. Sie war klein von Gestalt und hatte ein kleines feines Gesicht und ganz freudeweiße Haare, obgleich sie kaum in den Vierzigern war. Auch sah sie sanft wie eine Taube aus. Aber gerade deshalb erschraf man, wenn sie zu sprechen anfing.

Nachdem die Jungfer mit dieser tiefen Grabesstimme ihr Urteil über den Vater gefällt hatte, brach er in helles Lachen aus; da sprach die Jungfer während des ganzen Essens kein einziges Wort mehr.“

Die Pflegegeschwester lachte auch; aber die Pfarrerstochter jensezte nur, ehe sie fortfuhr.

„Ja brauche wohl kaum zu sagen, wie sehr Schneewittchen ihren Vater ansehete, das Reden zu lassen, und wie betrübt sie war, als alles nichts half. Sie lebte in beständiger Angst, die Jungfer werde aus dem Pfarrhaus auf und dahgehen, wie sie von Borg auf und davon gegangen war.“

„O, sie wird schon geblieben sein,“ sagte die Pflegegeschwester.

„Allerdings, sie blieb, und darüber war Schneewittchen unbeschreiblich froh. Ueberdies machte sich die Jungfer nun auch im Haushalt nützlich. Sie wollte nicht da sein, ohne etwas zu arbeiten, erklärte sie. Hast du je so was gehört?“

Ganz natürlicherweise begnügte sich auch so eine wie diese Jungfer nicht damit, die gewohnte einfache Hausmannskost zu kochen, sondern sie richtete nach französischer Art an, wie es in einem Grafenhaus verlangt wurde. Und der Vater, der mehrere Jahre Hauslehrer in vornehmen Familien gewesen war, lebte wieder in seiner Jugendzeit, wo er Fleischfarcen und Pasteten und gewürzte Saucen zu essen bekommen hatte. So viel war gewiß, während Schneewittchens Abwesenheit würde er sicherlich keine Not leiden. Auch war es der Tochter eine Beruhigung, als sie merkte, daß ihr Vater die Jungfer mit seinen Redereien nicht so scharf aufs Korn nahm, wenn sie ihm ein besonders gutes Gericht vorgesetzt hatte. Und etwas andres war noch befriedigender: der Vater und die Jungfer hatten nämlich alle beide besonders große Freude am Gartenbau. Der Vater konnte, so lange er wollte, über die Archiater Linns und Hummarby und den Botanischen Garten in Upsala reden, nie wurde es die Jungfer müde, ihm anzuhören.

Der Gartenbau war es auch scharf, der den Vater mit dem Dableiben der Jungfer ausjöhnte. Sonst wäre es niemals gegangen. Diesem Umstand hatte es Schneewittchen zu verdanken, daß sie ohne Sorge abreisen konnte. Nun hoffte sie fast sicher, Jungfer Babij und ihr Herr Vater würden es miteinander aushalten, bis sie wieder zurückkam.

Und doch! Obgleich sie jetzt wirklich beruhigt war, weil sie ihre Gedanken während der ganzen Zeit ihrer Abwesenheit doch alle Tage daheim bei dem geliebten Vater, und sie fragte sich oftmals, ob er die arme Babij nicht doch ab und zu mit seinen Redereien plagte.

Als Schneewittchen vierzehn Tage abwesend war, erhielt sie von ihrem Vater einen unbeschreiblich komischen Brief, der von Anfang bis zu Ende davon handelte, wie es ihm und Jungfer Babij miteinander ging. Eines Abends seien Leutnant Bergh und Patron Julius zu Besuch gekommen, da hätten sie Karten gespielt und Wellmannsche Lieder gesungen. Und siehe! am nächsten Tag habe die Jungfer gar nicht mit ihm sprechen wollen, und die ganze Woche hindurch habe er nur Blutklöße mit Speck oder Meerrettich mit Sering zu Mittag bekommen. Gestern jedoch seien Krustaden und gebatener Lachs aufspaziert, nun sei er also wieder zu Gnaden angenommen.

Schneewittchen mußte hell aufstachen; das gute Väterchen war ganz närrisch. Doch beruhigte sie dieser Brief nicht vollständig. Der nächste dagegen klang besser. Da berichtete der Vater, der lange Beugt habe erklärt, er wolle seine alte Liebste, die lustige Raja, heiraten. Und wer habe ihn dazu gebracht? Niemand anders als Jungfer Babij; die hätte ihm vorgerepigt, wie unrecht es sei, daß er ein Frauenzimmer vierzehn Jahre lang auf sich warten lasse; und schließlich habe das gewirkt.

Schneewittchen konnte wohl merken, wie vergnügt der Vater war. In diesem Brief schrieb er auch nicht von der Babija, sondern von Jungfer Babij. Das war ein sicheres Zeichen, daß der gute Vater jetzt herausgebracht hatte, weshalb vorzügliches Frauenzimmer sie war. Danach bekam Schneewittchen keinen Brief mehr von ihrem Vater, sondern nur noch kurze Bilette, in denen er sagte, er habe sehr viel zu tun und deshalb keine Zeit zum Briefschreiben. Von der Jungfer stand kein Wort mehr darin. Er hatte sich also jetzt wohl an sie gewöhnt und beschäftigt sich in seinen Gedanken mit ihr nicht mehr als mit den andern Dienstboten.

Aber ein Rest von Besorgnis war doch immer noch vorhanden; und ich will gar nicht erst versuchen, dir zu be-

Doch plötzlich preist es aus einem anderen Loch: am 27. September wird gemeldet, das englische Ministerium des Auswärtigen habe Herrn Crisp kategorisch erklärt, es sei dagegen, daß er das Geschäft macht. Eine solche Erklärung braucht freilich einem Privatbankier kein Befehl zu sein, denn die Regierung hat ihm nichts in seine Geschäfte dreinzureden, aber ihr nicht zu folgen, hat doch seine Bedenken: den Zorn der Regierung auf sich lenken, heißt — es mit der Bank von England verderben, und das ist eine wichtige Sache. Was nun Herr Crisp eigentlich tun wird, weiß man noch nicht. Sonderbar ist nebei, daß es jetzt mit dem „Ueberzeichnen“ und dem Sturm auf die Bureaus nichts ist. Das nämlche Berliner Tageblatt meldet am 1. Oktober (diesmal freilich im Handelsteil), Herr Crisp habe ein schlechtes Geschäft gemacht; er und die übrigen Garantien müßten, „mangels ausreichender Zeichnungen des Publikums“, 60 Prozent der Anleihe selbst übernehmen. Ob nun China die 5 Millionen Pfund bekommt, ist unsicher, die zweite Hälfte wird jedenfalls ausfallen.

Worauf ist diese Wendung zurückzuführen? Offenbar ist das „Missverständnis“ beseitigt, die Regierungen von England und Rußland sind ins Reine gekommen. VIELLEICHT IST DAS EINES DER ERGEBNISSE DER VORBEREITUNGEN, die in Balmoral zwischen Herrn Sazonow und Herrn Grey geschmiegelt wurden.

Die letzte Sensation ist, daß die chinesische Regierung verfehlt, durch die Hamburger Exportfirma Georg Westendorp 40 Millionen Mark in Deutschland zu leihen, und daß die offiziöse Kölnische Zeitung erklärt, die Regierung würde eine solche Anleihe nicht zur Börsennotierung zulassen, und die Großbanken würden ihre Zustimmung nicht geben.

Was weiter geschieht, ob die Sechsmächtegruppe ihr Ziel erreicht, oder ob Juanschikai sich aus der Verlegenheit holt, bis die Solidität abermals gründlich in die Brüche geht, bleibt abzuwarten.

Die Affäre hat infolgedessen ein besonderes Interesse, als hier verwirklicht scheint, was manche Leute als einen Ausweg aus der imperialistischen Rivalität betrachten: die Sechsmächtegruppe ist sozusagen ein Kartell der kapitalistischen Staaten; statt sich zu bekämpfen, tun die Mächte sich zusammen, um gemeinsam China den Strick der „Finanzkontrolle“ um den Hals zu legen. Aber wir sehen auch, daß, wie in einem wirklichen Kartell, die Kontrahenten bereit sind, gegeneinander zu intrigieren, sich gegenseitig ein Bein stellen, daß außerdem sich Außenleiter melden, die das Geschäft verderben. Bei wirtschaftlichen Kartellen kommt es nicht selten vor, daß die Gemeinsamkeit der Interessen plötzlich aufsteigt und um so wütender der Kampf aller gegen alle von neuem einsetzt. Uns will scheinen, daß dieses Schicksal auch dem „politischen Kartell“ der Sechsmächtegruppe droht.

## Die Kriegsgefahr.

Friede oder Krieg? Die Frage ist nach wie vor unentschieden. Das Kriegsgeschrei auf dem Balkan hält an, in Dadrin, an den Ufern des Genfer Sees, verhandelt man nach wie vor über eine Formel, die den italienisch-türkischen Krieg beenden soll, und in den Kabinetten der Großmächte ist man nach wie vor ratlos, was man machen soll. Nicht etwa, daß man nichts täte! O! Wir haben eine treffliche, unermüdete Diplomatie, die ängstlich besorgt ist, der Welt den Frieden zu erhalten.

Jedenfalls haben in den letzten beiden Tagen Versuche stattgefunden, um ein Einvernehmen der Mächte zur Erhaltung des Friedens auf dem Balkan herbeizuführen. Diese von Frankreich ausgehenden Versuche zielen darauf ab, Rußland und Oesterreich zu gemeinsamem Vorgehen auf dem Balkan zur Behinderung des Kriegsausbruchs unter einem Hut zu bringen. Der Pariser Temps schreibt über diese Verhandlungen folgendes:

Die Schritte, zu denen Poincaré gestern die französischen Votschaffer beauftragt hatte, sind in allen Hauptstädten bereits unternommen worden. Die Antworten der Mächte sind zum Teil schon eingelaufen.

1. Rußland: Die Verständigung mit Rußland war bereits vor dem offiziellen Schritt des französischen Votschalters in Petersburg bekannt. Da Poincaré mit Sazonow zusammen gearbeitet hatte, 2. Deutschland: Biderlen-Bachter hat gestern Jules Cambon empfangen. Er hat gegen den französischen Vorschlag keinerlei Einwendungen gemacht, weder gegen den Grundgedanken, noch gegen die Form. Aber er hat dem französischen Votschalter erklärt, daß

Schreiben, wie froh Schneewittchen war, als sie sich endlich in den Wagen setzen und nach Hause reisen durfte. Sie hatte rechtzeitig geschrieben, wann der Vater sie zu Hause erwarten könnte, und in demselben Briefe hatte sie ihn auch gelobt, daß er es mit der Jungfer Babik so lange ausgehalten habe. Von nun an werde er sich indes nie wieder mit Fremden befehlen müssen, nun würde ihn seine Tochter nie mehr verlassen.

„Ach so, das schrieb sie auch?“ fragte die Pflegechwester. „Es muß ihr eine Befriedigung sein, wenn sie jetzt daran denkt.“

„O ja, vieles ist äußerst komisch in dieser Geschichte,“ sagte die Pfarrerstochter. „Wenn man bedenkt, wie froh Schneewittchen war, als sie endlich auf der Straße dahinjährt, so ist das eigentlich auch zum Lachen. Ja, sie war glückselig; alle Menschen, die ihr begegneten, leuchteten bei ihrem Anblick ordentlich auf. So war es wenigstens im Anfang der Reise. Als sie dann ihrem Heimatdortje näher kam, wo die Leute schon von weitem den Wagen und die darin saßen erkannten, meinte sie freilich, es sei fast, als falle allen, denen sie begegnete, plötzlich etwas Trauriges ein, denn ihre Gesichter wurden auf einmal ganz lang und ernst.“

„Ich muß sagen, Schneewittchen wurde es allmählich ganz unbehaglich zumute. Als sie an das letzte Gasthaus kam, wo sie mit den Wirtsleuten bekannt war, fragte sie nach ihrem Vater. Sie antworteten, er sei gesund und frisch wie bei ihrer Abreise. Schneewittchen hörte aber doch ihrer Stimme an, daß sie aus irgendeinem Grund doch nicht so recht mit der Sprache heraus wollten. Fragen wollte sie indes nicht; es war wohl irgend etwas Unangenehmes passiert, ja am Ende war die Jungfer doch auf und davon gegangen. Jedenfalls aber wollte sich Schneewittchen die Freude an ihrer Heimkehr nicht mit dem Gedanken an die Jungfer Babik verderben.“

„Es wäre radeil komisch, wenn es nur nicht so schrecklich betäubend wäre,“ warf die Pflegechwester mit einem kurzen Aufschrei ein.

(Fortsetzung folgt.)

in Anbetracht der Wichtigkeit der Frage er sich für verpflichtet halte, den deutschen Kaiser zu verständigen, dessen Antwort für heute erwartet wird. Biderlen hat übrigens erklärt, daß er überzeugt sei, daß die Antwort des Kaisers günstig ausfallen werde.

3. Oesterreich-Ungarn: Der französische Votschalter hat nach nicht die Antwort Oesterreich-Ungarn erhalten. Nichtsdestoweniger hatte Poincaré gestern einen längeren Unterhaltungen mit dem österreichischen Votschalter gehabt, in der Poincaré die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die österreichische Diplomatie vollkommen einig mit dem Vorschlag ist.

4. England: Die englische Antwort auf den Vorschlag ist, wie der Temps wissen will, nicht zweifelsfrei und werde allnächt ausfallen.

Es ist jedenfalls sehr auffällig, daß die europäische Diplomatie noch keine Antwort erteilt hat. Es scheint, daß der französische Vorschlag in England mit großer Reserve aufgenommen wird.

Ueber diese durch die Initiative Frankreichs geschaffene Situation unterrichten folgende Depeschen:

Paris, 3. Oktober. Obgleich die Antwort Oesterreich-Ungarns noch nicht bekannt ist, darf die Uebereinstimmung der europäischen Großmächte als sicher gelten. Es verdient bemerkt zu werden, daß Drahtnachrichten aus Bulgarien von einer Uebereinstimmung der öffentlichen Meinung und von einer wachsenden Tätigkeit bei den Vorbereitungen zur Mobilisierung und zur Zusammenziehung der Truppen berichten. Dieses Symptom beschäftigt die Kabinette in erster Reihe. Die französische Regierung hatte mit den andern Mächten die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Balkanstaaten und der Türkei ins Auge gefaßt, ist aber jetzt völlig beruhigt über die Folgen, die ein solcher Krieg vom europäischen Standpunkt aus haben könnte. Die Mächte sind darin einig, den Kampf, wenn es überhaupt dazu kommen sollte, zu lokalisieren und den territorialen Status quo aufrechtzuerhalten. So sind die schweren Verwicklungen befeitigt, die man hätte befürchten können, wenn sich keine Uebereinstimmung zwischen Wien und Petersburg hätte herbeiführen lassen. Ministerpräsident Poincaré hatte sich vom ersten Augenblick an deutlich die Gefahr vor Augen geführt, die eine solche Lage für den allgemeinen Frieden Europas hätte haben können. Er bemühte sich daher, die Verwicklungen in den Ansichten zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu beseitigen.

Wien, 3. Oktober. Die Beratungen über die gestern dem Grafen Berchtold übergebenen französischen Vorschläge dauerten in den letzten beiden Abenden noch fort, man war aber der Uebereinstimmung, daß sie im Laufe der Nacht noch zustimmend beantwortet werden würden. Die Möglichkeit einer Intervention wäre also noch immer gegeben, und wenn Rußland jetzt ebenso nachdrücklich wie Oesterreich-Ungarn betont, daß kein Staat aus dem Balkan selbst noch einem streitigen Kriege eine Gebietsvergrößerung zu erwarten hat, so kann der Krieg möglicherweise noch verhindert werden.

Paris, 3. Oktober. Ueber die Stellung Englands zu dem französischen Vorschlag wird offiziell gemeldet: Unterstaatssekretär Nicolson hat die Aufmerksamkeit des französischen Votschalters Paul Cambon auf die in dem Vorschlag enthaltenen Worte „die Verwirklichung der Reformen selbst in die Hand zu nehmen“ gelenkt. Nicolson findet, daß die englische Uebersetzung einen Sinn habe, welcher über die Absichten seiner Regierung hinausgehe. Die englische Regierung, welche sich jetzt auf einen von ihrem früheren Standpunkt verschiedenen Boden stellt, will nicht als Bürge für die mazedonischen Reformen auftreten und die Souveränitätsrechte der Türkei schonen, und dem Artikel 23 des Berliner Vertrages einen möglichst begrenzten Sinn geben. Man hofft gleichwohl in Londoner diplomatischen Kreisen, daß das Einvernehmen sich nicht ohne allzu große Mühe werde erzielen lassen. Dem Temps zufolge hätte die italienische Regierung erklärt, daß sie sich in den Balkanhauptstädten zu unternehmenden Schritten anschließen werde. Sie werde sich, solange der Frieden nicht geschlossen sei, aller Schritte in Konstantinopel enthalten, doch nehme sie den französischen Vorschlag in seiner Gesamtheit an.

Inzwischen gehen die Balkanstaaten mit dramatischen Kriegsgedanken gegen die Türkei los. König Peter eröffnete am Sonnabend die außerordentliche Session der Skupschtina mit einer Thronrede, in der es heißt: Die unerbittliche Lage unserer Stammesgenossen im ottomanischen Kaiserreich hat dem Königreiche Serbien stets große Sorge bereitet. Trotz der stets lauter werdenden Hilferufe unserer bedröhten Brüder, denen die gänzliche Ausrottung droht, mußten wir die mächtigsten, einmütigen Gefühle des ganzen Volkes um des Friedens in europäischen Osten willen unterdrücken. Bei dieser ferresten Haltung konnte das Königreich Serbien mit Recht und Grund erwarten, daß man im ottomanischen Kaiserreich zur Einführung von Reformen schreiten und unsern blutsverwandten Völkern ein friedliches Leben und die Entwicklung sichern werde.

Auch Ferdinand in Sofia folgte dem Beispiel seines erhabenen Verbündeten und eröffnete das bulgarische Parlament mit einer feierlichen Ansprache. Der Geschenkwurf, betr. den Mobilisierungsurkas, wurde durch Aklamation angenommen. Ebenso wurden die übrigen von der Regierung vorgelegten Geschenkwürfe einstimmig in erster Lesung votiert.

Das Echo, das diese feierlichen Ansprachen, besonders die Rede Peters, gefunden haben, dürfte jedoch keineswegs nach dem Geschmack der Balkanländer sein. Die vom österreichischen Ministerium des Aeußeren inspirierte Wiener Allgemeine Zeitung kritisiert heute scharf die Rede, mit der König Peter von Serbien die Skupschtina eröffnet hat. Das Blatt schreibt:

König Peter hielt es für angemessen, Serbien als den provokierten Teil zu bezeichnen, der durch die Mobilisierung der türkischen Armee an der serbischen Grenze gezwungen worden sei, seinerseits mit der Mobilisation vorzugehen. Dieser Versuch einer geschickten Fällung wird wohl kaum gelingen. Die Situation hat sich in den letzten 24 Stunden nicht gebessert und die weitere unverständliche Dauer der jetzigen Lage bedeutet an und für sich eine Vermehrung der Gefahren, die den Frieden bedrohen. Jeher Augenblick ist kostbar und jeder Moment, der unbemüht verstreicht, erhöht den Ernst der Situation. Wenn auch die Mächte ernstlich bestrebt sind, den Frieden zu erhalten, so kann man doch dem Erfolg ihrer Bemühungen nicht ohne Skepsis entgegensehen.

Serbien sucht die Kriegslust seiner Bevölkerung inzwischend möglichst grell auszumalen, um so seine Forderungen möglichst hoch schrauben zu können. So meldet eine Depesche aus Belgrad:

Belgrad, 6. Oktober. Die Nachricht, daß das serbische Konsulat in Uskub von der türkischen Bevölkerung mit Steinen bombardiert worden ist und daß alle Fenstercheiben zertrümmert wurden, hat unter der hiesigen Bevölkerung ungeheure Aufregung hervorgerufen. Alle Bemühungen der Regierung, die bis zur letzten Stunde noch versucht hat, die vom Kriegsdammel ergriffenen Gemüter zu beruhigen, dürften damit vergebens sein. Wie es heißt, fällt man in hiesigen diplomatischen Kreisen den Ausbruch eines Krieges für unvermeidlich. Serbien verlangt zum mindesten die Erfüllung dreier Forderungen:

1. Die Verkündung der Autonomie in Mazedonien unter türkischer Oberhoheit.
2. Die Ernennung eines christlichen Generalgouverneurs für Mazedonien durch die Großmächte, und
3. Eine aus mazedonischen Abgeordneten bestehende gesetzgebende Versammlung, sowie eine mazedonische Miliz.

Sollte es den Großmächten nicht gelingen, die Bewilligung dieser drei Forderungen bei der Pforte durchzusetzen, so ist die serbische Regierung zum äußersten entschlossen.

Eine andre, etwas weniger kriegerische Meldung lautet: Belgrad, 5. Oktober. Der Kassierer der serbischen Volkswirtschaftlichen Bank ist mit 100 000 Frank Mächty geworden. Ueber die Haltung der Türkei unterrichtet folgende Depesche:

Konstantinopel, 6. Oktober. Die aus zuverlässiger Quelle verlautet, soll die türkische Regierung beschlossen haben, nach Vereinbarung ihrer Mobilisierung ihrezeit den Balkanmächten ein Ultimatum zu stellen, in welchem diese aufgefordert werden, innerhalb 24 Stunden zu demobilisieren. — Die Vegetation in der Türkei wächst von Tag zu Tag. In Uskub veranstalteten gestern 40 000 Personen Kundgebungen für den Krieg. In Gejara fand eine gleiche Kundgebung statt, an der sich über 20 000 Personen beteiligten. Im Sandubuchen war eine Summe von 4000 türkischen Pfund für Kriegszwecke gesammelt. Die Bevölkerung überläßt die Steuerbehörden direkt, um die fälligen Steuern zu entrichten, eine Sache, wie sie in der Türkei bisher noch nicht beobachtet worden ist.

Konstantinopel, 6. Oktober. Trozdem die europäische Diplomatie ihre Friedensaktion bei den Balkanstaaten fortsetzt, glaubt man in hiesigen unterrichteten Kreisen nicht, daß ihre Bemühungen von Erfolg gekrönt sein werden, und daß der Frieden aufrecht erhalten werden kann. Die Spannung wächst von Tag zu Tag, und es scheint, daß der Krieg nur wie durch ein Wunder abgewendet werden kann.

Mit dem in Aussicht gestellten Ultimatum der Balkanmächte hat es jedenfalls noch gute Wege.

Wien, 5. Oktober. Aus London wird der Wiener Allgemeinen Zeitung von beinformierter und besonderer Seite mitgeteilt, daß nach Informationen, die an dortiger zuständiger Stelle eingetroffen sind, es noch keineswegs sicher ist, daß die Balkanmächte der Türkei ein gemeinsames Memorandum überreichen werden. Es ist nämlich den Regierungen der Balkanstaaten bisher nicht gelungen, sich über den Inhalt des Memorandums zu einigen. Während einerseits die Forderung aufgestellt wird, daß, wenn auch nicht ausdrücklich das Wort „Autonomie“ verwendet wird, eine solche doch durch das Verlangen eines christlichen Generalgouverneurs für Mazedonien dem Wesen nach gekennzeichnet wird, beginnt man auf der andern Seite damit, als Postulat die Ernennung christlicher Gouverneure in jenen Wilajets der Türkei zu verlangen, in denen sich die christliche Bevölkerung in der Mehrzahl befindet. Die Ausdrücke „Autonomie Mazedoniens“ und „Generalgouverneur“ sollen vermieden werden. Dagegen scheint keine Einigung erzielt worden zu sein und es ist daher möglich, daß die Uebereinstimmung eines kollektiven Memorandums an die Pforte unterbleibt.

Belgrad, 5. Oktober. Die Erwartung, daß in den ersten Tagen der Mobilisationsorder sich Freiwillige aus Ungarn, Bosnien, Dalmatien und der Herzegowina melden werden, um ins Feld zu ziehen, hat sich nicht erfüllt. Bis heute hat sich nicht ein einziger gemeldet. Auch die russischen Freiwilligen sind bisher ausgeblieben. Die reifen Serben im Lande zeigen ebenfalls wenig Emschigkeit, zu den Kriegskosten beizusteuern und werden deshalb von den Blättern heftig angegriffen. Die Verschwörer-Offiziere, die ihrerseits auf Verlangen Englands pensioniert wurden, verlangen ihre Reaktivierung und werden sich deshalb an den Kriegsminister, event. an den König Peter, wenden. Die Preise für Kleidungsstücke und Gebrauchsgenstände sind enorm gestiegen.

Belgrad, 5. Oktober. Die vorgelagerten aktiven Offiziere erhalten aus der Staatskasse 400 Frank, die unverteilterten aktiven Offiziere 200 Frank monatliche Kriegsauslage. Deswegen herrscht in Kreisen der Reserveoffiziere große Unzufriedenheit.

Budapest, 6. Oktober. Auf den serbischen Staatsbahnen wird von heute nacht 12 Uhr ab bis auf weiteres der Personen- und Güterverkehr eingestellt. Die Orient-Expreßzüge werden wöchentlich dreimal in beiden Richtungen verkehren. Belgrad—Sofia am Montag, Mittwoch und Freitag, Sofia—Belgrad Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Freitag nacht 11 Uhr von Ostende—Paris hier eintreffende Orient-Expreßzug wird nicht nach Belgrad weiter befördert werden, ebenso wird der Gegenzug erst von Budapest abgefahren.

## Die Streikjustiz auf der Anklagebank.

Essen, 5. Oktober.

Heute begann vor der Essener Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Duttmann der Prozeß gegen den Rechtsanwält Dr. Levy-Essen wegen Beleidigung des Essener Landgerichts, das nach dem Streik der Ruhrbergarbeiter die Streikvergehen zu ahnden hatte. Zuhörer und die Presse sind zahlreich vertreten; auch eine Reihe Juristen wohnen als Zuhörer der Verhandlung bei.

Zunächst wird Dr. Levy vernommen. Dieser erklärt sich zu der Anklage wie folgt: Breitschlag hatte sehr scharf über Klassenjustiz gesprochen und den Begriff Klassenjustiz genau erklärt. Ich kritisierte an die Rede an und sagte, daß ich aus meinen Erfahrungen heraus einige Erklärungen geben will. Gegen die Urteile aus § 153 der Gewerbeordnung, sowie gegen die Rechtsprechung der oberen Verwaltungsgerichte, die sich immer reaktionärer gestalten, sowie gegen die Verlegung des § 153 des Strafgesetzbuchs gegenüber den politischen Redakteuren machte ich eine lebhafte Erregung bemerkbar. Ebenso wurde der „grobe Unspargraph“ in unverständlicher Weise angewendet. Bei dem Biberfeld gegen die Staatsgewalt ginge es, wenn der Polizeibeamte laubte, in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes gehandelt zu haben. Ich habe auch von der Entscheidung des Kammergerichts gesprochen, die sich im Gegensatz zu früheren Entscheidungen in der Frage der Flugblattverbreitung auf den Standpunkt stellt, daß eine eingetragene Verteilung vorliegt, wenn der Empfänger, nicht bloß der Auftragneher, etwas für das Blatt zahlt. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß das Kammergericht die politische Auffassung auf der Strafe unmöglich machen wolle. Ich kam dann auf die Streikjustiz zu sprechen. Die Unruhe habe sich aus vorerwähnten Gründen kaum gelegt, da werde jetzt durch die Streikjustiz neuer Erregungsstoff in das Volk hineingetragen. Levy gibt dann weiter sinngemäß seine Ausführungen, die er in der Verhandlung gemacht hatte, wieder, und führt im einzelnen noch über die Beschleunigung des Justizverfahrens gegen angeklagte Bergarbeiter an: Es ist den Angeklagten nur eine Erklärungsfrist von 24 Stunden gelassen worden. Die gesetzliche Einlassungsfrist ist nicht eingehalten worden. Das bedeutet eine große Erschwerung nicht nur der Verteidigung, sondern auch für die Wahrnehmung der Rechte der Angeklagten. Verteidiger und Angeklagte hatten kaum Zeit, sich zu verständigen. Den Angeklagten ist ein Revers vorgelegt worden, womach sie auf Einhaltung jener Fristen verzichten sollten. In einem Fall war sogar gesagt: Wenn der Angeklagte sich nicht erklärt, würde sein Verzicht einfach angenommen werden. Höhere Justizbeamte haben auf Wunsch des Ministers auf die Beschleunigung perfidisch hingewirkt. Dingus kam, daß auch der Denunziationsrecht Tor und Tür geöffnet wurde. Sogar Verwandte erstatteten gegeneinander Anzeige in dem Bewußtsein, daß öffentliche Anklage erhoben werde und sie als Zeugen geladen würden. Ich habe gesagt, daß diese Beschleunigung der Justiz ungesundlich war, und ich bin auch jetzt noch der Ueberzeugung. In einzelnen besonderen Fällen mag das zulässig sein; hier ist das nicht der Fall. Da habe ich den Ausdruck gebraucht, daß es bedauerlich sei, daß von obenher auf die Justiz eingewirkt worden sei und die Gerichte sich dem fügen. Des weiteren bin ich auf die hartnäckigen Strafen eingegangen. Die Strafen standen in keinem Verhältnis zu Strafen, wie sie früher verhängt wurden. Regelmäßig sind wegen Beleidigungen wochen- und monatelange Gefängnisstrafen verhängt worden, und zwar mit der Begründung, die Geldstrafen verfehlen in diesen Zeiten ihren Zweck. Alles das geschah in der

ersten Zeit; später griff eine mildere Praxis Platz. Aus dem Vorgehenden habe ich dann die Meinung ausgesprochen, diese Streikpflicht mache den Eindruck der Klassen in sich; es werde der Eindruck erweckt, daß die Spruchpraxis nicht eine objektive sei. In einzelnen Gerichten, in Duisburg und Dortmund, haben die Verteidiger die Gerichte abgelehnt. Der Eindruck, daß Klassenjustiz ausgeübt wurde, sei nicht nur in Arbeiterkreisen vorhanden. Schließlich, so erklärte der Angeklagte, nehme ich den § 183 in Anspruch. Wir Verteidiger waren alle recht erregt, und darum glaube ich, es sei ein Unrecht, wenn der Verteidiger sich öffentlich zurückzieht. Ich habe an den Justizminister eine Eingabe gerichtet und gebeten, einer Aenderung des Verfahrens und der Spruchpraxis das Wort zu reden. Das ist abgelehnt worden. Der Minister hielt das Vorgehen der Gerichte für richtig. Dann möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß die Zugehörigkeit zur Organisation auf das Strafmaß einen Einfluss ausgeübt hat. Alles das hat mich bewogen, die Erklärungen in der Versammlung zu machen.

Nach Levens Darlegungen wurden die Kritiken der genannten Zeitungen zur Verlesung gebracht.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Leven 400 Mark, gegen Neumann 200 Mark, gegen Schorek 100 Mark Geldstrafe. Nach 9 Uhr abends wurde der Prozeß auf Montag vertagt.

## Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1911. III. (Schluß).

Das Bestreben der Arbeiterschaft, durch Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen eine höhere Lebenslage und damit zugleich auch einen größeren Anteil an den geistigen Lebensbedürfnissen zu gewinnen, ist die Ursache der wirtschaftlichen Kämpfe. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Erfolge das Kraftvolle Ringen der Arbeiterklasse mit dem Unternehmertum gezeitigt hat. Durch die gesamten Bewegungen haben 1911 erreicht: 293 316 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 709 594 Stunden pro Woche und 592 066 Personen eine Lohn- oder Lohnerhöhung von insgesamt 1 058 594 Mk. pro Woche; außerdem wurden noch für 393 618 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt. Abgewehrt wurde: Für 1350 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 19 127 Stunden, eine Lohn- oder Lohnerhöhung für 16 048 Personen von insgesamt 20 344 Mk. pro Woche und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für 37 941 Personen. Der größte Anteil der Errungenschaften entfällt auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung. Es wurde bei diesen erreicht: Für 207 583 Personen = 70,8 Prozent eine Arbeitszeitverkürzung von 534 984 Stunden und für 469 009 Personen = 79,2 Prozent eine Lohnerhöhung von 799 063 Mk. pro Woche. Dagegen haben bei den Arbeitskämpfen erreicht: 85 733 Personen = 29,2 Prozent eine Arbeitszeitverkürzung von 225 610 Stunden und 123 057 Personen = 20,8 Prozent eine Lohn- oder Lohnerhöhung von 239 531 Mk. pro Woche.

Die Feststellungen über die Resultate der Bewegungen erfolgen seit dem Jahre 1905. Soweit dabei die Erfolge bezüglich Verkürzung der Arbeitszeit und Lohn- oder Lohnerhöhung in Frage kommen, gewähren die 7 Berichtsjahre folgendes Bild:

Es erreichten:

Arbeitszeitverkürzung pro Woche:

Jahr	Personen zusammen	Stunden
1905	189 056	856 137
1906	397 441	1 238 725
1907	245 095	900 789
1908	59 824	189 751
1909	86 794	215 813
1910	344 570	756 504
1911	293 316	760 594

Lohnerhöhung pro Woche:

Jahr	Personen zusammen	Mk.
1905	412 331	857 524
1906	684 157	1 271 208
1907	497 093	955 871
1908	296 641	305 923
1909	248 400	429 744
1910	827 037	1 815 537
1911	592 066	1 058 594

Eine Summierung dieser Ziffern würde deren Eindruck wesentlich erhöhen, aber kein richtiges Bild geben. Es wird sich vielfach um dieselben Personen handeln, die in den einzelnen Jahren Lohn- oder Lohnerhöhungen oder Arbeitszeitverkürzungen erreichten. Schon für die einzelnen Jahre sind Doppelzählungen vorhanden, weil diejenigen, die gleichzeitig eine Arbeitszeitverkürzung und Lohn- oder Lohnerhöhung erlangten, an beiden Stellen gezählt sind. Deswegen müssen wir uns damit begnügen, anzugeben, was in den einzelnen Jahren von den Arbeitern errungen oder von ihnen an Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen abgewehrt worden ist. Auch so dürfte die Arbeiterschaft erkennen, daß ihre Kämpfe nicht vergeblich waren und ihr Aufstreben ohne die im Interesse der Jünger fortgesetzt erfolgende künstliche Verteuerung der Lebenshaltung durch ihre gewerkschaftlichen Organisationen gesichert wäre.

Die im Jahre 1911 abgeschlossenen Tarifverträge als Folge der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen sind nicht so zahlreich als im Jahre 1910. Im Jahre 1909 wurden 1913 Tarifverträge für 159 628 Personen, 1910 4398 Verträge für 607 023 Personen und 1911 3499 Verträge für 304 451 Personen abgeschlossen. Im Jahre 1910 war wiederum die Aussperrung der Bauarbeiter von Einfluß. Es wurden in diesem Jahre für das Baugewerbe 2142 Verträge für 372 334 Personen vereinbart, während 1911 im Baugewerbe nur 831 Verträge für 52 480 Personen zum Abschluß kamen. Es wurden dann ferner Tarifverträge abgeschlossen: In der Metallindustrie in 539 Fällen für 54 550 Personen, in der graphischen Industrie in 27 Fällen für 65 648 Personen, in der Holzindustrie in 498 Fällen für 50 829 Personen, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie in 591 Fällen für 27 638 Personen, in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie in 278 Fällen für 50 419 Personen, in der Handels- und Transportindustrie in 505 Fällen für 34 504 Personen und in den sonstigen Berufen in 192 Fällen für 17 733 Personen.

Schon im Bericht des Vorjahres wiesen wir darauf hin, daß die Zahl der Fälle, in denen es zum Tarifabschluß kam, nicht gleichbedeutend ist mit der Zahl der abgeschlossenen Verträge. Da oftmals an Bewegungen, die zum Tarifabschluß führen, mehrere Organisationen beteiligt sind, so können Doppelzählungen der Fälle nicht vermieden werden. Es können solche auch für eine Organisation eintreten, wenn die gleiche Bewegung zum Teil mit und zum Teil ohne Arbeitseinstellung verläuft und es in beiden Fällen zum Tarifabschluß kommt. Diese Doppelzählungen lassen sich nicht hier, sondern nur in der Tarifstatistik ausscheiden.

## Welsig und Umgegend.

Der Streik der Zigarrensortierer.

Bei Apel u. Brunner, Rauch-, Schnupstafel- und Zigarrenfabrik, Hofplatz 17, dauert an. Die Streikenden können der Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehen, da die im Arbeit stehenden Sortierer finanziell alles tun, um die Streikenden vor Not zu schützen. Als Arbeitswillige sind tätig, Herrn. Kather und Frau, Mähistr. 8b, Edart, Güntenbergr. 11 und Bergmann aus Döbeln, Grenastr. 19. In Hausarbeiten werden angeleitet, Fr. Schilling, Courad, Sonntag, Leipzig, Meher, Stabe, Stähler, Andres, Wolf und Schindler. Es handelt sich hier nur um Arbeiterdichter. Die Eltern von jungen Mädchen, auch die der obengenannten sollten es sich doch überlegen, ehe sie ihre Kinder zu solchen Taten benützen lassen und Leuten in den Rücken fallen, die um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Bei F. W. Dieze, Zigarrenfabrik, Seeburgstr. 68 (der Inhaber wohnt Bauhofstr. 11), leisten Arbeitswilligendienste G. Pecht, Bräderstr. 12 und G. Mahulle, Störteich, Oberdorfstr. 25, sowie ein Sortierer Adig. Richter aus Eilenburg, Wilhelmstr. 7.

Wir haben zum Teil an die Händler, die von F. W. Dieze beziehen, eine Mitteilung ergehen lassen, worin die Situation geschildert ist. Zahlreiche Zuschriften aus Händlerkreisen beweisen uns, daß auch diese mit dem rücksichtslosen Vorgehen der Firma D. nicht einverstanden sind.

Die Veröffentlichung einer vollständigen Liste erfolgt demnächst. Wir bitten arbeiterfreundliche Blätter um Abdruck.

Sektion der Zigarrensortierer.

Streik bei der Firma G. A. Schüll, Maschinenfabrik, Wurz. Infolge Ablehnung eines von den Arbeitern der Firma G. A. Schüll eingereichten Tarifvertrages sind die Metallarbeiter genannter Firma in den Streik getreten. Der Zugang von Metallarbeitern aller Branchen ist ferngehalten.

Die Krisenverwaltung.

des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltung Wurz.

Deutsches Reich.

Kriegsministerium und Koalitionsrecht.

Das Kriegsministerium nimmt in der Berliner Korrespondenz das Wort, um sich gegen den Vorwurf zu wehren, daß Koalitionsrecht der Militärarbeiter beeinträchtigt zu haben. Am 3. August ist an die Arbeiter, die in den Militärwerkstätten in Spandau, Siegburg usw. beschäftigt sind, ein gleichlautender Erlaß des Kriegsministeriums ergangen, der sich mit dem Deutschen Militärarbeiterverband befaßt. Die entscheidende Stelle in dem Erlaß lautet:

Unter diesen Umständen steht sich die Militärverwaltung gezwungen, die Militärarbeiter vor einer Betätigung, wie sie der Deutsche Militärarbeiterverband jetzt, einbringlich zu warnen und sie darauf aufmerksam zu machen, daß das jetzige Verhalten dieses Verbandes den Frieden zwischen den ausländischen Militärbehörden und der Arbeiterschaft stört. Künstlich wird deshalb streng darauf gehalten, daß Arbeiter, die durch Wort, Schrift oder Tat dieses Verhalten des Verbandes unterstützen, also sich freibekündend betätigen, unter Innehaltung der gesetzlichen Frist das Arbeitsverhältnis gekündigt wird. Mehren sich Rindlungen aus dieser Veranlassung, so wird dem Kriegsministerium Meldung zu erstatten sein. Sämtlichen Arbeitern ist von diesem Erlaß in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete Dr. Müller-Meinungen hat sich dann an das Kriegsministerium mit der Bitte um Auskunft gewendet, und vom Kriegsministerium die Antwort erhalten, daß ein Verbot der Zugehörigkeit zum Militärarbeiterverband nicht ergangen sei. Dann heißt es weiter:

Daß das Kriegsministerium nicht daran denkt, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu beschränken, geht aus dem Erlaß klar hervor. Andererseits aber muß einer vorgehenden Koalition, wie sie der Militärarbeiterverband in letzter Zeit unter den Arbeitern getrieben hat, entgegengetreten werden, um die Ordnung in den Betrieben und das Ansehen der Behörden unter den Arbeitern aufrechtzuerhalten. Sollten die von mir bereits eingeleiteten Erhebungen ergeben, daß einzelne Behörden meinen Erlaß nicht richtig ausgelegt und den Arbeitern die Zugehörigkeit zu dem Verbande abgemeldet verboten haben, so werde ich dieselben das weitere veranlassen.

Von dieser angekündigten Deklaration des Kriegsministeriums ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden. Das Vorgehen des Kriegsministeriums mußte um so mehr befremden, als der Militärarbeiterverband nicht zu den freien Gewerkschaften gehört. Am 22. August erschien denn auch der Verbandsvorsitzende in Begleitung des nationalliberalen Abg. Adler, um dort beruhigende Versicherungen abzugeben. Der Erlaß des Kriegsministeriums wurde aber nicht zurückgezogen, er besteht heute noch. In der Berliner Korrespondenz erklärt nun das Kriegsministerium:

Die mehrfach aufgestellten Behauptungen, das Kriegsministerium habe durch diesen Erlaß die Koalitionsfreiheit der Militärarbeiter beschränkt und es sei hierbei durch christliche Organisationen beeinflusst worden, sind selbstevident. Lediglich das seit Jahren beobachtete Gesamtverhalten des Verbandes — namentlich ein einzelner Artikel des Verbandsorgans — hat die Militärverwaltung veranlaßt, aus ihrer dem Verbande gegenüber bisher beobachteten Zurückhaltung herauszutreten und der Arbeiterschaft klarzumachen, daß die Beteiligung an einer Agitation des Verbandes, die geeignet ist, die Ordnung und den Frieden in den Militärbetrieben zu gefährden und die Achtung vor den Behörden zu untergraben, nicht länger geduldet werden könne. Daß die Militärverwaltung genötigt ist, Arbeiter, die diese Warnung außer acht lassen, aus den Betrieben zu entfernen, ist ohne weiteres verständlich.

Das ist der Ton, den die Scharfmacher anzuschlagen pflegen, und es ist Wortlaut, wenn das Kriegsministerium erklärt, die Koalitionsfreiheit werde nicht angetastet. Was das Kriegsministerium als beherrschende Agitation ansieht, Kritik an den Zuständen in den Werkstätten, das fällt eben mit unter den Begriff der Koalitionsfreiheit. Die dem wirtschaftlichen Leben völlig fremde gegenüberstehenden Offiziere beurteilen natürlich die Koalitionsfreiheit unter dem Gesichtswinkel des unbedingt militärischen Gehorsams. Die Arbeiter in den Militärwerkstätten sind aber keine Soldaten. Den Herren von der Krisenverwaltung wird im Reichstage eine gründliche Belehrung über das Wesen der Koalitionsfreiheit gegeben werden müssen.

Massenentlassungen auf der Reichswerke in Kiel.

Obwohl auf der Kaiserlichen Werft schon schon 1000 Arbeiter entlassen worden sind, erfolgen immer weitere Entlassungen. Es sollen noch weitere 1000 Mann entlassen werden. Der Oberwerksdirektor hatte seinerzeit dem Arbeiterausschuß erklärt, daß nur Arbeiter entlassen werden sollten, die ein bis zwei Jahre im Betriebe tätig waren. Unter den jetzt Entlassenen sind aber Leute, die sechs bis zehn Jahre beschäftigt sind. Eine ganze Reihe von diesen Entlassenen ist über 40 Jahre alt, und es ist diesen kaum möglich, in andern Betrieben Arbeit zu erlangen. Der Arbeiterausschuß hat zu der Angelegenheit Stellung genommen und bei der Oberwerksdirektion eine außerordentliche Sitzung beantragt; es wurde der dringende Wunsch ausgesprochen, daß der Oberwerksdirektor persönlich in dieser Sitzung anwesend sein soll. Die Sitzung wird voraussichtlich Mitte dieser Woche stattfinden. Anschließend an diese Sitzung wird eine große Versammlung von Arbeitern der Reichswerke stattfinden, die Stellung zu den Entlassungen und Entlassungen nehmen wird.

Der Ausstand der Trafikenläufer und Chasseurs in Köln ist nach wiederholten Verhandlungen mit den Vertretern des Kölner Polizeipräsidenten beendet worden. Der Streik wurde mit großer Entschiedenheit durchgeführt. Kein einziges Mietsfahrzeug war in den Straßen Kölns zu finden. Die Verhandlungen wurden dadurch erschwert, daß der Polizeipräsident in Urlaub ist. Bei den wiederholten Verhandlungen, die sich bis in die Nacht hinein ausdehnten, wurde die Vereinfachung einiger Schöffensitzungen der neuen Verkehrsordnung sofort zugelangt, für andere wurde eine mildere Handhabung oder baldige mildere Fassung in Aussicht gestellt. Nach der Rückkehr des Polizeipräsidenten wird sich zeigen, wie weit die Forderungen der Präsidenten vertretenen Polizeikommissionen Berücksichtigung gemessen. Vorläufig bleibt als dringendste die Forderung bestehen, daß eine königlich-preussische Polizeibehörde mit einer Streikkommission verhandelt und Abmachungen getroffen hat.

## Unland.

Der Ausstand der spanischen Eisenbahner.

Madrid, 6. Oktober. M. I. D. Da Ministerpräsident Canalejas den Kammerern einen Gesetzentwurf vorzulegen versprach, durch den die Löhne der Eisenbahner erhöht und die Zahl der Arbeitsstunden vermindert werden sollen, beschloß das Zentralkomitee, den Streik einzustellen, und telegraphierte in diesem Sinne an die Provinz.

Wie weit diese Meldung des Wolffschen Bureaus zutrifft, bleibt abzuwarten.

Die kanadischen Gewerkschaften gegen Schiedsgerichte.

Der soeben beendete kanadische Gewerkschaftskongress, dem auch der englische Abgeordnete Mr. Hardie bewohnte, sprach sich mit Rücksicht auf die in Australien gemachten Erfahrungen ganz entschieden gegen die Gesetzesvorlage der Regierung aus, die ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren in allen Arbeitsverhältnissen vorsieht.

Ein Bergarbeiterstreik in Bafafella.

Im Rand (Bitterwaterdangebirge in Transvaal) droht ein großer Bergarbeiterstreik, da der Organisation ein neuer Tarifvertrag mit reduzierten Löhnen aufgezwungen wurde. Die Mitglieder opponierten aber in Massenversammlungen dagegen und verlangten die Arbeitsniederlegung.

Lohnforderungen Pariser Stukkateure.

Die Pariser Stukkateure unterbreiteten der Unternehmerorganisation die Forderung eines Minimumlohnes von 98 Pfg. für Stukkateure und 64 Pfg. für Hilfsarbeiter bei Aufrechterhaltung des 9stündigen Arbeitstages.

## Beste Nachrichten u. Depeschen.

Mannheim, 7. Oktober. Der fortschrittliche Parteitag hat heute vormittag die Anträge der liberalen Frauen auf Aufnahme der Forderung auf politische Gleichberechtigung der Frauen ins Parteiprogramm abgelehnt. Gegen die Anträge sprachen Müller, Meinigen und Paulmann-Stuttgart, die ihren Parteigenossen einen Gewissenstrost ersparen wollten. Sie waren deshalb gegen jede programmatische Aenderung, sprachen aber dafür, den Parteimitgliedern zu empfehlen, über das Programm hinaus für die Forderungen der Frauen einzutreten. Die liberalen Frauen Bäumer und Helene Lange gaben sich vergebens die größte Mühe, den Parteitag zu einer andern Haltung zu bringen. Der liberale Reichstagsabgeordnete Haas hielt eine Rede, in deren erstem Teil er kräftig für die Frauenforderungen eintrat, in der Mitte aber fiel er plötzlich um und wandte sich gegen programmatische Aenderungen. Zum Schluß wurden alle Anträge der Frauen abgelehnt und lediglich eine Resolution angenommen, die den Forderungen der Frauen Sympathie ausdrückt.

München, 7. Oktober. Das Tarifamt der bayerischen Staatseisenbahnen und die Eisenbahndirektion Ludwigs haben sich vom Verkehrsministerium ermächtigt worden, für den Bereich der bayerischen Staatseisenbahnen dieselben Tarifermäßigungen zu gewähren, wie sie die preussisch-hessischen Staatsbahnen und die Reichseisenbahnen gewährt haben.

Elberfeld, 7. Oktober. Die Stadt hat in Holland Lieferungsverträge auf frisches Rindfleisch abgeschlossen. Die erste Sendung wird am Mittwoch eintreffen. Die Stadtverwaltung hat die Preise einheitlich auf 65—80 Pfg. festgesetzt.

Paris, 7. Oktober. Der italienische Anarchist Mallarone, der in großem Maße antimilitaristische Propaganda betrieb, erschloß gestern auf der Straße einen Polizisten. Der Mörder wurde verhaftet.

Paris, 7. Oktober. In Dole (Departement Jura) fand gestern eine gegen das Verhältniswahlssystem gerichtete Versammlung statt, in der die Senatoren und früheren Minister Pichon und Trouillot sowie andre die von der Kammer beschlossene Wahlreform auf das schärfste bekämpften. Pichon, der dabei wiederholt das Ministerium Poincaré sehr scharf angriff, sagte u. a.: Die politische Lage und die gegenwärtige Krisis sind ernst genug, daß die republikanischen Gruppen der Regierung ihre Befürchtungen und ihre Forderungen bekanntgeben. Wir verlangen von der Regierung, sie möge die Einigkeit der republikanischen Parteien nicht zertrümmern und sie möge uns nicht zwingen, uns von ihr loszusagen, um der Demokratie und uns selbst treu zu bleiben. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung nahm einen in diesem Sinne gehaltenen Beschlußantrag an.

Madrid, 7. Oktober. (M. I. D.) Die Eisenbahnschlichteten von Saragossa haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen; die Angestellten der andern Bahnen sehen jedoch den Streik fort.

Cebers, 7. Oktober. (Preis-Zentrale.) Die Vertreter des Eisenbahner-Syndikats haben den Streikenden gestern abend empfohlen, nachts um 12 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit ist der Aufstand beendet. Der Zugverkehr wird heute morgen wieder in normaler Weise aufgenommen. Auch die Schnellzüge Paris-Barcelona werden von heute morgen ab wieder in gewohnter Weise verkehren.

Konstantinopel, 7. Oktober. Wie aus offizieller Quelle versichert wird, hat die türkische Regierung beschlossen, die versprochenen Reformen in den Provinzen der europäischen Türkei durchzuführen. Die Hafenbehörden haben die beiden beschlagnahmten griechischen Dampfer Benejos und Krangos wieder freigegeben. Die Schiffe haben die Weiterfahrt nach dem Piräus angetreten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hermann Liebsmann in Welsig.

Verantwortlich für den Anzeigen-Teil:

Friedrich Müller in Worbisch-Welsig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

**I. Abteilung:**  
**Herren-Bekleidung**  
 nach Mass  
 Anzüge von 50 Mk. an.  
 Erstklassig  
 verarbeitet.

# Neu-Gröffnung!

## J. Bachmann & Co.

Parterre und 1. Stage. **Dresdner Strasse 33** Parterre und 1. Stage.  
 Telephon 14 935. Telephon 14 935.

**II. Abteilung:**  
**Herren-Bekleidung**  
 Ersatz für Mass.  
 Tadelloser Sitz.  
 Moderne Muster.  
 Beste Stoffe.  
 Besonders preiswert.

**III. Abteilung:**  
**Damen-Bekleidung**  
 Grosse Auswahl mod.  
 Muster  
 Spezialität:  
**Maß-Anfertigung.**  
 Garantie für tedell. Sitz.

**IV. Abteilung:**  
**Spitzen  
 Bänder  
 Seidenstoffe**  
 Enorme  
 Auswahl.

**V. Abteilung:**  
 Herren-  
 und Damen-  
**Wäsche**  
 Eigene Anfertigung.  
 Aeusserst preiswert.

**Spezial-Abteilung:**  
**Pelz-  
 Konfektion**  
 in einfachem und elegantem  
 Genre.  
**Eigene Kürschner-Werkstatt.**  
 Umerbeitungen zu mässigen Preisen.

**VI. Abteilung:**  
**Kleider- und  
 Blusenstoffe**  
 reich sortiert.  
 Steter Eingang  
 von Neuheiten.

**VII. Abteilung:**  
**Strausstern  
 Pleureusen**  
 Gutsortiertes Lager  
 in  
**Kurzwaren.**

**VIII. Abteilung:**  
**Kinder-  
 Bekleidung.**  
 Reizende Neuheiten  
 in allen Preislagen.

Steter Eingang von Neuheiten. Komfortable Probier-Räume. Enorme Auswahl.

### Metallarbeiter

**Verband**  
 Geschäftsstelle:  
 Volkshaus,  
 Seiger Str. 82, Bors. recht. 1.  
 Bureauzeit: vorm. 8-10, mitt.  
 12-1, abends 6-8. Tel. 3784

Die Bibliothek  
 liegt allen Mit-  
 gliedern unent-  
 geltlich zur Verfügung und  
 können Bücher während der  
 Bureauzeit entliehen werden

**Klempner.** Dienstag, den 8. Oktober, abends  
 1/2, 9 Uhr, **Vertrauensmänner-  
 Sitzung** im Volkshaus. [20331]

**Gelbmetallarbeiter.** Donnerstag, den  
 10. Oktober, abends  
 1/2, 9 Uhr, **Vertrauensmänner-Sitzung** im  
 Volkshaus. [20325]

**Metall- u. Revolverdreher.** Freitag,  
 abends 1/2, 9 Uhr, **Branchen-Versammlung**  
 im Volkshaus (Café, Mitte). Tagesordnung:  
 1. Vortrag vom Gen. Nyssel. 2. Berufs-  
 angelegenheit. [20326]  
 Das Agitationskomitee. Die Branchenleitung.

**Färberei Adler**

**Boas und  
 Pelze**  
 werden von uns  
 gewischt u. gefärbt

### Steinarbeiter!

Mittwoch, den 9. Oktober, abends 8 Uhr  
**Berufssammlung im Volkshaus**  
 Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal.  
 2. Bericht von der letzten Schiedsgerichtssitzung. 3. Ge-  
 werkschaftliches. [20332]  
 Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. A. A.: Kurt Rizzo.

### Maurer! Putzgeschirre

Extra-Qualität  
 besonders leicht.  
**Wasserwagen**  
 Grosse Ansetzer eig. Fabrikat. und sonst alle Werk-  
 zeuge fertig. Auch alle Reparaturen.  
**Otto Eckardt, Leipz., Sidonienstr. 43 I.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
 sowie die der Liebe und Bereicherung meines lieben  
 unvergesslichen Vaters, unfes guten Vaters, Sohnes,  
 Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

### Karl Wilhelm Gräfe

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Be-  
 kannten für den reichen Blumenkranz unsern auf-  
 richtigen Dank. Insbesondere danken wir seinem  
 wertigen Chef sowie seinen lieben Arbeitskollegen  
 und Kolleginnen der Firma Fritz Schulz jun.  
 Ferner unsern lieben Hausbewohnern für den hilf-  
 reichen Beistand während dieser schweren Zeit  
 unsern herzlichsten Dank. Dies alles hat unsern  
 wunden Herzen wohlgetan. Du aber, guter Vater,  
 ruhe sanft in deiner künftigen Gruft.

Die tieftrauernde Witwe  
**Selma Gräfe**  
 und Hinterbliebenen.

20337

**Volkskindergarten, Königstr. 18**  
 im Hause der Frauenhochschule.  
 Anmeldungen von Kindern im Alter von 3 bis 6 Jahren  
 von Dienstag, den 8. Oktober, täglich von 9 bis 12 Uhr,  
 im Kindergarten. [20410] Der Vorstand.

**Umfliche Pektanmachung.**

**Billige ringförmige  
 Brikett-Preise!**

Spezialität: Marke „Beuna“  
 50 Zentner u. mehr à 0.75 Mk.  
 25 " " " " 0.77 "  
 10 " " " " 0.80 "  
 Preise gültig bis  
 Ende Oktober  
 Nur erstklassige Marke!

Ref. H. Schlichting Ref.  
 1917 1917

Leipzig-Th., Keltzenbäcker  
 Strasse 18a. I

### Die Leipziger Schülerwerkstatt

Johannisplatz 8, II.  
 eröffnet ihre Winterkurse  
 Mittwoch, den 9. Oktober 1912.

Seminar für Anabandarbeit, Scharnhorststr. 20, II.  
 X. Bürgererschule, L. Plagwitz, Fischerische Straße 14.  
 XIII. Bezirksschule, L. Lindenau, Saalfelder Straße.  
 XIII. Bürgererschule, L. Kleinschoder, Antonienstr. 24.  
 XXVII. Bezirksschule, L. Connewitz, Herderstraße.

Anmeldungen Mittwoch und Sonnabends 3-5 Uhr  
 in den Werkstätten [20218] Der Vorstand.

Freitag nacht verschied schnell und unerwartet  
 der Tischler [20320]

### Hermann Volkmer

im 34. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken  
 bewahren ihm  
**Die Kollegen der Firma  
 Bethleffs & Co.**

### Bezahlung des Schulgeldes betr.

Das Schulgeld für das 4. Vierteljahr 1912 (Oktober  
 bis Dezember) wird in den nächsten Tagen in den Schul-  
 klassen eingesammelt werden.  
 Die Einzahlungstage werden in den Klassen ange-  
 kündigt und überdies durch Anschläge in den Schulgebäuden  
 bekanntgegeben werden.  
 Für diejenigen Schüler und Schülerinnen, für die  
 das Schulgeld bei der Erhebung in den Klassen nicht  
 entrichtet wird, ist es an der im Schulgeldzettel ange-  
 gebenen Zahlstelle während der darin angeführten Klassen-  
 stunden zu bezahlen.  
 Wir machen darauf aufmerksam, daß das Schulgeld  
 im voraus zu zahlen ist.  
 Leipzig, am 4. Oktober 1912.  
 [20320] Der Rat der Stadt Leipzig, Schulamt.

### Joach. Pahl

Kolonadenstr. 22  
 fertigt unter Garantie  
 :: preiswert und gut ::  
**Herren-Moden**

**Familien-Nachrichten**

Unserm Freund  
**Gustav Köcher**  
 zu seinem „Es ist erreicht“ die herzlichsten  
 Glückwünsche.  
**Die Wurzelwerkindianer.**

### Rohverkauf durch die städtischen Gaswerke.

Die Preise für Koks aus den städtischen Gaswerken werden vom 15. Oktober  
 dieses Jahres ab

für 1 hl Grobkoks	ab Wert 1.20 Mk.
" 1 hl Weidingerkoks	" " 1.30 "
" 1 hl Zentralheizungskoks	" " 1.35 "
" 1 hl Weidingerkoks	" " 1.70 "

betragen.  
 Der Koks wird auch weiterhin in allen Werken wochentags von 8 bis 12 Uhr  
 vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags gegen Marken abgegeben, die vorher bei den  
 nachstehenden Geschäftsstellen gegen Vorkahlung zu entnehmen sind:  
 Gaswerk I Leipzig, Marktstraße 21, Fernsprech-Nr. 1257,  
 Gaswerk II L. Connewitz, Kaiserin-Augusta-Straße, Fernsprech-Nr. 3137,  
 Gaswerk L. Lindenau, Gieselerstraße 4 0, Fernsprech-Nr. 2850,  
 Gaswerk L. Selterhausen, Würzner Straße 60, Fernsprech-Nr. 170.  
 An diese Geschäftsstellen sind auch mündliche oder schriftliche Bestellungen zu  
 richten.  
 Zur Bequemlichkeit der Abnehmer wird der Koks von den Gaswerken I und II  
 aus frei Haus unter Berechnung einer Gebühr von 15 Pfg. für 1 Sad = 1 hl ge-  
 liefert, jedoch nicht unter 5 hl. Kleinere Lieferungen werden einer der nächstgelegenen  
 Niederlagen der städtischen Gaswerke zur Erledigung überwiesen, die verpflichtet sind,  
 den Koks in der gewünschten Sorte nach Maß zu obigen Preisen ab Lager abzugeben  
 oder mit 15 Pfg. Aufschlag für 1 hl frei Haus zu liefern. Die Niederlagen sind durch  
 besondere Schilder:  
 „Koksniederlage der städtischen Gaswerke“  
 kenntlich.  
 Leipzig, den 5. Oktober 1912. Der Rat der Stadt Leipzig. [20205]  
 B. A. 1106b.

Unserm lieben Freund u. Berufskollegen, dem Parkettlegger

### Hermann Gerth

nebst Gemahlin  
 zu ihrem silbernen Ehe-  
 jubiläum die herzlichsten  
 Glückwünsche und ein  
 donnerndes „Eulenhoch!“

Die im D. E.-A.-V. organisierten Parkettleger Leipzigs.

Schnell und unerwartet entschlief am Freitag  
 unser Mitglied, der Tischler [20329]

### Herm. Volkmer

im Alter von 33 Jahren.  
 Ferner verstarb im Alter von 45 Jahren unser  
 Mitglied, der Pianofortentischler  
**Albert Sellger.**  
 Wir rufen den Verstorbenen Ruhe sanft nach.  
**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Leipzig. [20327]

Nach langem schwerem Leiden entschlief heute  
 früh mein lieber Mann, unser guter Vater,  
 Schwiegervater, Bruder und Schwager, der Tischler  
**Robert Albert Sellger**  
 im 46. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetriibt an  
 L. Löhnig, den 6. Oktober 1912  
**Pauline verw. Sellger**  
 im Namen sämtlicher Hinterbliebenen.  
 Die Beerdigung findet Mittwoch, nachm. 3 Uhr,  
 von der Kapelle des Connewitzer Friedhofs aus statt.

Sonntag früh verschied nach langem schwerem  
 Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender  
 Vater und Schwiegervater

### Gottlieb Friedrich Stahl

im 54. Lebensjahre. Tiefbetriibt zeigen dies an  
 L. Plagwitz, den 7. Oktober 1912 [20348]  
 Naumburger Str. 3  
**Winnä Stahl geb. Kleine**  
 zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.  
 Beerdigung Mittwoch, den 9. Oktober, mittags  
 1 Uhr, von der Kapelle des Plagwitzer Friedhofs aus.

Montag früh verschied nach schwerem, mit Geduld er-  
 tragenem Leiden mein lieber Mann, unser treusorgender  
 Vater, Bruder, Schwiegervater, Schwager, Onkel und  
 Großvater, **Alfred Otto Senf**, im  
 53. Lebensjahre. Tiefbetriibt zeigt dies an  
 Leipzig-Anger-Crottendorf, den 7. Oktober  
 20351] **Anna Senf geb. Barthel**  
 zugleich im Namen aller Hinterbliebenen  
 Die Beerdigung findet Donnerstag, 11. Oktober, vorm  
 10 Uhr, von der Kapelle des Trinitatis-Friedhofs aus statt

Sonabend, 5. Okt., nachts 11 Uhr, entschlief  
 mein lieb. treusorgend. Gatte, unfr. Vater, Großvater,  
 Schwiegervater, Bruder u. Onkel, der Zigarrenmacher  
**Franz Hermann Platz**  
 im Alter von 68 Jahren. Dies zeigen tiefbetriibt an  
 [20336] **Die trauernden Hinterbliebenen.**  
 Die Beerdigung findet Dienstag, 8. Oktober,  
 nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, L.-Städterstr.  
 Fischstädtstraße 10, aus statt. [20336]

Politische Uebersicht.

„Nationale“ und Profit-Interessen.

Die nationale Jugendpflege, das jüngste Produkt der bürgerlichen Sozialistenfurcht, kann nicht gedeihen, wenn nicht die Fortbildungsschule in ihren Dienst gestellt wird.

Um dieser Aufgabe aber mit einiger Aussicht auf Erfolg gerecht werden zu können, bedarf die heutige Fortbildungsschule einer gründlichen Umgestaltung.

Ein hübsches Beispiel zur Befruchtung der vorstehend entwickelten Gedankengänge bieten die Verhandlungen des 12. Deutschen Fortbildungsschultags, die zurzeit in Krefeld stattfinden.

So weit, so gut. Herr v. d. Goltz erntete den gewohnten „stürmischen Beifall“ und damit hätte die Sache wohl ihr programmatisches Ende finden können.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein Turnunterricht für die Jugend von großer Bedeutung ist. Aber wir müssen dagegen protestieren, daß in die Arbeitszeit, die uns heute schon so sehr beschnitten ist, noch weitere Stunden eingepreßt werden.

Darob großes Entsetzen bei einem Teil der Versammlung. Der Herr Generalfeldmarschall suchte den Handwerksmeistern begrifflich zu machen, daß das nationale Interesse doch dem Profitinteresse voranzustehen müsse.

Deutsches Reich.

Was alles Aufreizung zu Gewalttätigkeiten sein soll.

Gegen unser Waldenburger Parteiblatt, die Schlesische Bergwacht, ist Anklage erhoben worden aus dem § 130 des Strafgesetzbuchs d. i. wegen Aufreizung bestimmter Be-

völkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten. Das Verbrechen soll unser Bruderblatt in einem Artikel begangen haben, der sich mit der Teuerung und den allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in unserm Vaterlande beschäftigt.

Der Staatsanwalt scheint den Beweis führen zu wollen, daß die Verschärfung der politischen Abschnitte des Strafgesetzbuchs, die bei der Schaffung des neuen Strafrechts geplant wird, durchaus unnötig ist.

Vom Kampfe gegen die Teuerung.

Ueber die Konferenz, die am Sonnabend im preussischen Ministerium des Innern stattfand, und an der auch Vertreter aller im Vorstand des preussischen Städtetags vertretenen Städte teilnahmen, wird der Vossische Zeitung gemeldet:

Die fünfstündigen Verhandlungen beschränkten sich im wesentlichen darauf, daß die Vertreter der einzelnen Städte über die Maßnahmen berieten, die sie zur Linderung der Preisnot getroffen haben.

Die braunschweigische Staatsregierung hat ihren Bevollmächtigten beauftragt, im Bundesrat für alle Maßregeln einzutreten, die eine Verringerung der Fleischteuerung herbeiführen können.

Der Berliner Magistrat beschloß, für Berlin und zugleich namens der anderen Gemeinden Groß-Berlins höhere Fleischpreise von mehreren tausend Zentnern in Anspruch zu nehmen.

Im Fleisch vorzuziehen einkaufen zu können, beschloß die hiesige Verwaltung in Fürth, mit den Städten Nürnberg und Erlangen gemeinsam Maßregeln zu ergreifen.

Die Stadinerkordnenverwaltung von Vech beschloß, gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven ausländisches Fleisch zu beziehen. Ferner wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Vertreter beschloffen, eine Eingabe an die Reichsregierung zu richten um Aufhebung der Futtermittelzölle.

Die Fürther Wegger beschloffen, das von der Stadt eingeführte Fleisch nicht auszuheuen. Die Stadt hatte ihnen einen Verbleib von 12 Pf. für das Pfund angeboten.

Nach der preussischen Regierungsverordnung darf belgisches Fleisch in Deutschland eingeführt werden. Um der durch diese Maßregel in Belgien heimlich zu erwartenden Steigerung der Viehpreise vorzubeugen, will man jetzt argentinisches Schlachtvieh in Belgien einführen und schlachten.

Ein Weiraucher von einem „Schuß“mann erschossen.

Der Jagowische Schießertafel hat wieder ein Opfer gefordert: Der betrunkenen Kutscher Thiele wurde Freitagabend von dem Schützenmann Sartmann erschossen.

Der Jagowische Schießertafel hat wieder ein Opfer gefordert: Der betrunkenen Kutscher Thiele wurde Freitagabend von dem Schützenmann Sartmann erschossen.

Jagowischen Schießertafel gestanden haben, der jeden Beamten mit Strafe bedroht, der nicht rechtzeitig seine Schußwaffe benutzt.

Auflösung des württembergischen Landtags. Der württembergische Landtag wurde am Sonnabend aufgelöst.

Ein Richter über die Wohnungsnot. Das Schöffengericht in Köln verhängte in einer Sache, der eine Verleumdungs- und Mißhandlungsaffäre in einem mit mehreren überfüllten Räume zugrunde lag, ganz geringe Geldstrafen.

Nationale Wirtschaftspolitik. Aus Breslau läßt sich die Süddeutsche Zeitung schreiben: „Nach vorwärtigen Jahren beschäftigten sich mit dem Tabakbau in Schlesien fast 12 000 Pflanzler.“

Die Gesellschaften gegen die Geshorenen. In der geschlossenen Mitgliederversammlung der 25. Generalversammlung des Evangelischen Bundes am Sonnabend wurde nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Ortman-Löfgren zur geistlichen Regelung der Jesuitenfrage und zur Abwehr des Jesuitismus einstimmig eine Kundgebung angenommen.

Neue politische Nachrichten. Der Staatssekretär Dr. Delbrück stattete dem Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hertling einen längeren Besuch ab. — Der Kaiserliche Goldfisch in New wurde wegen Mißhandlung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Belgien.

Internationale Solidarität.

Die sozialistische Schule in Seraing veranstaltet eine Studienreise nach Köln und Bochum. Der Bergarbeiterverband wird seinen gesamten Vorstand mitfönden und für eine Anzahl Mitglieder die halben Kosten tragen.

Die Gewerkschaft der Textilarbeiter in Roubaix (Nordfrankreich) teilte dem Generalsekretär mit, daß seine Mitglieder 1000 Kinder von Streikenden für die Dauer des Streiks aufnehmen würden.

Oesterreich-Ungarn.

Eine vernichtende Niederlage der Staatsdreyer.

Aus Budapest wird geschrieben: In der vergangenen Woche fand das erste gerichtliche Hauptspiel der Revolvervolte statt, drei-unbzweizig Angeklagte mußten sich vor den Richtern des Klassenstaates verantworten.

Hoch denn auch die meisten Schulleute, die als Zeugen aufzutreten sind, nicht beides und der Staatsanwalt ließ die Anklage gegenüber mehreren Verhafteten noch während der Verhandlung fallen. Außerdem, weder der Anwalt, noch die Richter konnten sich zu dem Standpunkt emporschwingen, die Freisprechung sämtlicher Angeklagter zu beantragen bzw. ein freisprechendes Urteil zu fällen, und so wurden 18 Personen verurteilt, darunter 17 in insgesamt 4 Jahren, 4 Monaten und 22 Tagen Gefängnis, und einer, der schon mehrmals verurteilt wurde und bei der Revolle einen Wagon angezündet hatte, zu drei Jahren Gefängnis. Indessen hebt das Gericht in der Urteilsbegründung ausdrücklich hervor, daß es weder die Meldungen der Schulleute, noch die Untersuchungsprotokolle der Polizei, und, was noch wichtiger ist, nicht einmal die Zeugenaussagen der Polizeimannschaft akzeptierte. So endete also diese große Staatsaktion mit einer schimpflichen Niederlage des Brigantensystems, das die Pundapeller Polizei in Wirklichkeit darstellt.

## Rußland.

Die Popenwahl.

**Petersburg, 6. Oktober.** Am 8. Oktober schloß die Urwahl für die Reichsduma aus den Kreisgrundbesitzern ab. Bisher sind gewählt: 6481 orthodoxe und 247 katholische Geistliche, 11 Pastoren, 9 Rabbinen, 303 Edelleute, 18 Kaufleute, 357 Ackerbauern, 14 Beamte, 3 Militärs, 17 Vertreter freier Berufsarten, Ärzte, Professoren, Lehrer, Advokaten, 50 deutsche Kolonisten, 50 Tataren und 3 Juden.

Gewalt geht vor Recht.

**Helsingfors, 5. Oktober.** Heute vormittag wurde der Wiborger Bürgermeister Jagerström und die Stadträte Palmrotz und Lucander verhaftet und mit der Bahn nach Petersburg gebracht. Mehrere tausend Menschen huldigten ihnen auf dem Bahnhof. Der Bürgermeister richtete einige Worte an die Menge, was der Polizeimeister zu verhindern suchte.

## Italien.

Der nahe Friede.

**Rom, 5. Oktober.** Wie dieblätter melden, konferierte heute der italienische Friedensunterhändler Verholini in Turin mit dem Ministerpräsidenten Giolitti, welcher hierauf nach San Rossore abreiste, um mit dem König zu beraten. Von dort werde Giolitti sich nach Rom begeben, um einem Ministerrat zu präsidentieren. Die bisherigen italienischen Delegierten würden an offiziellen Friedensunterhändlern bestellt werden, ebenso von türkischer Seite. Seit Ebdin Bey, der sich auf der Reise nach Dschub befindet, während Reisch Jochas zwecks Berichterstattung nach Konstantinopel abgereist ist. Die Blätter folgern hieraus, daß der Friede virtuell geschlossen sei. Wie ein Privatkorrespondent dem Giornale d'Italia auf Grund verlässlicher Nachrichten aus Dschub mitteilt, soll der Entwurf der Friedensbedingungen den bereits mehrfach publizierten Grundlinien entsprechen und auf der Souveränität Italiens, allerdings unter nichtformeller Anerkennung seitens der Türkei, basieren.

## Großbritannien.

Lehrerkongreß.

Der Kongreß des englischen Lehrerverbandes, auf dem 260 Delegierte 21 500 Mitglieder vertrat, faßte den verfolgten französischen Lehrern ein Sympathiegramm. Zum Vizepräsidenten, der im nächsten Jahre zum Präsidenten aufrückt, wurde ein Sozialist gewählt. Die Forderung gleicher Bezahlung für männliche und weibliche Lehrkräfte lehnte der Kongreß mit 200 gegen 40 angeblich sozialistische Stimmen ab.

## Nord-Amerika.

Die Festigung eines unbequemen Zeugen.

**Neu-York, 6. Oktober.** Jock Jellig, der angeblich auf Geheiß des Polizeikommissars Becker die Würde des Spielhöllebesizers Rosenthal geborgen hat, ist gestern abend auf der Straßbahn von einem gewissen Philipp Davidsohn erschossen worden. Davidsohn behauptet, die Tat begangen zu haben, weil er von Jellig betrogen worden sei. Jellig wäre einer der Hauptzeugen des Staatsanwalts in dem morgen beginnenden Beckerprozeß gewesen. Der Spieler Rose prophezeite noch gestern nachmittag dem Staatsanwalt, daß man Jellig festsetzen würde, um seine Aussagen zu verhüten. Im Verste Jelligs wurden blutbesetzte Briefe der vier angeblichen Mörder Rosenthals gefunden.

Die Untersuchung wegen der Wahlgebe.

**Washington, 4. Oktober.** Roosevelt gab heute vor dem Senatskomitee zur Untersuchung der Wahlgebe folgende Erklärung ab: Ich habe niemandem gebeten, einen Beitrag zum Wahlfonds zu leisten, als ich zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wurde. Ich erkläre wiederholt, daß mir die Zustimmung gegeben worden ist, daß keinerlei Versprechen als Entgelt für einen Wahlbeitrag geleistet worden ist. Während ich Präsident war, hat niemand, der eine maßgebende Stellung einnahm, auf Grund irgendwelcher Geldbeiträge, die der Betreffende gemacht oder vorzulegen hat, mich gebeten, in irgendeiner Angelegenheit zu handeln oder von irgendeiner Handlungswiese abzusehen. Meine Herren, kann ich mich noch umfassender ausdrücken? Auf weiteres Verfragen bezeugte Roosevelt, er habe niemals von dem 150 000-Dollar-Beitrag Pierpont Morgans oder dem 100 000-Dollar-Beitrag Goulds etwas gehört.

## Mittel-Amerika.

Blutige Gesechte.

**Neu-York, 5. Oktober.** Der Gesandte Nicaraguas in Washington erhielt eine Depesche des nicaraguanischen Ministers des Auswärtigen, wonach amerikanische Marinesoldaten den von den Rebellen besetzten Ort Comopte eingenommen haben. Vier amerikanische Marinesoldaten sind getötet und sechs verwundet worden. Die Regierungstruppen eroberten Masaya, wo 300 europäische Flüchtlinge, auch deutsche, eingeschlossen waren; sie hatten 100 Tote und 200 Verwundete. Gleichzeitig nahmen die Regierungstruppen Darraucas ein. Der Rebellenführer Zelando und seine Anhänger wurden festgenommen. Zelando ist den erlittenen Wunden erlegen.

**Washington, 5. Oktober.** Ueber den Kampf bei Nicaragua, in dem 39 amerikanische Marinesoldaten gefallen sind und der außerordentlich blutig gewesen sein soll, wird berichtet: Der Angriff des Admirals Southard auf die Rebellen erfolgte lediglich in Ausübung der Pflicht der amerikanischen Marine, die Ausländer und deren Eigentum wirksam zu schützen. Einem Einmischung in den Kampf der Parteien in Nicaragua haben sich die Amerikaner streng enthalten. Ähnliche Kreise berichten dem auch, daß Amerika sich technisch nicht im Kriegszustand befindet, die Beziehungen zwischen Nicaragua und Amerika seien vielmehr freundschaftlich.

## Sächsischen Angelegenheiten.

Verunglückte Konsumvereinstörer.

1. Bild.

In Ostrau unterhält der Konsumverein zur Döbels und Umgegend seit anderthalb Jahren eine Verkaufsstelle. Der Militärverein hatte sich dazu verleiten lassen, allen Mitgliedern den Ausschluß anzudrohen, die nicht binnen kurz gefetzter Frist dem „sozialdemokratischen“ Konsumverein den Rücken kehren würden. Die Wirkung war geradezu grotesk. Ganze zwei Mitglieder schlugen sich reue-

voll an ihre sündhafte Selbstenbrüst und traten aus dem Konsumverein aus. Die anderen aber, und ihrer waren nicht wenige, waren nicht gewillt, sich vorzeichnen zu lassen, wie sie ihre Einkäufe zu besorgen gedenken. Nun war guter Rat teuer und man winkte ab. Der Ausschluß unterblieb und der Militärverein war um eine Blamage reicher. Der Konsumverein protestierte in zwei Versammlungen gegen die Unterstellung des Militärvereins und lud mittels Plakaten ein, die ein Mitglied des Konsumvereins angeklebt hatte. Prompt kam eine amtsauptmannschaftliche Strafverfügung über 40 Mk. und 2 Mk. Kosten wegen Anklebens an Telegraphentangen und Gebäuden. Der gerichtliche Einspruch beschäftigte das Amtsgericht Döbels. Die Gemeindevorstände von Ostrau, Roschkowitz und Niedersteina waren geladen, weil unser Ankleber im ersten Termin behauptet hatte, die betreffenden Gemeindevorstände, wenigstens zwei von den dreien, hätten ihm verboten, die öffentlichen Plakatafeln zu benutzen; er solle ankleben, wo er wolle usw. Der Gemeindevorstand Schäfer von Ostrau war der erste, der als Zeuge aufmarschieren mußte. Er sei sich nicht ganz klar gewesen, ob er das Plakat ankleben lassen dürfte, da es ein rotes gewesen sei. Deshalb habe er gesagt, — er wolle es nicht erlauben und auch nicht verbieten, er wolle zur Amtshauptmannschaft nach Döbels fahren und sich erst erkundigen, ob er das erlauben dürfe. Der Roschkowitzer Ortsgeheimrat hat das Ankleben an die Plakatafeln verboten, da ihm bekannt wäre, daß der Konsumverein in Ostrau sozialdemokratisch sei. Vom Vorsitzenden befragt, ob in seinem Gemeinderat das Ortsgesetz über das Anschlag von Druckschriften angenommen sei, erklärte der Vorstand: „Das weiß ich nicht!“ Schließlich hat auch dieser Vorstand dem Ankleber geraten, er solle ankleben, wo er wolle, nur nicht an öffentlichen Gebäuden. Der Amtsanwalt plädierte natürlich für Bestrafung. Das Gericht aber hob die Strafverfügung wegen formaler Mängel auf, da die Amtshauptmannschaft kein Mandat zur Bestrafung habe, nur die Gemeindevorstände seien hierzu berechtigt, diese aber hätten alle drei keinen Strafantrag gestellt. Die Kosten trägt die Staatskasse. Leider sind wir hier um eine interessante Entscheidung gekommen.

2. Bild.

Ein ähnlicher missglückter Kampf gegen einen Konsumverein spielte sich in Vehrte in Hannover ab. Die Eisenbahnverwaltung gebot ihren Beamten und Arbeitern den Austritt aus dem dortigen Konsumverein. Doch konnte der Verein diesen Schlag leicht überwinden. Es ist doch so, daß bei der Konsumvereinsbekämpfung das Gegenteil von dem erreicht wird, was die Kämpfer erwarteten. Neuerdings will man die Tätigkeit dieses Konsumvereins lahmlegen, indem man seiner Verkaufsstelle in Burgdorf die Käufer abjagt. Zu dem Zwecke verschafft man sich in den Kreisen der Konsumvereinsbekämpfer Burgdorfs ein Verzeichnis derjenigen Konsumvereinsmitglieder, die auch zu gleicher Zeit Mitglieder des Kriegervereins sind. Die so Ermittelten lud man zu einer Sitzung ein mit der Androhung, sie aus dem Kriegerverein auszuscheiden, wenn sie nicht vor dem strengen Forum des Kriegervereins erscheinen, um sich zu verantworten. Es genügte eine Besprechung mit diesen Mitgliedern und ein Hinweis auf die nützliche Tätigkeit des Konsumvereins, um die ganze Aktion des Kriegervereins ins Wasser fallen zu lassen. Manchen Kriegervereinsmitgliedern fällt es gewiß schwer, aus der Reihe der Krieger auszuschleichen, weil die in langjähriger Mitgliedschaft erlangenen Unterstützungsansprüche nicht gern preisgegeben werden. Um so erfreulicher war es dann allerdings, daß diejenigen, die vor die Gewissenfrage Konsumverein oder Kriegerverein? gestellt wurden, bis auf drei erklärten, dem Konsumverein treu bleiben zu wollen. Selbst die Veteranen ließen sich durch keinerlei sanften Druck abspensig machen. Die Not zwingt auch die Kriegervereiner immer mehr, ihre idealen Interessen hinter die materiellen zurückzustellen. In dieser Tatsache werden auch die Kriegervereinsführer mit ihren kriegerischen Gelisten gegen die Konsumvereine schließlich scheitern.

Die Anstellungsverhältnisse für Lehrer.

Aus Sachsen berichtet die Korrespondenz des Deutschen Lehrervereins:

Seit Jahren schon herrscht ein Mangel an Lehrkräften, an dem besonders die jungen Lehrer in den ersten Jahren nach ihrem Abgang vom Seminar zu leiden haben. Viele belamen in den letzten Jahren zunächst überhaupt nicht, sondern erst nach monatelangen Warten eine Anstellung, und die neuangestellten Lehrer wurden vielfach auch nur zunächst als Bikar (als Vorkar einer vorübergehend unbesetzten Stelle) in den Schuldienst eingestellt und mußten die kaum erlangte Stelle aufgeben, sobald der eigentliche Stelleninhaber zurückkehrte oder die Stelle sonst ordnungsgemäß besetzt wurde. Uebel sind auch seit einigen Jahren die Lehrer daran, die nach der gesetzlichen Hilfslehrzeit und nach der bestandenen Amisprüfung auf Anstellung als ständige Lehrer rechnen. Da es an ständigen Stellen für sie fehlt, müssen sie lange auf ihre Wahl zum ständigen Lehrer warten; viele von ihnen sind vier und fünf Jahre und noch länger als Hilfslehrer mit geringem Gehalt tätig gewesen, bevor es ihnen glückte, eine ständige Stelle zu erlangen. Alles dies sind Zustände, die für die Dauer als durchaus unhaltbar bezeichnet werden müssen. Ob das neue Schulgesetz den Bedarf an Lehrern so erhöht, daß hierin bald eine Besserung eintritt, ist bei dem Stande der Beratung dieses Gesetzes noch sehr die Frage.

In den Lehrerzeitungen konnte man in den letzten Wochen lesen, daß sämtliche von den Seminaran abgehende Schüler bereits mit Stellen versehen seien. Danach könnte also von Lehrerüberfluß jetzt keine Rede mehr sein. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß die jungen Lehrer gleich in angemessene Stellen kommen. Die Klagen, daß viele junge Lehrer lange Zeit vergebens auf eine ständige Anstellung warten müssen, sind jedenfalls voll berechtigt.

Polizeiliches Streikpostenverbot von einem Landgericht bestätigt.

Das Landgericht Plauen mußte sich mit der Polizei beschäftigen, weil sie im März anläßlich des Tamburierstreiks das Streikpostenverbot. Nach ihrer Meinung war die öffentliche Sicherheit gefährdet, weshalb sie mit Hilfe des Polizeivorgesetzten die Streikposten wegriß. Sie Sünder, darunter auch Landtagsabgeordneter Winler, hatten damals Strafverfügungen über 5 Mk. erhalten, beim Schöffengericht war die Strafe auf 20 Mk. erhöht worden. Das Landgericht trat dem erstinstanzlichen Urteil bei, wobei die Begründung mit maßgebend war, es wäre eine falsche Auffassung, zu erklären, das Reichsgericht habe auf jeden Fall das Postenstreikverbot aufgehoben. An sich sei es zwar richtig, aber nur solange, wie die öffentliche Sicherheit nicht gefährdet ist. Sobald dieses in Betracht komme, könne die Polizei mit ihrem Ortsgesetz eingreifen. Außerdem hätte man sich auf ein früheres vom Landgericht gefälltes Urteil, das in einem solchen Falle ebenso entschieden habe. Die Polizei sei im Rechte gewesen. Aus dem Verhör der Angeklagten ist ein Satz des Vorsitzenden interessant. Das Streikpostenverbot, sagte er, sei ein erlaubtes Mittel, aber unerlaubt, wenn man dem

Schutzmann nicht Folge leistet. Bei dieser richterlichen Weisheit war natürlich alles Meiden des Verteidigers vergebens. Man vermaß die Verurteilung und ließ nur einen laufen, dem man nichts beweisen konnte.

## Rußisches aus einer Textilfabrik.

Aus der automatischen Weberei von Gustav Nummer in Meerane, die unferm Chemnitzer Parcellenblock oft Veranlassung zu Artikeln gegeben hat, berichtet die Volksstimme:

Auf dem Bureau der Textilarbeiter stellte sich ein Mann vor, der am ganzen Körper blutunterlaufene Stellen und blutige Strichen aufwies. Außerdem waren auf dem Kopfe blutunterlaufene Stellen vorhanden, während ein Auge sehr angeschwollen war. Der Mann erzählte, er sei am Sonnabend abend zur Nachtschicht bei Nummer angetreten. Vor 7 Uhr habe ich nun zwischen ihm und Nummer und dessen beiden Werkführern eine Auseinandersetzung abgelaufen, die zum Grund u. a. den Vorwurf hatte, er habe Ketten zerhackt. Im Verlauf des Streites fielen der Werkmeister Weise und sein Kollege über den allein stehenden Arbeiter her, fesselten ihn mit Stricken die Hände und Füße und schlugen hierauf mit Stricken auf den Wechlosen ein. Schläge und Fußtritte saufen nur so auf ihn herab. Doch nicht genug mit diesen Mißhandlungen, übergoßen diese beiden Helden den in die hintere Körper teils mit Wasser, so daß die Nase straff am Körper anlag, und nun erfolgten auf eine neue erdärmungslose Hiebe mit Stricken. Die beiden Wichte stehen in gewisser Beziehung den russischen Verhältnissen nicht fern. Weise war einmal längere Zeit in Rußland und hat bei dieser Gelegenheit ganz gewiß das Schwingen der Knute studiert, während der andere Werkmeister aus Rußland stammt. Beide haben also von den russischen Heuförderknuten gelernt und sind dabei selbst zu solchen geworden. Der Fall ist bei der Polizei zur Anzeige gelangt. Der Vorgang ist so skandalös, daß man ihn kaum für möglich halten sollte. Da sich die Polizei mit der Sache beschäftigt, so wird die Angelegenheit hoffentlich auch durch eine Gerichtsverhandlung klargestellt, damit dem Treiben der beiden Vertreter russischer Kultur ein Ende gemacht werde.

Zur Kanalisierung der Elbe. Eine außerordentliche Versammlung des konzeptionierten Sächsischen Schiffervereins in Dresden nahm nach einem Referat und Debatte über die geplante Kanalisierung der Elbe folgenden Antrag an: Der konzeptionierte Sächsischer Elbeverein erhebt grundsätzlich Widerspruch gegen die Durchführung der Kanalisierung der deutschen Elbephede, weil nicht nur eine bedeutende Verteuerung des Wasserweges, sondern auch eine erhebliche Transportverzögerung und Entwertung eines großen Teiles der heutigen Betriebsmittel die unausbleibliche Folge sein würde.

Eine Ehestatistik. Das heimatläufige Alter scheint für Mädchen das Alter von 20 bis 25 Jahren zu sein, wenigleich auch die Zahl der Jünger in das Eheleben Springenden nicht gering ist. Im Alter von 20 bis 25 Jahren heirateten im Jahre 1907 21 764 Mädchen, im Jahre 1910 20 008. Seit Jahren schon hat man die Beobachtung gemacht, daß die Altersgrenze bei Eheschließungen sich langsam nach oben bewegt, d. h., daß die Leute jetzt erst später an die Gründung eines eigenen Haushaltes denken können als in früheren Jahren. Die Zahl der Eheschließungen überhaupt hat sich seit einer Reihe von Jahren vermindert. So traten von 1000 Einwohnern in den Jahren 1827/34 750 in den Ehestand. Von da an fiel die Zahl bis zu den Jahren 1895/98, wo sie 937 betrug. Von da an ging die Zahl ständig zurück, bis sie 1910 814 betrug. Auch das ist ein Beweis dafür, daß die Lebenshaltung ständig teurer und dadurch schwieriger geworden ist.

Dresden. Gegen die Fenerung und die Kimmerrliden Regierungsmachern protestierten am Sonntag fünf überfüllte Volksversammlungen. Die Redner führten aus, daß durch die un sinnige Wirtschaftspolitik eine noch nie dagewesene Fenerung und dadurch wieder ein empfindlicher Notstand heraufbeschwoeren worden sei. Unter förmlichen Weisfallstundgebungen wurden die Maßnahmen der sächsischen Regierung als durchaus ungenügend bezeichnet; außerordentliche Zustände erforderten auch außerordentliche Maßnahmen. In allen Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, in der gegen die Zollpolitik und das Verhalten und die Stellungnahme der Regierung protestiert und sofortige und durchgreifende Maßnahmen gefordert werden.

Zittau. In einer Versammlung der Freien Fleischerrinnung wurde beschlossen, den Verkauf des von der Stadt Zittau bezogenen Fleisches zu übernehmen. Die Versammlung war der Meinung, daß der Fleischsteuer nur durch Einführung lebenden Viehes abgeholfen ist. Der Stadtrat soll ersucht werden, in diesem Sinne auf die Regierung einzuwirken.

Wauen. Im Interesse der Entwässerung des Wohnungsbaues beschlossen die Stadtverordneten, der Baugesellschaft Plauen durch Befreiung von zum Teil erheblichen Anliegerleistungen die Erbauung von weiteren Häusern mit 70 kleinen Wohnungen zu ermöglichen.

## Opfer der Kurpfuscherrei.

Das Landgericht Dresden hat am 29. April die Fabrikarbeiterfrau Pauline Reinhardt wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung in je einem Falle zu einer Gesamtstrafe von 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte betreibt seit einer Reihe von Jahren gewerbmäßig die Heilkunde, ohne durch Unterricht oder Literatur irgendwelche Ausbildung gewonnen zu haben. Nur war sie früher in der Familie ihrer Dienhererrschaft, bei der sie als Dienstmädchen gedient, öfters zur Krankenpflege herangezogen worden, und da war ihr gefügt worden, sie habe in ihrer Hand eine eigenartige Kraft, Krankheiten zu heilen. Daher glaubte die Angeklagte, sie besitze eine eine Heilmagnetismus ausstrahlende Kraft, und stützte sich zum Praktizieren berufen. Troßdem sie die „Heilkunde“ gewerbmäßig betrieb, verlangte sie niemals von ihren Patienten ein Honorar, sondern überließ den Betreffenden, ob und was sie zahlen wollten. In ihrer Eigenart als Heilkundige wurde sie am 28. oder 29. November v. J. zu der Tochter des Handwerkers M. gerufen, die von einem Schitten überfahren worden war und über Schmerzen in Brust und Rücken klagte. Die Angeklagte strich mit ihrer heilmagnetischen Hand über die Geschwulst und ordnete an, ein Plaster aufzulegen. Als nach vierzehn Tagen gar noch eine Geschwulst auftrat, ließ der Vater des Mädchens einen Arzt kommen, der Gelenkbereiterung feststellte und zu einem operativen Eingriff riet. Aber trotz der Operation starb das Mädchen im Krankenhaus. In dem zweiten Falle handelte es sich um den dreizehnjährigen Knaben B., der an einem Bein an Knochenentzündung litt und den die Angeklagte durch „Besprechen“, Auflegen von Kuhdünger und Bienenschwamm auf Kose behandelte, bis das Bein soweit fortgeschritten war, daß dem Knaben der Unterschenkel abgenommen werden mußte. In beiden Fällen ist der Angeklagten zur Last gelegt worden, durch ihre Fahrlässigkeit die schweren Folgen herbeigeführt zu haben, da sie es unterlassen hatte, rechtzeitig zur Herbeiziehung eines Arztes zu raten. Gegen das Urteil hatte die Angeklagte Revision eingelegt, die jedoch vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Dresden: Kaufflich hatte ein Ehepaar in Begleitung eines noch schulpflichtigen Sohnes mit einem Handwagen Kartoffeln für den Winterbedarf geholt. Auf dem Heimwege hatte der Knabe die Leitung des schwer beladenen Wagens übernommen, dieser geriet aber auf dem abschüssigen Wege ins Rollen, hürzte nun und auf den Knaben, der so schwere Verletzungen erlitt, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — Ein Arbeiter, der auf dem Baugelände der Eigenheim-Stellung

In Dresden ist bei Dresden beschäftigt ist, verunglückt dadurch schwer, daß er durch Umkippen eines Dreiwagens mit Absturz in Klüden getroffen wurde, so daß er in bestmöglicher Weise nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — In Cupitz bei Dresden wollte der Kutscher des Gutsbesizers Jähndrich aus Hinterzessen sein Pferd zum Stehen antreiben. Das Tier schlug aus und trat ihn so unglücklich an den Leib, daß er benutzlos umfiel und in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte.

## Aus den Nachbargebieten.

### Wie die Unternehmer die Arbeiter provozieren.

In Pöhhel stellten seit drei Wochen 250 Banarbeiter, weil die Unternehmer sich weigern, den Stundenlohn um 5 Pfg. zu erhöhen. Als vorige Woche eine Kolonne Arbeitswilliger aus Berlin eintraf und es bekannt wurde, daß die Unternehmer diesen Arbeitswilligen 80 Pfg. Stundenlohn zahlen, das Doppelte von dem, was die einheimischen Banarbeiter fordern, geriet die Arbeitererschaft begrifflicherweise in große Erregung. Über 1000 Menschen sammelten sich beim Arbeitsbeginn der Arbeitswilligen an, wobei es jedoch zu keinerlei Ausschreitungen kam. Angesichts dieser Erregung hat die Firma Ziegel u. Schlige beschlossen, den Weiterbau ihrer Fabrik bis zum Frühjahr zu verschieben. Die Arbeitswilligen müssen nun die Stätte, an der sie eine so kurze Gastrolle spielten, wieder verlassen.

### Korrigierte Polizei.

Anlässlich der diesjährigen Weisheit in Rönigsee i. Th. hatte ein Genosse von der Veranda einer Wirtschaft herab die Feste gehalten. Die Polizei betrachtete dies als eine Versammlung unter freiem Himmel, zu der Erlaubnis nötig war, und sandte dem Genossen ein Strafmandat in Höhe von 25 Mk. Die eingeleitete Verurteilung hatte den Erfolg, daß das Schöffengericht den Verurteilten kostenlos freisprach. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Veranda mit dem Saal und dem Garten in Verbindung stand, ein geschlossener Raum, also nicht eine Versammlung unter freiem Himmel in Frage komme. In seiner Begründung stützte sich das Gericht auf eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Jena, das in einem ähnlichen Fall ebenfalls auf Freisprechung erkannte.

**Gera.** Im Gemeinderat wurden die beiden von der Regierung ernannten bürgerlichen Stadträte eingeführt und verpflichtet. Der Vorsitzende der Gemeindeverordneten, Genosse Vetterlein, erklärte dazu, daß der Gemeinderat nicht in der Lage sei, etwas gegen die Ablehnung von sozialdemokratischen Stadträten zu unternehmen. Die Sozialdemokraten mühten es aber als einen Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung entschieden abzulehnen, der Stellung der Regierung als einer berechtigten anzuhängen. Der Gemeinderat vertrat dann noch den Standpunkt, daß eine Vermehrung der Polizeibeamten nicht erforderlich sei, da die Bevölkerung im allgemeinen friedlich stimmt sei.

**Essen.** Es gibt Anzeiger von wenigen Zeiten, die Hände sprechen. Ein solches „sprechendes“ Anzeiger fand sich dieser Tage in der Sauser-Gasse einer großen thüringischen Zeitung. Hier ist es:

Ich erlaube die Modifikation, Schneiderinnen, Damenkonfektionsgeschäfte dieser Stadt, mich nicht weiter mit Rechnungen, die meine durchgebrannte Frau angehen, beschäftigen zu wollen. Zahlung ist keine von mir zu erwarten; den Offenbarungswort habe ich schon im vorigen Jahre geleistet. Auf Wunsch bin ich jedoch bereit, an Interessenten die Adresse des jetzigen Liebhabers meiner Frau bekannt zu geben. Fr. . . . . St. . . . . Straße.

## Die Fortschrittler auf dem Rechtsabmarsch.

Der fortschrittliche Parteitag, der am Sonnabend in Mannheim begonnen hat, liefert wertvolle Beiträge zur Charakterisierung des deutschen Liberalismus. Optimisten wollten an den Entscheidungen der Liberalen neuerdings wieder Anlässe zum entschiedenen Liberalismus entdeckt haben — das Stichwahlabkommen mit der Sozialdemokratie sollte ein Anzeichen dafür sein. Die Verhandlungen des Parteitags zeigen indes, daß dieses Abkommen nur eine stichhältige Epitaphie war und den Rechtsabmarsch der Fortschrittler nicht aufhält. Besonders in den Verhandlungen über die Zollfrage trat deutlich das Bestreben zutage, den letzten Programmpunkt, der den Fortschritt noch von den Nationalliberalen trennt, den Freihandel, allmählich zu beseitigen.

Die Eröffnungswort des Vorsitzenden, Landtagsabgeordneter von Frankfurt a. M., und der Geschäftsbericht des Landtagsabgeordneten Kömmel waren natürlich sehr hoffnungsvoll gestaltet. Man feierte den Stimmenszuwachs, der der Sozialdemokratie gleichkam, aber das sei erst der Anfang. Die Partei hat 35 befohlene Sekretäre und zählt 1452 allgemeine Vereine, 34 Jugend-, 12 Arbeiter- und 2 Frauenvereine. Und bemerkte Friedrich Raumann nachher zu diesen Zahlen, daß niemand weiß, wieweil Mitglieder diese Vereine haben. Raumann bezeichnete die Finanzlage der Partei als sehr schlecht. Seine Sorge gilt vor allem der Stärkung der Organisation und der Masse. Dabei produzierte er die Weisheit, daß die Sozialdemokratie lediglich wegen ihrer besseren Organisation der fortschrittlichen Volkspartei Mandate abnehmen konnte. Der Programmentwurf habe dabei keine Rolle gespielt, denn die Sozialdemokraten hätten bei den Wahlen sehr wenig von den tiefen Geheimnissen ihres Programms gesprochen. Es ist also nach Raumann nur eine Frage der Organisation, um die Sozialdemokratie zu überwinden. Wir wünschen ihm viel Glück zu dem Versuch.

Reichstagsabgeordneter Dr. Wiemer referierte über die Reichstagswahlen und besprach dabei das Stichwahlabkommen, das er als politisch notwendig und vorteilhaft bezeichnete. Die Stichwahlbedingungen Heydenbrands hätten abgelehnt werden müssen, wenn die Partei nicht mit gebrochener Müdigkeit in die Schlacht ziehen wollte. In Chemnitz, auf dem sozialdemokratischen Parteitag, sei manches gesagt worden, was unrichtig war. Er wolle jedoch dem Versuch widerstehen, ebenfalls auf Einzelheiten einzugehen. Ob die Wahlbegründung gut war, darüber läßt sich nicht sagen, jedenfalls habe es Enttäuschungen gegeben. Man könne es ja auch den Wählern nicht gut zumuten, heute so und morgen anders zu marschieren. (Die Herren Fortschrittler hatten ein Zusammengehen im ersten Wahlgang oder ein Zurückziehen von Kandidaten in der Stichwahl für besser. D. Red.) Die Vorwürfe der Konservativen aber, der Fortschritt sei jetzt völlig am Gängelband der Sozialdemokratie, seien nicht richtig. Die Gegensätze zwischen uns und den Sozialdemokraten bleiben bestehen, aber Liberale und Sozialdemokraten können im Kampfe gegen die Reaktion ein gut Stück Wegs miteinander marschieren. Die Wahltaktik der Partei kann nicht im voraus festgelegt werden. Was wir zukünftig tun oder lassen, darüber müssen wir im gegebenen Augenblick Entscheidung treffen. Ich bitte Sie deshalb, auch alle Anträge, die auf die Festlegung der Taktik hinauslaufen, abzulehnen.

Nach kurzer, zusammenfassender Debatte wurde dann einstimmig eine Resolution angenommen, die dem Parteivorsitz für seine Haltung bei den Wahlen Dank und Anerkennung auspricht.

Die wichtigste Verhandlung, die über den Charakter der Partei weit mehr besagt, als das Bekenntnis zum Stichwahlabkommen, das schließlich doch nur ein Geschäft und zugleich kluge Mäßigkeit auf die Stimmung der Wähler war, bildete die Debatte über die Zollpolitik. Zwei Referate leiteten sie ein. Reichstagsabgeordneter Gothein sprach über „Wirtschaftliche Fragen, Zollfrage und Steuerfrage“, Reichstagsabgeordneter Dr. Wendt über „Fortschrittliche Volkspartei und Landwirtschaft“. Gothein legte eine Resolution vor, die sich gegen die wachsende gegenseitige Zollabsperzung wendet, insbesondere im Interesse der Verfeinerungsindustrie, die in ihrer Ausfuhrfähigkeit zu dürfen sei. Die

gegenseitige Herabminderung der Zollschranken durch langfristige Handelsverträge sei eine dringende Notwendigkeit. Gegen die Fleischsteuerung forderte er folgende Maßnahmen: Ermäßigung der Getreidezölle und Befreiung der Einfuhrschneide aus diesem Produkt. Aushebung der Zölle auf Futtermittel, Erleichterung und Begünstigung der Einfuhr von Jucht- und Milchvieh. Verbot der Bildung neuer und Erweiterung bestehender, Erleichterung der Auflösung vorhandener Rindviehkommissionen und Aufhebung der Domänen zu Ackerlandbesitz oder Rentengütern. Zur Bänderung der gegenwärtigen Reichsnot ist zu verlangen die Befestigung des § 12 des Fleischschaugesetzes, um die Einfuhr von gefrorenem und gekühltem tierischem Fleisch zu ermöglichen, event. unter Ueberwachung dieser Einfuhr in den Verkaufshäfen durch deutsche Tierärzte; Erweiterung der einzelnen Stadtverwaltungen für den Bezug von ausländischem Vieh und Fleisch gewährten Erleichterungen und ihre Ausdehnung auf gewerbliche Verbände; Zulassung ausländischer Schlachtvieh unter Wahrung des Seuchengesetzes. Da diese Maßnahmen zum Teil nur durch Reichsgesetze getroffen werden können, muß der Reichstagsbeschluss die ungenügende Einfuhrung des Reichstags verlangen. (Vehhafter Beifall.)

In ähnlichen Bahnen bewegte sich die Ausführungen Dr. Wendt's. Er betont in seiner Resolution besonders die Maßnahmen zur Verstärkung und Vermehrung des Mittel- und Kleinbauernstandes. Am Schlusse heißt es: Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und Hebung der Kaufkraft der Konsumenten durch Ermäßigung der Schutzzölle auf industrielle Erzeugnisse und Getreide und damit Verbindung einer weiteren ungelungen Preissteigerung für Grund und Boden und der dadurch verursachten wachsenden Verschuldung. Ferner wird Befestigung der Ursachen der Landflucht durch Gleichstellung der ländlichen mit den gewerblichen Arbeitern in rechtlicher und sozialer Beziehung gefordert.

In der Debatte trat deutlich zutage, daß zum mindesten ein großer Teil der Fortschrittspartei nicht einmal mehr die Forderung auf Ermäßigung der Getreidezölle — von der völligen Abschaffung reden diese eifrigen „Rechts-ab-freihändler“ schon lange nicht mehr — zu vertreten wagt. Mehrere Redner, so der heftige Landtagsabgeordnete Krossel, der Reichstagsabgeordnete Blind-Damburg, ferner der Gutsbesitzer Heide-Pilgrimm, Oberlehrer Dr. Verthoffen-Jena und andre traten auf, die diese Forderung ablehnten und sich auf die Abwehr weiterer Zollerschönungen zurückzogen. Und diese Redner standen nicht allein, sondern fanden teilweise den Beifall eines größeren Teiles des Parteitags. Der Einfluss der Vereinigung fortschrittlicher Landwirte, die am Tage vor dem Parteitag getagt hatte, machte sich deutlich bemerkbar — allerdings vertraten die Landwirte Jan Fegter und Landtagsabgeordneter Langen-Dübenburg die Richtung gegen die Getreidezölle. Die Debatte wurde stellenweise recht erregt, Beifall, Pfiffen, Widerspruch und sehr richtig! verzeichnet der Bericht des Berichtes. Schließlich sprach Dr. Wiemer auf die Tagesordnung, indem er empfahl, die Entscheidung über den kritischen Punkt zu — vertagen. Als Gegenblatt dient die Einsetzung einer Kommission, die die Frage der Getreidezölle bis zum nächsten Parteitag beraten soll. Der Antrag dazu stammt von der Konferenz der fortschrittlichen Landwirte, die Kommission soll die Wirkungen der Zollpolitik auf die kleinen, mittleren und Großbetriebe studieren. Danach wurde dann die Resolution Gothein's angenommen, aber mit der sehr bezeichnenden Änderung, daß die Forderung auf Ermäßigung der Getreidezölle gestrichen werde!

Nach einem unwichtigen Bericht v. Payers über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion, in der dieser Staatsmann wieder einmal über die falsche Taktik der Sozialdemokratie jammerte, die die Bedeutung der 110 sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag auf Null reduziere und den Fortschrittler die Wästelheit nehme, zu zeigen, was sie für Heiden sind, vertagte sich der Parteitag auf den Sonntag.

In diesem Tage wurden Referate über Mittelstandspolitik und Arbeiterfrage gehalten. Das erste brachte nichts Neues. Bemerkenswert ist, daß in der Diskussion der Landtagsabgeordnete Wente-Hirschberg sich dafür erklärte, daß die Konsumvereine wie jeder Gewerbetreibende zur Steuer herangezogen werden. Die Resolution enthält die bekannte Forderung auf Verbesserung des Verzehrers bei Besteuerungen, Ausbau des gewerblichen Unterrichts, Einschränkung der Gefängnisarbeit und des Vorkaufwesens. Wesentlich bedeutsamer war die Verhandlung über die Arbeiterfrage. Raumann war der Referent. Er legte folgende Resolution vor:

Der Parteitag begrüßt den Reichsverein liberaler Arbeiter und Angehörigen und erwartet, daß Parteilistung und parlamentarische Vertretungen der Partei sich bei Agitation und Gesetzgebungsarbeit in beständiger Fühlung mit diesem Verbande halten. Der Parteitag verlangt eine baldige allgemeine Durcharbeitung der Gewerbeordnung und dabei die Herstellung eines allgemeinen deutschen sozialen Arbeits- und Anstellungsvertrags mit Sicherung der Gleichberechtigung beider vertragsschließenden wirtschaftlichen Parteien. Ferner legte der zweite Referent Arbeiterleiter/Erlelenz-Berlin folgende Resolution vor: „In der Erwägung, daß der Arbeitsvertrag für fast drei Viertel der deutschen Bevölkerung die Grundlage ihrer wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebensübernahme ist, in der Erwägung, daß der Arbeitsvertrag und die aus ihm resultierenden Abhängigkeitsverhältnisse fast noch völlig der rechtlichen Regelung und Vereinheitlichung entbehren, in der Erwägung, daß es vor allen Dingen Aufgabe des Liberalismus ist, die Persönlichkeitsrechte und Freiheiten der Winderwerbenden im Zeitalter der Maschinen und des Großbetriebs zu schützen, beschließt der Parteitag: Die Partei wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einwirken für den Ausbau und die Vereinheitlichung des Arbeitsvertrags für Arbeiter, Angestellte, Beamte und alle übrigen minderbemittelten Bevölkerungsteile vor allem durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in ein geordnetes Rechtsverhältnis im Sinne des Antrags Rblah und Genossen.“ Ferner lag hieran vor der oben erwähnte Antrag Dr. Rblah, Dr. Fleisch und Genossen, betreffend die Arbeiterfrage. Der Antrag verlangt bei den allgemeinen Darlegungen des Programms die Einschließung eines Satzes, in welchem die Durchführung der von der Verfassung als selbstverständlich vorausgesetzten Rechtsgleichheit gefordert wird. Diese Rechtsgleichheit werde zeitlich berechtigt durch die Begünstigung der Vermögenden bei den Dreiklassenwahlen in Staat und Gemeinde und durch die unvollkommene Regelung des Arbeitsvertrags. Es solle nicht der Kampf der Arbeiter gegen die Arbeitgeber organisiert werden, sondern eine Rechtsordnung zum Schutze der Abhängigen geschaffen werden, die dem Wohl des Ganzen zuträglich ist.

Raumann hielt eine seiner schönen Reden, worin er seine große Hoffnung, die die Linke, die Sozialdemokratie und Liberalismus, einen soll, begeistert verkündete. Die Arbeiterklasse allein kann die Junkterherrschaft nicht stützen. Aber der Arbeiter muß dabei sein — alles gehört dabei zusammen, der freie Landwirt, der freie Handwerker, Techniker, der Unternehmer und die Angestellten, die Berufsintelligenz und das große Heer der Arbeiter. Wenn das alles zusammenhält als eine große Masse, dann können die Handverträge und Herlinge befreit werden. (Zürmischer Beifall.) Das ist der Hintergrund, von dem aus wir an die Arbeiterfrage herangehen. Es muß die politische Linie in einer andern Form gebracht werden und zwar sowohl bei der Sozialdemokratie, die ihre Haltung zum Staat und zu nationalen Fragen ändern muß, als auch beim Liberalismus, der ein Gutteil seiner Stimmung und Haltung zur Arbeiterklasse ändern muß. (Vehhafter Zustimmung.) Und so weiter.

Herr Erlelenz feierte sodann seine Gründung, den Reichsverein fortschrittlicher Arbeiter und sagte der Partei dann einige Wahrheiten über die Verständnislöslichkeit, mit der sie — früher meinte er — der Arbeiterbewegung gegenüberstehen habe. Jetzt soll es ganz anders werden. Beide Redner und auch Herr Fleisch, der nach ihnen über die Forderung des modernen Arbeitsvertrags sprach, fanden lebhaften Beifall. Das aber rief Herr Müller-Weinungen auf die Tribüne, dem diese Begeisterung für Arbeiterforderungen denn doch brenzlich erschien. Er warnte vor Hurra-

stimmung und murrige Physiologie, vor dem Exzess fallcher Hoffnungen in der Arbeiterfrage usw. und gab laute Walle in den schäumenden Wein der fortschrittlichen Arbeiterpolitik, daß ein Teil des Parteitags ungemühtlich wurde und ihn mit Gern und lebhaften Zwischenrufen unterbrach. Herr Müller ließ sich aber nicht irre machen in seiner Anrede, die Interessen des Arbeiterwertums zu wahren und seine Parteigenossen daran zu erinnern, daß die Volkspartei denn schließlich eine kapitalistische Partei ist. Abgeordneter Dr. Rblah, der für seinen und Dr. Fleisch's Antrag sprach, versuchte die Sache wieder einzuleiten und machte dabei eine Erwähnung, die für die gesamte Arbeitererschaft sehr wichtig ist. Er erklärte nämlich: Wir wollen eine Verbesserung des Rechts der Arbeitnehmer, wir wollen dieses Recht gegen Willkür schützen. Wir denken aber auch an die Arbeitseite und wollen, daß auch die Arbeitgeber gegen jede Willkür geschützt werden. (Vehh. Zustimmung.) Wir wollen, daß die Arbeiterverbände eventuell ihre soziale Rechte unverantwortlich gemacht werden können. Das aber wäre ein ungeheurer Fortschritt.

Schließlich wurde die Resolution Raumann, soweit sie den Reichsverband fortschrittlicher Arbeiter begrüßt, angenommen, ebenso die Resolution Erlelenz, in der jedoch im letzten Satz die Einzelforderungen gestrichen und durch allgemeine Forderungen eines Antrags und einer Vereinheitlichung des Arbeitsrechts durch Umwandlung des Arbeitsverhältnisses in ein geordnetes Rechtsverhältnis ersetzt wurde. Einstimmig wurde ferner eine Resolution des Rechtsanwalts Dr. Berndt-Sietlin angenommen:

Der Parteitag erklärt, aufs entschiedenste eintreten zu wollen für die Befreiung der Landarbeiterklasse vom Druck des Junkertums, für die Gleichstellung der Landarbeiter mit den gewerblichen Arbeitern und für die Hebung der Arbeiter in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, zum Zweck der Aufklärung und Demokratisierung der Landarbeiter überall eine zielbewusste eifrige Agitation zu entfalten.

Ferner wurden angenommen ein Antrag Laitsingen zum Parteiverfahren und der Antrag Müller-Weinungen auf Schaffung von Sozialprogrammen für Handwert, Landwirtschaft und Arbeiter. Die weiteren Verhandlungen wurden sodann auf Montag vertagt.

## Der Kongress der Schwarzgelben.

Im Jahre 1906, auf ihrem Kongress in Breslau, waren die christlichen Gewerkschaften solchen Nutes. Die Sonne beherrschter Günst leuchtete ihnen: eine lange Reihe amtlicher Ansprachen ließ sie wissen, daß man in staatsbehaltenden Kreisen große Hoffnungen auf sie, die Vertreter und Schlichter guter nationaler und christlicher Gesinnung, setzte. Und in den Reden und Beschlüssen des Breslauer Kongresses sprach das Verständnis durch, daß die christlichen Gewerkschaften gewillt seien, das in sie gesetzte Vertrauen zu rechtfertigen und getreu der Anweisung von oben den Kampf gegen den „Ansturz“, gegen den Klassenkampf, gegen den Terrorismus und sonstiges Unheil, das von Seiten der Sozialdemokratie drohe, auf der ganzen Linie und mit allen Kräften aufzunehmen.

Drei Jahre später, auf ihrem Kongress in Köln, klang weniger hoffnungsfroh und zukunftslos aus den Reden der christlichen Gewerkschaftsführer. Damals, es war einige Monate nach der Runderhebung der Reichsfinanzreform, entrag sich der Brust des Generalsekretärs Stengerwald das ungelobte Beständnis, daß man schwere Zeiten hinter sich habe, so schwere Zeiten, daß er, der Herr Generalsekretär, froh sei, nicht Abgeordneter zu sein und daß er dieses Amt nicht übernehmen möge, auch wenn es 15 000 Mk. Diäten einbringe. Die Herren Gleiberts, Schiffer und wie die waderen „Arbeitervertreter“ im Reichstagszentrum sonst noch heißen, hatten auf Weisung ihrer Parteivorgesetzten die Reichsfinanzreform bewilligt, dem arbeitenden Volke einige Hundert Millionen neuer indirekter Steuern auferlegt und damit Dinge begeben müssen, gegen die sie selber unter dem Beifall ihres Anfangs jahrelang angekampft hatten. Das drückende Schuldbewußtsein des Betrags an der eigenen Klasse und an der eigenen Ueberzeugung klang deutlich wieder in den stammenden Reden der Führer, die sich vergebens bemühten, mit unbeholfenen Jesuitenstücken einen beispiellosen Akt politischer Lumperei in eine nationale Notwendigkeit umzuwandeln. Der innere Widerspruch dieser christlichen Gewerkschaftsbewegung, die Haltlosigkeit ihrer Führerschaft kam hierbei zum Vorschein. Man sah hier Leute, die dank der Mühsamkeit und Vertrauensseligkeit ihres Erfolges an die Spitze einer Bewegung gekommen waren und die nun als Hörige einer durchaus volks- und arbeitervindlichen Partei dieser Bewegung in den Dienst der Volkserdrückung und Volkerverdummung stellten, die drängen in Versammlungen den Arbeitern von Gleichberechtigung und Kulturanforderungen zu reden und im Parlament den Junkern, den Scharfmachern und Verwertpolitikern den Rücken stärken zur Bekämpfung der Arbeiterklasse. So bei der Reichsfinanzreform, so bei der Reichsverfassungsreform, so bei dem letzten Vergarbeiterausstand, so bei all und jedem, wo es galt, die Rechte und das Wohl der Arbeiter zu verteidigen.

Von 1900 bis heute hat sich die Lage der christlichen Gewerkschaften nicht gebessert. Ihren Vertretern, die getreu in Dresden zu ihrem 8. Kongress zusammenkamen, wird kein Hochgefühl die christlichen nationalen Brust schwellen machen. Es ist ihnen bei aller Nähe nicht gelungen, das vierte Hunderttausend zu vollenden, und das durchgehende Gefühl ihres Nichts wird ihnen durch das gewaltige Wachstum der freien Gewerkschaftsbewegung, die der Volkendruck der dritten Million justuert, um so einbringlicher zum Bewußtsein gebracht. Und dazu die inneren Nöte, die durch die Pfingstereignisse dieses Jahres sich wieder einmal so herlich offenbart haben. Man wird es zwar auch in Dresden wieder hören, was man seit Bestehen der christlichen Gewerkschaften zu hören gewohnt ist: sie sind die einzig wahren Vertreter des wichtigen Gewerkschaftsstandes, neutral bis auf die Knochen, keiner Partei und keinem Paps untertan, nach jeder Seite hin frei und unabhängig! Mag der Paps, wie er das Pfingsten in seiner Ansprache an die Vertreter der Berliner Richtung getan hat, die christlichen Gewerkschaften grundsätzlich verurteilen, mögen die Bischöfe in ihrem Zustand Pastorale dasselbe tun und sich allenfalls hier und da zu einer Duldung auf Widerstand verstehen, mögen die christlichen Führer der kirchlichen Autorität gegenüber ein Ansehen nach dem andern machen und dabei immer in Peter Angst leben, daß von Rom aus dennoch eines Tages das Nachtgebot kommt, das ihrer Herrlichkeit ein Ende macht — sie werden sich mit der Beharrlichkeit, die sich nur aus dem Gefühl der Verzweiflung erklären läßt, als die Ritter ohne Furcht und Tadel, als die Vertreter echt gewerkschaftlicher Selbständigkeit und Unabhängigkeit anpreisen.

Auf der Tagesordnung des Dresdener Kongresses steht als Punkt 2: Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart und zu den neueren Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik. Hier wird programmatisch zum Ausdruck kommen, was wir in letzter Zeit so überreich in Reden und Kritiken von christlicher Seite vernommen haben. Staat, Kirche und Gesellschaft werden daran erinnert werden, daß die christlichen Gewerkschaften eine nationale, eine kulturelle und nicht zuletzt eine religiöse Notwendigkeit sind und daß sie dringend der Förderung aller dieser Bedürfnisse, denen an der Erhaltung von Ordnung, Gerechtigkeit und Ehre liegt. Nach der Art der Gelben werden die Christlichen um die Günst der Mächtigen betteln, weil sie aus eigener Kraft nicht zu gedeihen vermögen. Und dafür werden sie, wiederum nach Art der Gelben, gute Gesinnung, Bekämpfung des „Ansturzes“ und unentwegte Vereinfachung zum Streichbruch verkaufen. Wir dürfen den Gelben wie den Schwarzgelben die Günst der Scharfmacher, der Volkserdrücker und Verwertpolitiker. Um so sicherer dürfen wir sein, daß der anständige und verständige Arbeiter ihnen fernbleibt.





# Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. Oktober.

**Geschichtskalender.** 7. Oktober 1822: Der Zoologe Rudolf Leuckart in Helmstedt geboren († 1898). 1840: Der amerikanische Dichter und Schriftsteller Edgar Allan Poe in Baltimore gestorben (\* 1809). 1862: Der Schriftsteller und Dichter Otto Ernst (Schmidt) in Ottenen geboren.

**Sonnenanfang:** 6,12, **Sonnenuntergang:** 5,23.  
**Mondanfang:** 1,26 vorm., **Monduntergang:** 4,33 nachm.

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 8. Oktober.**  
Stwinde, heiter, nachts Frost, trocken.

## Die verkehrte Welt.

Die anhaltende anormale Preishöhe unentbehrlicher Massenkonsumartikel hat im deutschen Volk eine so außerordentliche Erregung wachgerufen, daß selbst die sozial-trägsten Instanzen des Staates aus ihrer behäbigen Ruhe aufgestört wurden. In solchen Ausnahmezuständen können selbst die Vertreter preussischer Regierungsweise nicht gleichgültig vorübergehen. Vielleicht sind es weniger die ungestümen Beschwerden der Konsumenten als der unangenehme Druck, den die Teuerung auf die Kassen der Gemeinden und des Staates selbst ausübt, der zum Bruch mit der landesüblichen Mißachtung der Wünsche der breiten Massen zwingt. In den Kasernen, in den Krankenhäusern, in den Gefängnissen usw. werden die vorgeschriebenen Rationen teurer als sonst, und der sorgsam aufgebaute Etat gerät bedenklich ins Wanken. So sehen wir denn voran die Gemeinden, zögernd hinterdrein die Bundesstaaten, die öffentlichen Gewalten sich zu einer „Abwehraktion“ gegen den Notstand aufraffen. Ueber den Wert der getroffenen Maßregeln ist die Öffentlichkeit hinsichtlich unterrichtet. Vom Dornbusche konnte man keine Feigen erwarten. Wir registrieren die Tatsache, daß man sich zu Versuchen, dem Uebel abzuhelfen, entschlossen hat, um zu zeigen, wie kopflos und zweckwidrig jene Kreise handeln, von denen diese Versuche ausgehen. Augenblicklich und dauernd weit wertvoller und wirkungsvoller als die nicht einmal halben Vorkehrungen der Regierungen sind ungewisse Selbstheilversuche der Konsumenten. Die genossenschaftlichen Organisationen verschaffen ihren Mitgliedern auch in Teurungszeiten vielfach außergewöhnliche Erleichterungen. Es läge also nichts näher, als diesen Organisationen, deren Nützlichkeit dem Staate keinen roten Pfennig kostet, kräftige Förderung angedeihen zu lassen oder doch zum mindesten sie in ihrem Wirken nicht unnütz zu stören. Und was macht man? Nicht nur früher schon, sondern auch gegenwärtig noch geschieht alles Erdenkliche, der Entwicklung der Konsumentenorganisationen Hindernisse zu bereiten. Vor allem wird man nicht müde, durch Steuern, die sich meistens als Ausnahmesteuern erweisen, den unbemittelten Konsumenten die durch gemeinschaftlichen Warenbezug erzielten Ersparnisse ganz oder zu einem großen Teil abzudröhnen.

In fast allen Bundesstaaten sind die Konsumvereine Gegenstand der Aufmerksamkeit aller Steuerexperimentenmacher und werden dem verteuerten Zwischenhandel zuliebe mehr oder minder hart drangsaliert. Schon im vorigen Jahre bereitete sich unter der Einwirkung von Dürre und Viehseuchen die gegenwärtige Teuerung vor. Das hinderte die „königlichen Kaufleute“ in Hamburg nicht, die organisierten Konsumenten mit einer aller Billigkeit hochsprechenden Umsatzsteuer zu belasten; das hinderte die Geseggeber des Lipper Ländchens nicht, ihren teilweise sehr armen Landsleuten hinderlich in den Weg zu treten bei der Verbilligung der Bedarfsartikel; das hinderte in Preußen nicht die wirksame Förderung der im bekannten Antrage Hammer verkörpert konsumentenfeindlichen Bestrebungen eigennütziger Mittelstandspolitiker. Und in Sachsen ist man gar im gegenwärtigen Moment drauf und dran, im neuen Gemeindesteuergebot die Konsumvereine zur Aber zu lassen, dieselben Organisationen, die der schlecht entlohten Industriearbeiterschaft des Landes die festeste Stütze im Kampfe gegen natürliche und künstliche Preissteigerungen bietet! Die menschenfreundlichen Befürworter dieses edlen Planes sind sich nur noch nicht einig, ob sie den Konsumenten alle Vorteile genossenschaftlicher Arbeit konfiszieren sollen oder nur neun Zehntel. Das ist doch die verkehrte Welt! Auf der einen Seite tut man, als sei man bereit, den Lebensunterhalt der breiten Massen zu verbilligen, auf der andern raubt man ihnen rücksichtslos die Früchte einer Arbeit, die weit gründlicher als die fragwürdigen Regierungsmassnahmen in dieser Richtung wirken. Wer kann denn da im Ernste glauben, daß die Regierungen aufrichtig überzeugt sind von der Notwendigkeit, den Konsumenten zu helfen? Diese haben sicher kein Verständnis für einen Freund, der mit der halben Hand gibt, um mit der ganzen zu nehmen.

## Die Zentralisation der Ortskrankenkassen.

In ihrem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung hatte die Regierung einen schwächlichen Versuch unternommen, der Zersplitterung der Krankenkassen ein Ende zu machen. Die reaktionäre Mehrheit des Reichstags hat aber selbst diesen bescheidenen Anfang einer großzügigen Organisation der Krankenversicherung zu hinterreiben gewollt. Dabei sind jedoch die Bestimmungen des Entwurfs in den endgültigen Gesetzesentwurf aufgenommen, die das Verfahren für eine freiwillige, von den Kassen selbst zu beschließende Zusammenfassung ihrer Organisation regeln. Diese Bestimmungen flug anzunehmen, ist unumkehrbar Aufgabe aller Freunde einer Zentralisation der Krankenkassen.

Hierfür kommen vorerst nur die Ortskrankenkassen in Frage, weil nur hier der Wille der Versicherten zum Ausdruck kommen kann. Bei den Betriebs- und Innungs- und Berufskassen liegt bekanntlich die Entscheidung über die Existenz der Kassen bei den Unternehmern. Nach dem bisher geltenden Krankenversicherungs-gesetz konnte die Zusammenlegung von Ortskrankenkassen nur durch die von der höheren Verwaltungsbehörde zu genehmigende Auflösung erfolgen. Die Behörden haben jedoch nie ihre Zustimmung zu dahingehenden Beschlüssen der Kassen gegeben. Die Reichsversicherungsordnung sieht nun eine Reihe von Möglichkeiten vor, auch gegen den Willen der Behörden zu einer Zentralisation zu kommen. Allerdings haben die Behörden infolge einer generellen Anweisung der Regierung ihre Haltung in der Zentralisationsfrage völlig geändert und sind jetzt sogar häufig bestrebt, gewaltsam und mit burokratischer Schnelligkeit die Kassen zu Verschmelzen zu drängen, die durchaus nicht immer im Interesse

der Beteiligten liegen. Da so heute von den Behörden Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind, sind die Kassen in der Lage, den Weg zu gehen, der den berechtigten Interessen der beteiligten Faktoren am besten Rechnung trägt. Viererkörpers waren auch die Vorstände der Ortskrankenkassen bereits am Werke, diesen Weg einzuschlagen. Hier hat aber die Reichsregierung mit rauber Hand eingegriffen und alle bisherigen Anstrengungen zunichte gemacht.

Am 13. Juli 1912 ist nämlich eine sogenannte kaiserliche Verordnung verkündet worden, die die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Errichtung, Ausgestaltung, Vereinigung, Auscheidung, Auflösung und Schließung von Krankenkassen sofort in Kraft setzt. Diese Bestimmungen passen jedoch auf die jetzige Organisation der Krankenversicherung ganz und gar nicht, und sie sind nur durchführbar, wenn sie „hinweggelassen“ Anwendung finden. Denn sie setzen voraus, daß bereits die Allgemeinen Ortskrankenkassen vorhanden sind. Diese sollen aber nach jener Verordnung erst am 1. Januar 1914, wenn die gesamte Reichsversicherungsordnung Geltung erhält, ins Leben treten. Geht man also davon aus, daß die obengenannten Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung nur hinweggelassen angewendet werden, dann ergeben sich folgende Wege für die Zentralisation der Ortskrankenkassen:

a) Die Schließung der Kassen. Am 1. Januar 1914 werden alle bestehenden Ortskrankenkassen geschlossen, die weniger als 250 Mitglieder haben, oder in ihren Leistungen denen der Allgemeinen Ortskrankenkasse ihres Bezirks nicht gleichwertig sind, oder den Bestand dieser Kasse gefährden oder den Antrag auf Zulassung als „besondere“ Ortskrankenkasse nicht bis zum 31. Dezember 1912 gestellt haben. Das einfachste wäre also, wenn die Kassen keinen Zulassungsantrag stellten; doch hat das schwerwiegende Nachteile im Gefolge, die noch besonders erörtert werden müssen.

b) Die Auflösung der Kassen. Die Generalversammlung der Ortskrankenkasse, die an sich aufgelöst werden dürfte, kann ihre Auflösung beschließen. Der Auflösungsbeschluß tritt ebenfalls mit dem 1. Januar 1914 in Wirkung. Die Folgen der Auflösung sind die gleichen, wie die der Schließung. Die Mitglieder der geschlossenen oder aufgelösten Kasse werden der Allgemeinen Ortskrankenkasse überwiesen. Infolgedessen sind durch die kaiserliche Verordnung auch die an einzelnen Orten vorhandenen gewesenen Bestrebungen, eine Zentralisation der Kassen nach Berufsgruppen vorzunehmen, gegenstandslos geworden. Eine Zusammenlegung jetzt bestehender Ortskrankenkassen miteinander ist nicht mehr zulässig.

Die Schließung oder Auflösung der Kassen hat aber noch weitere Folgen. Die Kasse geht als selbständiges Rechtssubjekt unter und hat keinen Rechtsnachfolger. Als solcher gilt auch nicht die Allgemeine Ortskrankenkasse, der die Mitglieder überwiesen werden. Infolgedessen werden alle mit der Kasse abgeschlossenen Verträge aufgelöst. Sie enden spätestens drei Monate — bei den Angestellten der Kasse 12 Monate — nach der Mitteilung von dem genehmigten Beschlusse des Oberversicherungsamts, sofern nicht zu einem früheren Zeitpunkt gekündigt werden kann. Eine solche gewaltsame Beendigung des Daseins einer Kasse greift daher ziemlich tief in das freie Vertragsrecht ein und würde namentlich für die im Dienste der Kasse erkrankten Angestellten einen schweren Schlag bedeuten. Diese würden damit vor dem wirtschaftlichen Nichts stehen. Zwar ist ihnen im Artikel 12 des Einführungs-gesetzes zur Reichsversicherungsordnung versprochen: „Die Versicherungsträger sollen in geeigneter Weise, die infolge der Neuordnung der Kassen ausfallen, entschädigt werden, bez. Annahme von Hilfsarbeiten, die möglichst bestmöglich ist.“ Aber das ist, wie nicht erst begründet zu werden braucht, ein recht unsicherer Beschiel auf die Zukunft. Alle „oben“ politisch mitleidigen Angestellten sind damit von vornherein geliefert. Die Unternehmer, ohne deren Stimme sie auch bei der neuen Kasse nicht angestellt werden können, werden solche Angestellte, die ganz besonders das Vertrauen der Arbeiter genießen, nicht wählen, und die dann erforderliche Bestätigung des Versicherungsamts werden sie erst recht nicht erhalten. Selbst, wenn dies aber der Fall wäre, müßten sie doch als Disziplinarbeiter wieder ganz von vorn anfangen, vielleicht mit einem Gehalt, wie es für die jüngsten Angestellten vorgesehen ist.

Ein solches Vorgehen ließe sich vielleicht rechtfertigen, wenn die Zentralisation auf einem andern Wege gar nicht zu erzielen wäre und die Interessen der Angestellten infolgedessen vor den höheren Interessen der Allgemeinheit zurücktreten müßten. Es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die Schließung oder Auflösung einer größeren Ortskrankenkasse im Interesse der Versicherten liegt. Diese begeben sich damit jeden Einflusses auf die Leistungen der zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkassen, denen sie dann unterstellt werden. Die Ausgestaltung dieser Kassen ist aber ausschlaggebend für die zukünftige Entwicklung der Krankenversicherung.

Es gibt auch eine Möglichkeit in der Reichsversicherungsordnung, den Versicherten und ihren Vertretern diesen Einfluß zu sichern; das ist die Vereinigung der Kassen. Die Vereinigung einer bestehenden Kasse ist nur noch mit der zukünftigen Allgemeinen Ortskrankenkasse zulässig. Hierzu bedarf es lediglich eines Beschlusses der Generalversammlung der bestehenden Kasse. Stellt der Vorstand der Kasse dann den Antrag auf Vereinigung mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse beim Versicherungsamt, so hat dieses Vereinigungsausschüsse einzuleiten. In diesen Verhandlungen können die Kassenvorstände dann ihre Wünsche für die Gestaltung der Säbungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse geltend machen. Sie sind dann nicht, wie bei der Auflösung oder Schließung den Wünschen des Gemeindeverbands, der sonst über die Säbung der Allgemeinen Ortskrankenkasse allein zu bestimmen hat, mit gebundenen Händen ausgeliefert. Außerdem bestimmt die Reichsversicherungsordnung für den Fall der Vereinigung, daß die Angestellten der Kasse zu denselben oder gleichwertigen Bedingungen übernommen werden müssen, so daß auch dieser Seite Genüge gesehen wäre.

Diesem Wege der Zentralisation der Ortskrankenkassen hat auch der jüngst in Köln a. Rh. abgehaltene Krankenkassenkongress zugestimmt. Es dürfte in der Tat der allgeeignete Weg sein, um unter Wahrung aller berechtigten Interessen die Zusammenfassung der Krankenkassen überall da herbeizuführen, wo das nur irgend möglich ist. Hier und da ist allerdings tragend der Weg der Schließung der Kassen propagiert worden. Wie anzunehmen ist, weil nicht alle Konsensungen dieses gewaltsamen Eingriffs erfaßt und den Weg der Vereinigung nicht als zulässig angesehen hat. Durch die erwähnte kaiserliche Verordnung ist jedoch der Weg der Vereinigung der Kassen geöffnet worden und es ist zu hoffen, daß recht viele Kassen ihn beschreiten werden.

**Die Kurse des Arbeiterbildungsinstituts am Montag und Mittwoch nehmen** — soweit der Genosse Lipinski als Lehrer in Frage kommt — schon um 1/9 Uhr ihren Anfang, nicht um 9 Uhr, wie in der Sonnabendnummer gesagt wurde.

**Gegen die Fleischsteuerung.** Wie weiße der Rat für die Einwohner sorgt, geht aus einem seiner Beschlüsse hervor, der in der letzten Sitzung gefaßt wurde. Um mehr frisches Fleisch auf den Leipziger Markt zuzulassen, wird nach dem Beschluß der erste Satz im § 2 Abschnitt 2 der Marktordnung aufgehoben, wonach in der Markthalle frisches Fleisch nur solcher Schlachttiere feilgehalten und verkauft werden darf, die im städtischen Schlachthofe geschlachtet worden sind. Außerdem soll noch das Ortsgesetz über die Kontrollbesichtigung des in den Stadtbezirk Leipzig eingeführten frischen Fleisches geändert werden.

Zur Aufstellung des Einkommensteuerkatasters erläßt der Rat folgende Bekanntmachung: Nach dem Einkommensteuergesetz werden zur Aufstellung des Einkommensteuerkatasters für das Jahr 1913 die Hausbesitzer und ihre Stellvertreter hiernächst aufgefordert: die ihnen behändigen Hauslistenformulare nach Maßgabe der darauf abgedruckten Bestimmungen auszufüllen und binnen 10 Tagen, von der Aufstellung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 M.

entweder persönlich oder durch Personen, die zur Beilegung etwaiger Mängel sichere Auskunft zu erteilen vermögen, an den auf den Hauslistenformularen angegebenen Steuerstellen abzugeben. Die Ausfüllung der Hauslisten hat nach dem Personenstande vom 12. Oktober zu geschehen. Es können deshalb die Hauslisten vor dem 13. Oktober von und nicht angenommen werden. Gleichzeitig mit den Hauslisten sind die auf besonderen Antrag der Hausbesitzer ausgehändigten Einzellisten abzugeben. Hierbei wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 37 der Ausführungsverordnung der Hausbesitzer nach dem Empfang der Formulare die zu je einer Hausliste gehörigen Einzellisten mit fortlaufenden Nummern zu versehen, auf der Hausliste die Nummern und die Anzahl der zugehörigen Einzellisten zu vermerken und hierauf die Einzellisten an die Haus-haltungsvorstände zu verteilen hat, die bei Vermeidung der in § 71 des Gesetzes angedrohten Strafe verpflichtet sind, die Listen nach dem Stande vom 12. Oktober dieses Jahres auszufüllen und vom 13. Oktober ab zur Abholung für den Hausbesitzer bereitzuhalten.

Hinsichtlich derjenigen Haushaltungen, für die Einzellisten ausgefüllt sind, hat der Hausbesitzer in der Hausliste nur die Abholung des Hauses und den vollen Namen des Haushaltungs-vorstands anzugeben. Bei dem Namen ist durch Vermerk: „Siehe Einzelliste Nr. ...“ auf die zugehörige Einzelliste zu verweisen.

Ein Einzelliste sind vom Hausbesitzer mit der Hausliste bei unsern Steuerstellen abzugeben.

Die verspätete Einreichung der Hauslisten wird nach § 71 des Einkommensteuergesetzes bestraft werden.

Am 30. September ist auf § 35 des Gesetzes verwiesen, wonach sowohl der Besitzer eines Hausgrundstücks für die Steuerbeträge, insofern der von ihm verschuldeten, unrichtigen oder unvollständigen Angaben dem Staate entgegen, wie auch jedes Familienhaupt für die richtige Angabe aller zu seinem Hause gehörenden, ein eigenes Einkommen habenden Personen, einschließlich der Mieter und Schließensmieter, verantwortlich ist. Die auf der letzten Seite der Hauslistenformulare befindliche Versicherung ist von dem Hausbesitzer oder seinem Stellvertreter zu unterschreiben.

Hausbesitzer und ihre Stellvertreter, die Hauslistenformulare nicht oder in nicht ausreichender Zahl erhalten haben, können weitere Vorbrude an den Steuerstellen in Empfang nehmen.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am kommenden Mittwoch statt. Neben der Erledigung einer Anzahl Rechnungen und der Beschlußfassung über Herabsetzung von Straßen, Herabsetzung von Zuschüssen, Verkauf von Land usw. werden die Stadtverordneten über die Durchführung des Kraftfahrzeugverkehrs bei der Gewerkehr beraten. Schließlich wird das Kollegium Stellung nehmen zur Gewährung einer Beihilfe an den Verein Leipziger Jahresausstellung zur einer Ausstellung und zur Bezahlung der Ausstellungsschulden des Vereins Leipziger Gewerkehr.

**Schulgelddbezahlung.** Die heutige Nummer unseres Blattes enthält eine Bekanntmachung über die Einrichtung des mit dem 1. Oktober fällig gewordenen Schulgeldes für das vierte Viertel. Für 1912, insbesondere über die Einsammlung in den Schulklassen, worauf wir besonders hinweisen.

**Vermisst wird** seit dem 1. Oktober bei in P.-Ringer-Crottendorf, Seltnerhäuser Straße 12 wohnende, 30 Jahre alte Postkassier Karl Otto Römer. Der Verschwundene ist seit acht Wochen krank. Es wird berichtet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist oder daß er umherlert. Römer ist übermittelgroß, kräftig und unterseht, hat graublau Augen, schwarzes Haar und schwarzen Schnurrbart. Er hat zuletzt seine Uniform getragen.

Am 30. September ist die am Rantstädter Steinweg 30 wohnende, 28 Jahre alte Auwärterin Wilhelmine Fritzsche verschwunden. Die Vermisste ist untermittelgroß, schmählig, hat dunkelblondes Haar, graue Augen und schadhafte Zähne. Zuletzt hat sie eine gelbgestreifte Bluse, schwarzen Rock und eine gelbe Schürze getragen. Sie ist nervenkrank und hat wiederholt Selbstge danken geäußert.

Seit dem 28. August wird aus der Wohnung ihres hier Friedrich-Rift-Straße 12 wohnenden Ehemannes Frau Irma d Bälman geboren Müller, geboren am 3. Dezember 1882 in Halle a. S., vermisst. Der Grund ihres Verschwindens ist unbekannt. Die Frau ist untermittelgroß aber kräftig, hat dunkelblondes Haar, braune Augen, volles, blaßes Gesicht, im Oberkiefer eine Zahnücke. Bei ihrem Weggange hat sie einen schwarzen Rock, helle Bluse, dunklen Mantel und einen Strohhut oder eine blaue Chauffeurmütze getragen.

**Schneller Tod.** An Herzschlag verstarb gestern abend auf der Sühlfraße der Kaufmann Fidler aus der Sühlfendstraße.

**Selbstmord.** Durch Erhängen hat sich gestern in der Landstübter Straße ein 52 Jahre alter Sattler entleibt. Was den Mann, der seit kurzem von seiner Familie getrennt lebte, zum Selbstmord veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

**Explosion auf der elektrischen Straßenbahn.** Gestern abend in der letzten Stunde wurden die Fahrgäste eines vollbesetzten Motorwagens der Straßenbahn Linie V in der Föhoferschen Straße durch das Platzen der sogenannten Lichtsicherung erschreckt. Infolge der Explosion war ein Fahrgast, ein 50 Jahre alter Mechaniker, von einer Schraube an den Kopf getroffen und so schwer verletzt worden, daß er in der Sanitätskammer verbunden werden mußte. Die Explosion war mit einem starken Knall und einer erheblichen Rauchentwicklung verbunden. Doch ist außer dem einen Fahrgaste niemand weiter zu Schaden gekommen.

**Selbstmordversuch.** Mit Leuchtgas hat sich gestern ein in der Sedanstraße wohnender, 26 Jahre alter Elektrotechniker zu vergiften gesucht. Der Mann wurde noch lebend aufgefunden und in das Krankenhaus übergeführt. Ein Nervenleiden ist die Veranlassung zu dem Selbstmordversuche.

**Unfall.** Gestern mittag kam an der Ecke der Lühner Straße und Obermannstraße ein 43 Jahre alter Versicherungsinspektor beim Aufsteigen auf die Straßenbahn zu Falle, wobei er sich den Hinterkopf ausschlug. Der Verunglückte hat sich die Wunde von einem Arzte nähen lassen müssen. Er hat sich dann in seine Wohnung begeben.

**Zusammenstoß.** Auf der Straßentrennung Bismard- und Marcknerstraße stieß gestern mittag ein Fleischgeschirre mit der Straßenbahn zusammen, wobei das Pferd des Geschirrs an den Hinterbeinen verletzt wurde.

**Diebstähle.** Gestohlen wurde aus einer Wohnung am Neumarkt eine schwarze Stahlluhr mit Monogramm K. M. und eingraviertem Datum 4. 9. 1908, sowie eine silberne, stahlgliedrige Uhrkette; aus

einem Aufseherraum eines Raub im Oktober ist ein Portemonnaie mit einem Geldbeutel, eine silberne Federrechenmaschine mit Sprungdeckel und dem eingravierten Namen W. W. Käse, sowie eine Ellenbahnpflichtkarte 3. Klasse Leipzig-Pausendorf gestohlen worden.

In der Kohlgrabenstraße hat ein Spieglhändler während der Vormittagsstunden aus einer Wohnung einen Geldbeutel, ein großgoldenes goldenes Kettenarmband mit zwei roten Steinen sowie ein zweites goldenes Armband, das aus einer Damentafel gefertigt ist, gestohlen.

Verhaftungen. Um in den Besitz von Morphium und Kokain zu gelangen, hat ein 32 Jahre alter Handlungsjunge aus Berlin falsche Rezepte, unter die er die Namen verschiedener Ärzte schrieb, angefertigt. Der Mann wurde wegen Urkundenfälschung in Haft genommen.

Ein von der Staatsanwaltschaft Halle wegen Mordfallsklebstahls verfolgter 44 Jahre alter Messerschmied wurde hier ermittelt und ebenfalls verhaftet.

### Aus der Umgebung.

Postig. In der Gemeinderatssitzung vom 6. Oktober wurden einige Unterrichtsangelegenheiten erledigt. In die Einschulungscommission wurden Adersmann und Sperling und als Stellvertreter Memmler und Nahrer gewählt. Eingegangen war der I. Nachtrag zur Feuerlöschordnung, der von der Amtshauptmannschaft genehmigt worden ist. Die Feuerwehmannschaften sollen im Gemeindefahrsverkehr über Feuerlöscher verfügen. Das Ortsgesetz über die Pensionierung des Schulmanns soll bei der Behörde eingereicht werden. Die Zuzahlendebeiträge sollen auch fernerhin für den Schulmann von der Gemeinde gezahlt, dafür aber diesem die Zuzahlendebeiträge von dem Personalsbeitrag gekürzt werden. Der Gemeinderat bezieht sich jedoch vor, bei dringenden Bedürfnissen die Pension zu erhöhen. Der Bescheid über die Einverleibung der Gemeinden Leupisch, Schönfeld und Rodan trat man nicht bei. Die Kosten bei allen vorstehenden Desinfektionen werden von der Gemeindefassche bezahlt.

Zwenkau. Aus dem Stadtparlament. Während der Zuhörer- raum zu gewöhnlichen Zeiten von den Einwohnern unbenutzt bleibt, war er am Mittwoch ziemlich gut besetzt. Stand hoch die Rathhaus- frage, die in der Stadt in den letzten Wochen der Gegenstand lebhaftester Erörterungen bildete, auf der Tagesordnung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ergriff Herr E. J. Schmidt um Aufschluß, wie es komme, daß die Umplantung der Ravallerei vom ehemaligen Besitzer abgebrochen worden sei. Herr Bürgermeister Dr. Klüppel erwiderte, daß dies bei dem günstigen Kaufpreise vereinbart worden sei. Es wird nun in die Tagesordnung eingetragen und dem Frauenverein Lobiaschule der Betrag von 10 Mark bewilligt. Genehmigt wurde ferner das Schankkonzessionsgesetz des Herrn Köder für das Gasthaus Stadt Leipzig. In Mitgliedern der Einschulungscommission wurden durch Zufall gewählt: Stadtrat Kraus sowie die Stadtverordneten Volig und Braunschweig, in Stellvertretern die Stadtverordneten Zimmermann und Theuermeier und der Schnittwarenhändler Dertel. Das Ortsgesetz für den Weinbau- plan B wurde dahin abgeändert, daß die Niedergebäude 12 Meter vom Hauptgebäude entfernt sein sollen. In der Sitzung vom 7. August wurde ein Besuch des Händlers Schaarschmidt abgelehnt, wonach Sch. ein Lagergebäude an der Hintergrenze seines Grund- stücks bauen wollte. Sch. hat sein Gesicht erneuert und bemerkt da- bei, daß das Gebäude eine architektonisch gehaltene Schaufel sei. Es wurde beschloffen, den architektonischen Wert dieser Schaufel vom Bauauschuß prüfen zu lassen und bis dahin die Einplanung auszuweichen. Unter Aufhebung eines früheren Be- schlusses wurden dem Danabesitzer Schmidt 500 Mark pro Quadrat- meter für das zur Straßenerweiterung abgetretene Areal ent- schädigt. — Der Verkauf der Grundstücke des ehemaligen Ob- erstadtschultheißen Schmidt 500 Mark pro Quadratmeter für das zur Straßenerweiterung abgetretene Areal ent- schädigt. — Der Verkauf der Grundstücke des ehemaligen Ob- erstadtschultheißen Schmidt 500 Mark pro Quadratmeter für das zur Straßenerweiterung abgetretene Areal ent- schädigt. — Der Verkauf der Grundstücke des ehemaligen Ob- erstadtschultheißen Schmidt 500 Mark pro Quadratmeter für das zur Straßenerweiterung abgetretene Areal ent- schädigt.

Darauf wird der Rathhausbau beraten. Bürgermeister Dr. Klüppel begründete seinen Antrag, der den Stadtverordneten nebst einem ausführlichen schriftlichen Bericht zugestellt worden war und folgenden Wortlaut hat: „Dem Stadtdirektor zu empfehlen, vom Umbau des alten Rathhauses abzusehen, einen Neubau auf dem städtischen Areal neben der Schule zu errichten und den Bauauschuß mit den weiteren Vorarbeiten zu beauftragen.“ Er führte dabei aus, daß er sich für einen produktiven Bau mehr ins Zeug legen würde als für einen Rathhausbau. Es müßte aber etwas geschehen. Nach der Ver- sammlung und den Auseinandersetzungen in der Zeitung, hoffe er die Sache geklärt. Er verleiht seine Ansicht, daß ein Neubau prakti- scher als ein Umbau sei und verweist auf seine Berechnung in dem schriftlichen Bericht. Niemand habe ihn anders überzeugen können. Auch die Petition des Gewerbevereins nicht, von der nur eine Ab- schrift ohne Unterschriften eingegangen sei. Die Petenten haben sich die Sache sehr leicht gemacht, indem sie nur Behauptungen aufstellten. Er verwahrte sich gegen den Inhalt der Petition, daß die Umbau- kosten zu hoch und die Neubaufkosten zu niedrig angegeben seien, um Stimmung für einen Neubau zu machen. Er betont, daß die Kosten für einen Umbau noch niedriger eingestuft seien, als sie Baumeister Schade aus Leipzig angegeben habe. Die Kosten für einen Neubau seien eher zu hoch angegeben. Genosse Friedrich nahm zunächst Be- legenheit, das Mährchen, die Sozialdemokratie beabsichtige, das Rath- haus als Volkshaus zu benutzen, zu zerstreuen. Dieses könne, so führte er aus, für die Arbeiterschaft gar nicht in Frage kommen, weil es viel zu klein sei und keinen Garten besitze. Das städtische Areal von dem Neubaugrundstück verdrängt habe die Arbeiterschaft losprechen gemacht. Er und seine Freunde seien von Anfang an Be- stimmungen eines Neubaus aus praktischen und zweckmäßigkeit- gründen gewesen und sie würden für einen Rathhausneubau stim- men. Der Bürgermeister begründete es mit Begehrtheit, daß das Ge- richt wegen des „Volkshauses“ aus authentischem Munde zerstört werde. Genosse Braunschweig legt auseinander, daß sich die Kosten eines Umbaus nicht genau berechnen lassen und daß eine ansehn- liche Nachrechnung unausbleiblich sei. Er veranschlage den Umbau — diesen Gedanken habe er schon früher ausgesprochen — mit 70 (100) Mark. Stadtdirektor erklärt sich prinzipiell für einen Neubau. Er möchte aber erst einen kleinen Umbau im kleinen Saal und im Nebenraum des großen Saales vorgenommen wissen. Der Neubau solle erst dann in Angriff genommen werden, wenn das nötige Kapital ausgearbeitet sei. Es seien auch eine Kläranlage und neue Be- schließungen zu schaffen, was viel Geld koste. Die Ansicht liege es sich ermöglichen, die Stadt und die Sparkasse außerhalb des Rathhauses unterzubringen. Der Bürgermeister widersprach dem. Durch den Vorschlag des Herrn Richter bliebe die Kellerwohnung und auch die Gefangenen in der Erdgeschosse bestehen, was nicht mehr statthaft sei. Die Sparkasse und die Stadtkasse außerhalb des Rathhauses zu ver- legen oder zu trennen, sei nicht angängig. Es mache sich dann die An- fertigung eines weiteren Baues nötig, und für die Kosten könnte schon eine ansehnliche Summe veranschlagt werden. Ebenso verhalte es sich mit dem vorgeschlagenen Umbau. In 40 Jahren mache sich doch ein Umbau nötig, und die Kosten, die der Umbau verursache und die nicht klein sein werden, könnten schon zur Tilgung für das auszu- nehmende Kapital für einen Neubau benutzt werden. Die Genossen Braunschweig, Lehmann und Schöner können nicht begreifen, wie bisher prinzipiell für einen Neubau sei und einem Umbau oder

bau wenigstens einen Ausbau das Wort rede. Weiterer stellt noch fest, daß frühere Stadtvordere, die 1901 dem Verkauf und der Ausschreibung des Rathhauses zustimmten, jetzt, von Pflicht und Gewissen gepackt wegen der Umwandlung des Rathhauses in ein Volks- haus, für einen Umbau schwärmen. Er glaube auch, daß Sänder- interessen beim Zustandekommen der Petition mitgewirkt haben. Wenn über eine geringe Verzinsung des Rathhauses geklagt wird, so treffe diejenigen Stadtvordere die Schuld, die dem § 7 des Nach- trags, wonach der Saal zu politischen Versammlungen verweigert wird, und der Verabschiedung der Petition zugestimmt haben. Stadtdirektor ist bedacht für einen Umbau, weil der frühere Bürgermeister Ahneri gesagt haben soll: Ja, wenn wir den Saal ausbauen könnten, wenn sich daraus zwei Stockwerke errichten ließen, dann bekämen wir schöne helle Räume. Stadtdirektor stellt noch einen Antrag, daß der Neubau nicht teurer als 100 000 bis 120 000 Mark werden darf. Nachdem der Bürgermeister erklärt hatte, daß er mit einer so hohen Summe nicht rechnen und Genosse Braunschweig den Wunsch geäußert, daß in dem Bauvertrag die Bestimmung aufgenommen werde, daß eine Nachrechnung unzulässig sei, wurde der Antrag des Bürgermeisters und der Antragtrag Vogel mit 11 gegen 3 Stimmen angenommen. Es fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt.

Alltägliche Warnung vor einem Pilzengiftungsverfahren. Eine Warnung vor einem angeblichen Mittel zur Entgiftung von Pilzen erläßt die preussische Verwaltung der öffentlichen Gesundheitspflege. In der letzten Zeit hat man ein Verfahren empfohlen, das von dem französischen Naturbeobachter Fabre herrührt. Es besteht darin, daß die Pilze in Salzwasser abgekocht und nach dem Abgießen des Kochwassers einigemal mit kaltem Wasser nachgewaschen werden. Es ist aber dringend davor zu warnen, sich auf dieses Verfahren zu verlassen. Bei einigen Pilzarten, wie Wurzeln, mag es wirk- sam sein. Bei anderen Arten verfährt es völlig, besonders bei dem Knollenblätterpilz, der dem Gichtepilz ähnlich ist und der die meisten Vergiftungen verursacht. Dies ist durch Versuche sicher festgestellt. Das einzige Mittel, sich vor giftigen Pilzen zu schützen, ist die genaue Kenntnis der einzelnen Arten. Man kann diese Kenntnis durch Bildblätter erwerben. Das Kaiserliche Ge- sundheitsamt hat selbst ein Pilzmittelblatt herausgegeben. Es schildert die wichtigsten Gefahren und giftigen Pilze in Wort und Bild. In wässrigen und alten Pilzen können sich, namentlich bei längerem Stehen, äußerst giftig wirkende Gifte bilden. Man mache es sich deshalb zur Regel, nur frische und junge Pilze zu essen.

Eltenburg. Bauarbeiter. In einer sehr gut be- suchten Versammlung der Bauhandwerker referierte Genosse Bergmann aus Magdeburg über Bauarbeiterschutz. Der Redner behandelte die Grundzüge der Arbeiterschutzbestimmungen, die vom zuständigen Ministerium erlassen sind. Er forderte die Bauhand- werker auf, die gesetzlichen Schutzbestimmungen überaß mit allem Nachdruck zu verlangen. Trotz des Ministererlasses denke das Unternehmertum gar nicht daran, das Bauarbeiterschutzgesetz zu respektieren. Selbst Staat und Gemeinden als Unternehmer beachten nicht einmal die ministeriellen Bestimmungen. Daher sei es notwendig, daß der Arbeiter zur Selbsthilfe greife und schließlich einmal trotz des Tarifvertrages zur Arbeitseinstellung überzettelte, um den Unternehmer zur Vorkehrung von Schutz- maßregeln zu zwingen. Ferner müsse gefordert werden, daß Bau- kontrolleure von der Stadt angestellt werden, aber solche, die die Interessen der Arbeiter vertreten. In der Diskussion wurde von allen Seiten betont, daß auch in Eltenburg dem Gesetz nicht im geringsten Rechnung getragen werde. Es sei daher Pflicht jedes einzelnen, jeden Mißstand der Bauarbeiterschutzkommission mit- zuteilen. Im Schlußwort betonte der Redner, daß jeder neben seiner Gewerkschaft der politischen Organisation angehöre müsse.

In der Karteilziehung vom 4. Oktober wurde mit- geteilt, daß die nächste Karteilziehung am nächsten Freitag (schon am 14. Dezember stattfindend) sein wird. Eltenburg wird die Karteil- zuehung durch den Genossen Heilmann besorgen. Die Telegierten sind auch heute noch einmütig der Ansicht, daß die Belegung einer Karteilstelle in Werberg vorläufig nicht notwendig sei. Das nächste Gewerkschaftsfest soll in der Taube abgehalten werden. Ein Antrag der Metallarbeiter auf Einsetzung eines Disziplins- ausschusses von Partei- und Gewerkschaft wurde bis zum Jahres- schluß vertagt, da vorläufig das Kartell schon für dieses Jahr die Verhandlungen festgelegt hat. Am Freitag, den 25. Oktober, findet die Versammlung statt, in der Genosse Indentisch über: Volkssicherung sprechen wird. Bei dem letzten Lichtbildeortrag hat das Kartell ein Festspiel von 20.000 Mk. zu verlangen. Zu dem am Mittwoch, den 6. November, stattfindenden Rühlertagert am der Eintrittspreis im Vorverkauf auf 20 und an der Kasse auf 25 Pfg. festgelegt. Der Unterrichtskursus über die Reichs- versicherungsordnung beginnt am Sonnabend, den 12. Oktober. Der Delegierte der Normhüter gab die wesentlichen Bestimmungen des neuen Tarifs bekannt.

## 162. Sächsische Landeslotterie.

*(Conti. = einlosig.)* *(Nachdruck verboten.)* **Ziehung vom 7. Oktober.** Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 100 Mark belohnt.

10000 auf Nr. 87455 bei Herrn P. G. J. Fischer Köpf. in P. Mendnig.
5000 auf Nr. 82484 bei Herrn Ad. Müller & Co. in Leipzig.
700 894 096 845 542 705 891 811 09 872 810 715 21 472 200 435 801 1482 590 251 472 073 407 050 205 181 2705 (1000) 288 23 347 112 239 180 357 411 904 741 906 (2000) 071 (500) 280 (3000) 242 906 578 425 290 403 10 750 3004 19 305 501 3 704 487 494 (700) 460 48 04 319 75 4 400 398 100 514 (2000) 589 553 850 (5000) 700 439 777 531 732 (500) 207 814 250 292 450
5 008 432 100 05 92 312 550 790 100 008 (500) 300 209 406 281 708 494 95 122 28 971 710 715 0900 804 248 478 813 001 782 126 182 402 379 405 749 209 103 216 571 952 7408 712 200 880 978 520 890 910 534 139 303 600 447 295 040 559 328 589 8118 943 803 724 975 410 885 830 700 050 529 198 576 421 168 9140 581 448 58 681 112 000 270 (1000) 651 278 812 718 300 31 707 (2000) 177 68 243
10322 086 326 595 707 590 000 367 550 186 200 542 403 104 197 155 09 014 798 582 811 105 11882 29 538 188 (5000) 500 508 87 835 452 39 50 806 205 477 205 530 841 898 772 2 14146 490 874 628 671 435 747 384 28 890 357 (3000) 411 (500) 313 106 657 581 042 677 427 556 359 789 14376 142 (500) 379 909 (3000) 51 213 805 678 054 799 276 228 73 204 125 378 855 015 14702 775 187 505 208 135 997 007 999 344 148 33 146 057 307 475 1 44 178 510 17 672 60 844 372
15401 848 085 398 837 085 464 08 494 548 477 800 678 10712 800 890 401 909 592 182 498 (500) 701 187 912 392 948 021 532 411 000 517 88 97 17000 243 880 770 065 216 (1000) 882 (3000) 280 70 194 308 302 301 522 012 579 (1000) 840 714 1.1199 089 3 25 520 107 536 (500) 067 750 450 355 484 520 (3000) 891 (1000) 478 402 10608 128 01 (1000) 892 674 520 (2000) 772 746 531 998 70 378 440 (2000) 806 948 500 590
20732 5 546 050 498 300 299 393 215 914 599 590 234 747 679 124 489 221 920 442 83 423 108 405 781 21393 72 00 (1000) 918 004 99 536 424 287 829 563 748 778 55 440 92 849 397 170 145 450 293 22507 59 87 452 005 328 487 408 240 489 335 08 909 997 357 278 23947 623 578 828 838 405 149 678 410 522 302 898 702 398 100 352 118 24388 544 202 842 894 828 685 498 181 877 587 141 908 180 486 302 471 036 382 407 817
23135 978 (1000) 67 161 358 560 090 971 899 320 406 877 519 364 (500) 478 743 (500) 920 894 333 114 24084 86 824 175 271 257 734 711 481 288 129 880 245 987 758 507 281 27805 451 813 24 197 842 902 609 882 258 120 205 724 586 262 398 208 28423 643 975 33 172 641 309 10 159 226 448 323 (1000) 385 145 906 398 182 834 431 348 573 006 24956 142 760 498 (2000) 797 328 155 829 909 712 221 659 998 729 861 420 771 962 810 30000 250 725 778 68 48 781 103 807 289 868 4 516 795 581 34618 972 (2000) 322 493 739 850 588 380 455 192 148 841 648 645 460 118 89 692 598 494 32834 213 826 54 215 120 578 905

8 801 810 062 680 761 (500) 734 320 115 277 105 990 604 540 467 381 463 101 33000 91 054 79 708 832 300 489 42 060 425 638 338 580 877 130 (2000) 442 931 644 70 274 585 450 242 86 121 286 (1000) 34832 436 427 585 17 434 34 250 708 128 296 435 707
35131 184 830 297 570 59 (500) 042 108 855 (2000) 38 935 433 555 887 781 336 146 237 751 784 292 579 36500 098 554 83 950 091 (5000) 127 900 730 84 520 415 533 477 82 216 092 352 75 053 37700 (1000) 217 239 450 (2000) 709 378 170 390 392 76 824 161 (3000) 121 890 370 283 905 187 841 348 132 33034 429 778 555 (2000) 608 034 47 701 899 985 412 56 822 454 104 96 (2000) 805 76 763 783 99 709 30312 419 943 434 717 389 (5000) 738 09 638 450 330 345 134 410 289 307 387 7 174
40069 493 (500) 082 322 (500) 140 797 706 493 217 075 708 122 340 988 815 41021 849 129 909 491 068 938 471 562 (8000) 890 65 174 241 945 794 42829 20 402 (500) 693 757 804 028 314 480 808 900 579 845 674 250 593 (1000) 840 924 254 43542 05 078 (1000) 71 032 239 284 200 624 783 678 580 530 826 218 003 553 (1000) 097 122 (2000) 258 119 757 754 308 501 44333 807 405 088 887 241 508 491 148 724 986 304 402 278 627 199
45063 210 608 581 210 585 898 507 547 320 705 902 827 674 464 (5000) 326 348 144 459 40560 048 34 081 032 710 637 057 208 353 835 281 643 47505 305 290 420 018 709 (1000) 436 308 629 842 229 81 717 452 100 190 804 48240 990 197 1 259 714 523 545 872 194 691 568 82 561 438 (1000) 560 145 344 751 584 34 507 49739 114 88 991 141 489 535 500 727 780 256 156 598 284 476 718 (2000) 46
50209 777 855 827 497 304 278 309 971 893 595 298 700 829 750 121 838 248 872 500 550 917 216 51522 181 284 713 719 529 328 326 9 588 316 467 489 191 716 081 52512 559 829 779 80 847 002 952 606 402 224 501 875 154 889 (2000) 428 407 606 091 58799 190 (500) 658 152 218 611 022 102 541 497 898 123 060 (1000) 454 955 91 618 288 871 54796 160 342 341 254 806 308 735 782 502 170 818 21 1 359 954 102 209 648 924 873 633 58 575 184 940 804
55269 701 27 511 044 599 (500) 724 074 557 400 500 754 14 102 345 762 56707 885 899 7 826 074 (500) 00 444 074 301 200 367 774 266 227 599 46 861 376 (500) 005 119 289 37000 187 125 (3000) 298 909 974 025 297 308 887 135 095 340 556 76 547 279 58489 73 349 716 951 908 012 (500) 617 422 20 109 483 508 402 598 391 59850 10 606 (500) 48 06 305 429 61 220 094 711 747 302 900 (1000) 750 812 (1000) 734 834
60874 893 (1000) 26 038 259 900 440 755 84 780 389 422 801 529 114 134 384 24 459 800 01724 950 670 890 477 819 313 141 261 144 551 080 207 55 730 37 (500) 62499 770 790 793 358 123 117 778 50 (500) 260 116 550 377 529 585 005 308 171 840 273 333 071 961 17 136 864 (1000) 03121 42 311 345 812 881 145 86 370 809 64139 768 498 152 761 103 (500) 047 207 985 410 716 692 398 (3000) 74 37 1 (1000) 367 592 436 988 442 394 589
65045 448 097 541 558 528 588 204 (500) 909 (500) 856 830 399 076 59 06347 365 803 370 905 726 708 018 024 631 897 482 384 252 530 541 (500) 201 479 07719 (1000) 20 488 365 200 711 745 487 192 75 598 156 (2000) 61 (1000) 747 263 68178 375 335 090 12 698 109 434 853 37 454 578 312 227 (2000) 60967 042 240 385 47 698 98 705 427 843 (3000) 204 583 282 298 881
70195 842 492 967 296 79 527 710 529 490 804 821 798 288 399 807 978 (500) 570 078 314 395 430 152 (1000) 885 71717 157 220 445 446 88 600 780 17 110 832 048 72993 95 019 (3000) 619 792 04 614 883 768 348 889 488 531 323 810 892 388 464 281 755 309 78404 390 (300) 3 601 75 389 990 679 56 773 364 292 990 459 884 208 581 558 500 74172 37 920 148 0 487 495 277 289 821 917 603 44 778 270 881 (2000) 789 890 190 278 098
75315 156 187 048 792 219 843 550 704 277 108 (2000) 118 2 76574 (3000) 69 140 745 (500) 795 275 759 139 804 356 671 896 241 407 394 278 598 77334 636 881 951 614 709 481 515 350 212 387 391 019 070 125 159 090 154 350 127 107 720 (1000) 513 (500) 928 70928 12 800 066 814 898 589 885 888 108 348 128 (1000) 203 800 27 827 547 410 394 79917 56 827 240 218 207 907 402 615 (2000) 906 172 282
80280 74 (1000) 894 914 386 176 275 008 951 929 944 780 866 684 511 701 582 799 586 396 (500) 551 84920 277 058 890 845 026 19 599 (500) 12 757 282 480 002 360 561 903 (1000) 193 150 881 (1000) 59 846 82330 361 084 484 (500) 305 362 18 810 744 412 (500) 318 847 402 83917 899 108 901 (500) 894 713 522 284 500 22 (500) 354 101 886 683 831 (500) 300 701 108 518 477 327 188 44006 600 171 305 834 883 0 2 500 517 153 (1000) 178 148 400 491 047 498 379 18
85218 140 218 791 787 999 58 536 018 262 628 796 817 298 822 428 890 206 (500) 422 84857 976 761 126 509 619 848 182 871 (3000) 200 773 324 87852 455 (10 000) 204 890 025 799 64 282 802 743 (500) 890 552 184 982 270 890 541 84270 582 812 238 106 (500) 744 815 293 842 (2000) 80 336 738 011 600 589 80004 971 340 880 840 491 278 228 356 156 917 577 30 4 100 (1000)
90178 1 978 905 100 05 909 (500) 958 172 180 996 637 281 499 350 91051 (3000) 014 248 952 249 890 255 202 089 244 30 749 (1000) 504 786 (1000) 742 070 767 448 440 629 92108 152 491 918 05 091 207 507 354 369 14 93249 82 181 268 184 115 540 54 18 318 852 104 570 20 440 94047 599 897 680 588 905 678 951 598 806 (1000) 083 899 512 308 736 741
95581 308 (2000) 71 608 300 881 450 207 113 215 510 180 50 2 503 071 70 (1000) 127 708 303 834 91000 704 110 198 944 34 454 702 845 72 120 049 502 310 771 926 170 629 578 409 14 390 428 568 005 774 07898 409 755 407 577 188 084 942 181 (500) 381 504 805 317 970 010 411 870 90800 202 216 45 967 858 9 898 980 164 99115 651 794 395 08 871 755 588 381 (500) 638 250 987 112 576 06 029
100529 256 143 (500) 110 (500) 80 223 677 (1000) 182 (500) 860 (2000) 401 014 397 861 494 399 932 158 214 779 770 421 272 575 528 643 101001 107 995 149 972 057 489 888 079 478 893 943 (1000) 102398 478 977 (500) 003 720 94 534 972 328 945 292 578 (3000) 598 008 760 096 103097 (500) 795 4 840 73 (2000) 15 648 881 741 174 270 760 255 484 21 (1000) 984 849 180 819 115 104000 395 784 790 92 805 678 71 80 814 798 915 451 552 832 (2000) 174 78 242 921
105382 67 51 021 182

# Aus Fabrikkontor und Werkstatt.

## Industrielle Ansiedlungsfragen.

Der Industrialismus schreitet vorwärts. Er ist auch bei uns in Deutschland noch nicht am Ende seines Lateins. Er hat noch viel Entwicklungsmöglichkeiten vor sich.

Wie in allen Zweigen industrieller Tätigkeit, so entscheidet auch in der Ansiedlungsfrage nicht der Zufall, nicht die Einsicht einzelner befähigter Werkleiter, sondern die kapitalistische Entwicklung führt zu einer bestimmten Gesetzmäßigkeit. Neue Fabriken werden gegründet, bestehende Unternehmungen werden nach neuen Gegenden angeleitet, wenn die „Standortsfaktoren“ entsprechend günstig sind. Die Erfahrungen der Praxis führen zu bestimmten Ansiedlungsmethoden. Auch die Wissenschaft sucht sich über diese Dinge klar zu werden.

Prof. A. Weber hat zuerst in einer größeren Arbeit (Ueber den Standort der Industrie, Verlag Mohr-Verlag Leipzig) die Aufmerksamkeit auf diese Fragen gelenkt. Er charakterisiert die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Erforschung der industriellen Standortbedingungen mit den Worten: Wir sind heute Zeugen von einfach ungeheuren örtlichen Verschiebungen der Wirtschaftskräfte, von Kapital- und Menschenwanderungen, wie sie niemals ein früheres Zeitalter gesehen hat. Wir sehen, Reiche stürzen, Reiche sich erheben, scheinbar als Folge solcher Wirtschaftsveränderungen. Wir verfolgen diese Dinge mit dem leidenschaftlichen Gefühl der Bedeutung, die sie für uns haben, stellen Prognosen auf über die Tendenzen zukünftiger Anhäufung und Verteilung, über Industriestaatsentwicklung und Zusammenbruch derselben. Kurzum, wir tun tausend Dinge, die wir im Grunde nur auf der Basis einer klaren Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten, die da wirken, tun dürfen.

Auch wir in der Arbeiterbewegung haben uns mit diesen Entwicklungsstadien zu beschäftigen. Denn überall dort, wo Fabriken entstehen, werden Menschen als Fabrikarbeiter hineingezogen. Der Gewerkschaftskampf wird notwendig, der sich verschärft und vertieft, je weiter die Industrieentwicklung vorwärtsschreitet, je größer die Betriebe an Ausdehnung und je komplizierter ihre Arbeitsorganisation werden. Und nun erhebt sich in den einzelnen Industriearten für uns die Fragestellung: Welche Ansiedlungsbedingungen finden die Unternehmer jeweils an den Plätzen? Welches Tempo und welche Richtung nimmt die Fabrikentwicklung?

### Die Bildung von Industriebezirken und ihre Probleme.

Darüber hat jetzt Dr. W. Käbler in den Vorträgen der Goethe-Stiftung zu Dresden (Verlag Teubner-Leipzig) eine Arbeit erscheinen lassen. Er unterscheidet drei Arten der industriellen Ansiedlungsformen.

Der großstädtische Industriebezirk. Zunächst finden die ersten Fabriken in dem Innenteil der Stadt noch Platz. Mit dem Wachsen der Betriebe und der Ansiedlung neuer Industriezweige wandern die Unternehmer in die unbebaute Peripherie der Stadt hinaus, in die Stadtflur. Dort entstehen zugleich besondere Arbeiterviertel. Zunächst den alten großen Verkehrsstraßen folgend, schieben sich die Vorstädte hinaus. Allgemein werden die Segmente ausgefüllt durch Erschließung des zwischen ihnen liegenden Bodens zur Bebauung. Nahe gelegene Ortschaften werden von der Arbeiterbevölkerung besiedelt, die zu Fuß, mit der Eisenbahn, mit der Straßenbahn und dem Fahrrad die Wege zur Arbeitsstätte, d. h. zur Stadt, zurücklegen. Entweder findet dieses Herüber und Hinüber täglich oder bei zu weiter Entfernung wöchentlich statt. In dem letzten Fall haufen die Arbeiter während der Woche in Schlafstellen und fahren dann Sonntags zu ihrer Familie hinüber. So dehnt sich die Industrieort strahlenförmig aus, entferntere, ursprünglich selbständige ländliche und kleinstädtische Siedlungen werden von ihr umfaßt, in sie einbezogen.

Der ländliche Industriebezirk. Als zweite Gruppe nennt Käbler jene Ansiedlungsformen, die auf dem Lande durch die weite Verbreitung der Hausindustrie und der Hausindustrie vorbereitet wurden. Die handwerksmäßig und hausindustriell betriebene Produktion wird mechanisiert, vorgeschulte Arbeitskräfte sind vorhanden, auch Wasser und Wasserkraft zum mechanischen Produktionsprozeß.

So erklärt sich zum Teil auch die heutige Ansiedlung der Textilindustrie, der Kleinenindustrie etc. Neben dem Wasser aber ist es der Rohstoff oder der wichtigste Hilfsstoff, dem die Produktion in der Zeit geringerer Entwicklung dem Wassertransportmittel nachgeht: das Holz als Brennstoff spielte in der Glasindustrie, Porzellanindustrie, in der Metallgewinnung und Verarbeitung mit einer Hauptrolle, so daß eine ländliche Industrieentwicklung sich entwickeln konnte. So entsteht jene Durchdringung landwirtschaftlicher Gegenden mit langgestreckten Auen industrieller Täler, die für das deutsche Mittelgebirge, besonders auch wieder im Königreich Sachsen, so charakteristisch geblieben ist. „Eine Verdichtung der Bevölkerung läßt sich dabei feststellen, die Dörfer nehmen eine dichtere Besiedlungsweise an, die ländlichen Gehöfte nehmen Mieter, reine Miethäuser entstehen. Die Landwirtschaft ist nicht mehr die hervorragende Erwerbstätigkeit der Bevölkerung.“

Die Entwicklung dieser ländlichen Industrieansiedlung führt allerdings nicht zu den gleichen starken Anhäufungserscheinungen wie im städtischen Industriebezirk. Es sind im allgemeinen nicht Riesenergebnisse, die sich in rein ländlichen Gegenden ansiedeln. Außerdem verteilt sich die Bevölkerung, die in der Fabrik zur Arbeit zusammengebrängt wird, auf einen weiten Umkreis zum Wohnen. Es ist daher auch zumeist wohl eine Durchdringung der ländlichen Bezirke mit industriell tätiger Bevölkerung, nicht aber eine Verdrängung des landwirtschaftlichen Charakters der Gegend zu beobachten.

Die bergbauliche Ansiedlungsform bildet die dritte Art der industriellen Anhäufungserscheinungen. Seit langem sind hier und da die Vorkommen nutzbarer

Materialien, zuerst der Erze, dann des Steinkohles und der Steinkohle bekannt gewesen. Die alten Bergbaustädte und ihre industrialisierte Umgebung verdanken ihnen ihre Entstehung. Aber meist war es ein vereinzelter Vorkommen, in der Regel am oder im Gebirge; es sind im eigentlichen Sinn des Wortes „Bergstädte“ gewesen. Heute verdankt der deutsche Bergbau seine Eigenheit der Wanderung in die Ebene.

Die neuzeitlichen Aufschlüsse der Stein- und Braunkohlen sowie der Kalklager haben eine neue Erkenntnis der Lagerstätten gebracht und deren weitere Erstreckung bot früher nicht geahnte Ausdehnungsmöglichkeiten ihrer Gewinnung. Dicht gedrängt, wenn auch gelegentlich freudeweise unterbrochen, reihen sich die Bergwerke aneinander.

Der Standort der Verarbeitung ist gerade im Bergbaugebunden durch die Lage der Förderungsstätten der Rohmaterialien, die einen weiten Transport nicht vertragen. Der Großbetrieb des Bergbaues braucht erhebliche Flächen über Tage zur Errichtung der Betriebsanlagen, zur Anlage von Galben usw. Das Zusammentreffen mit städtischen Siedlungen ist dem Bergbauunternehmer also schon unerwünscht, weil er viel Platz braucht. Außerdem aber findet eine Wohnsiedlung in unmittelbarer Nähe der Bergwerke deshalb keine Schwierigkeiten, weil es gefährlich ist, Häuser auf einem Grund zu bauen, der von Bergleuten durchwühlt ist. Die ununterbrochene Erstreckung der Kohlenvorkommen läßt einen Betrieb neben dem anderen entstehen und weist ihm auf engem Raum einen nur in sehr engen Grenzen verschiebbaren Standort an. So entstehen im Kohlengbiet Betriebe, die selbst große Flächen besetzen und die außerdem in kurzer Zeit große Mengen von Arbeitskräften ohne jede Rücksicht auf die bisherige Art der Ansiedlung heranziehen und deren Unterbringung verlangen. Eine Zwischenform von ländlichem und städtischem Industriebezirk haben wir hier zu verzeichnen, ein Wirtschaftsgebiet mit Riesenergebnissen, das keine städtische Ansiedlung mit anders gearteten Erwerbszweigen in seiner unmittelbaren Nähe auskommen läßt. Nur zur Unterbringung der benötigten Arbeitermassen bilden sich Arbeiterviertel, die wiederum ein ganz bestimmtes industrielles Kosmos erhalten.

### Uebersiedlungsentwurf in der Direktionsstube.

Sehen wir also, wie sich die Industrialisierung nach bestimmten Gesetzen vollzieht, wie für die Unternehmer der gleichen Branche bestimmte Standortsfaktoren den Ausschlag geben, so ist auch im Einzelfalle die Anlage einer neuen Fabrik, bezw. die Uebersiedlung einer vorhandenen Unternehmung nach einer anderen Fabrikationsstätte eine der wichtigsten Aufgaben, die die industrielle Praxis notwendig macht. Zu beachten sind solche Entscheidungen deshalb, weil hier Fehler gemacht werden können, die sich nie wieder gut machen lassen. Eine verkehrte Spekulation in der Herstellung eines unbrauchbaren Fabrikationsartikels, eine unglückliche Geschäftsverbindung mit einem Unternehmen, das pleite wird, kann gewiß unangenehme Folgen nach sich ziehen. Aber solche Fehler verlieren nach einer gewissen Zeit wenigstens ihre Bedeutung. Eine verkehrte Fabrikationsanlage ist eine Sünde, die im kapitalistischen Leben überhaupt nicht vergeben wird; die Folgen zeigen sich so lange, wie die Fabrik besteht.

Die künftigen Betriebsleiter sucht man deshalb über diese Fragen ebenfalls methodisch auszubilden, die „Vereinigung für wirtschaftliche Ausbildung“ hat in ihren gelegentlichen Vortragskursen, die zur Belehrung der in der Praxis stehenden Betriebsleiter, Prokuristen usw. arrangiert wurden, in den größeren Industriestädten von Fachleuten auch diese Fragen mit behandeln lassen.

Die großen Firmen stehen sich in dieser Beziehung allerdings bedeutend besser wie die kleineren Unternehmungen; sie engagieren sich einen Fachmann, der den Fabrikbau als sein Spezialgebiet beherrscht. Dieser Fabrikbau-Ingenieur wird dann in vielen Fällen Angestellter der Firma, er wird durch einen festen Kontrakt gebunden, so daß seine Interessen mit denen der Firma zusammenfallen sollen. Selbst wenn der Bau dann vollendet ist, bleibt er noch in den Diensten der Firma, wird Leiter des Bauamtes und hat alle Arbeiten zu überwachen; die zur weiteren Instandhaltung der Anlage notwendig sind.

Die kleineren Fabrikanten sind meist gezwungen, bei der Errichtung einer neuen Fabrikationsanlage oder bei einer Uebersiedlung die Dienste eines Spezialfachmanns in Anspruch zu nehmen. Es gibt Fabrikanten, die glauben, weil sie ihre alte Fabrik mit Erfolg leiten und in allen ihren Einzelheiten kennen, nun auch die Uebersiedlung nach einer neuen Fabrikstätte ohne jegliche Beihilfe selbst dirigieren zu können. Dabei wird unterschätzt, daß der moderne Fabrikbau jetzt ein Spezialgebiet für sich geworden ist; eine muster-gültige Fabrik muß in ihrem Bau und in ihrer Betriebsorganisation nach mancherlei Gesichtspunkten angelegt werden, die immer eine gehörige praktische Erfahrung fordern. Dazu ist der Unternehmer beim Bau seiner eigenen Fabrik immer neuland, nur ein oder zweimal tritt eine solche Aufgabe an ihn heran, und nur während der Arbeit kann er dafür Erfahrung sammeln. Die Arbeitsteilung, die in unserm industriellen Leben mancherlei Wirkungen hervorbringt, hat auch hier dem Zivilingenieur ein großes Arbeitsfeld geschaffen. Dieser wird zum Fabrikant, der auf dem Gebiete des Fabrikbaues sich Spezialerfahrungen gesammelt hat und nun mit Rat und Tat den Firmen seine Dienste anbietet.

Zunächst wird der Bauplan in allen Einzelheiten ausgearbeitet, der finanzielle Vorkurs gemacht und die Bauzeit festgesetzt. Wenngleich der Etat in den meisten Fällen überschritten wird, so ist es doch notwendig, von vornherein eine bestimmte Grenze zu ziehen.

Eine sehr wichtige Frage der Uebersiedlung ist die Auswahl des Ortes für die neue Fabrikationsstätte. Hier entscheiden technische und wirtschaftliche Momente. Die modernen Fabrikbauten mit ihren schweren Eisenkonstruktionen

erfordern ein Baugelände, das für schwere Lasten auch tragfähig sein muß. Ist der Boden sumpfig oder zu locker, dann sind nach sorgfältigen Untersuchungen und Tiefenmessungen erst kostspielige Trockenarbeiten auszuführen und besonders Fundamente zu legen.

Auch die Größe des Grundstücks muß richtig bemessen sein. Ist das Grundstück zu groß, dann muß viel totes Kapital verzinnt werden, ist das Grundstück zu klein, dann macht jede Erweiterung große Schwierigkeiten und große Kosten.

Von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist das Vorhandensein einer billigen Betriebskraft. In einzelnen Fällen wird der Fabrikant die natürlichen Wasserkraft beugen, nur hat die Errichtung derartiger Anlagen den Nachteil der Abhängigkeit von der Jahreszeit. Im Sommer herrscht Wassermangel, der trotz aller Stauanlagen nicht immer genügend gehoben werden kann. Im Winter verhindern die Eisbildungen oft eine regelrechte Kraftabnahme. Die Wasserkraft ist also eine primitive Kraftverwendung und in den weitaus meisten Fällen kommt die Aufstellung neuartiger Kraftmaschinen in Frage: Dampfmaschinen, Explosionsmotoren. Ebenfalls sind die Rentabilitätswerte des elektrischen Betriebesystems zu ermitteln, da in allen Fabriken der elektrische Strom für Kraft- und Lichtentnahme fortwährende Verwendung findet. In einem solchen Fall ist zu beurteilen, ob die Gründung einer eigenen Zentrale zweckmäßig ist oder ob ein Lieferungsvertrag mit dem am Ort vorhandenen Elektrizitätswerk abgeschlossen werden muß.

Dann hat eine gute Verkehrsverbindung für die Rentabilität des Unternehmens seine Bedeutung. Billige Transporte per Schiff oder per Achse schaffen günstige Preisangebote, und wenn auch nominell der Kunde die Frachtkosten und die Spesen beim Bezug seiner Waren selbst bezahlen muß, da diese den listenmäßigen Verkaufspreisen zugeschlagen werden, so ist die Höhe dieser Spesen doch mitentscheidend für die Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens. Größere Werke leisten sich eigene Gleisanschlüsse bis zur nächsten Bahnstation, oder haben ein eigenes Trajekt, das die Waren auf dem Wasserwege dem nächsten Verkehrsplatz zuführt. Auf die Bedeutung dieser Transportverbindungen für die Rentabilität der Wirtschaftsunternehmungen hat mit Recht Rathenau in seinem Buche: Zur Kritik der Zeit (Verlag Fischer, Berlin), jetzt wieder hingewiesen. Rathenau bringt darin eine Abhandlung über „Massengüterbahnen“, die mit einer Arbeit des Verkehrsachmanns Bauer zusammen veröffentlicht wurde. Darin wird der Gedanke propagiert, für die Industrie, für ihre wachsenden Transportbedürfnisse sich nach neuartigen technischen Hilfsmitteln umzusehen. Der Industrialismus wird hier zu einem Transportproblem. „Der industrielle Gedanke darf nicht ruhen, solange nicht alle auffindbaren Gewinnungstellen der Erde nach dem Maße ihrer Ertragsfähigkeit und ohne irgendwelche andern Rücksichten ihre Materialien liefern, solange nicht diese Materialien an möglichst einer und zwar der denkbar günstigsten Stelle verarbeitet werden, und solange nicht jeder noch so entfernte oder unentwickelte Reservoir zum Konsum herangezogen wird.“ „Von diesem Zustand sind wir heute noch weit entfernt. Die bedeutsamsten Rohmaterialien, Kohlen, Eisenerz, Kalk, Zement, Bausteine, Holz, Kochsalz, Schwefelsäure können kaum einige hundert Kilometer zurückliegen, ohne ihren Wert so zu erhöhen, daß ihre konkurrenzfähige Verwendbarkeit aufhört. Der Ablieferungsspreis wird verdoppelt, wenn wir Schwefelsäure 500 Kilometer, Steinkohlen 300 Kilometer, Braunkohlen 44 Kilometer auf der Eisenbahn fortschleppen müssen.“

Wenn alle diese technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigt worden sind, muß doch das Problem der Arbeiterfrage betrachtet werden. In vielen Fällen, in denen ein Unternehmen nach einem neuen zukunftsreichen Industrieort verlegt wird, ist die neue Fabrik eher fertig, wie die Behörden mit dem Bau guter Verkehrsstraßen und Bahnanlagen. Die Arbeiter, die zu ihrer neuen Arbeitsstätte dann täglich lange Wege zurücklegen haben, bemühen sich nach Möglichkeit dort um Arbeit, wo die Verkehrsgegebenheiten besser sind. Neue Fabriken, die besonders auf qualifizierte Arbeiter angewiesen sind, haben auch oft unter Arbeitermangel zu leiden.

Nun werden Arbeiterwohnhäuser und Kolonien gegründet. Entweder hat ein Bauunternehmer in der Nähe einer solchen Fabrik Land angekauft und baut nun darauf seine Arbeiterwohnhäuser, oder der Unternehmer selbst wird „Bauherr“ und vermietet dann die von ihm gebauten Häuser an seine Arbeiter. Nach beiden Methoden wird der Arbeiter ausgebeutet. Der Privatbesitzer fordert hohe Mietpreise. Wenn aber die Arbeiterwohnhäuser dem Unternehmen angegliedert sind, und die Mietpreise verhältnismäßig niedriger gehalten werden, dann handelt es sich um höchst verdächtige „Wohlfahrten“, dann wird die Arbeiterfrage für den Unternehmer so gelöst, daß er die Arbeiter herbeiholt in die neu zu besiedelnde Industriegegend, und daß der Mietvertrag dann dazu dienen muß, den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Der Industrieunternehmer wird Städtebauer, er lockt Arbeiter herbei, gibt ihnen Arbeit, baut ihnen zugleich Wohnungen, aber dieses „Fabrikwohnungsweesen“ ist für seine Ansiedlungspolitik ein Zwangsmittel den Arbeitern gegenüber. Der Arbeiter wird schollenspflichtig gemacht, und im Mietvertrag durch die bekannte Streik Klausel an den Betrieb gefesselt. Darüber hat ja die Untersuchung „Fabrikwohnungsweesen“, die vor reichlich anderthalb Jahren im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften erschienen ist, Material genug geliefert.

Die Arbeiterfrage haben die Industrieunternehmer in ihrer Ansiedlungspolitik jetzt überall gelöst nach dem Goethe-wort:

Wie es auch möglich sei,  
Arbeiter, schaffe Menge auf Menge,  
Ermuntere durch Gemüß und Strengung,  
Bezahle, lode, presse bei.

Richard Wolff.

# Blutarme u. Kranke

# Santa Lucia

# Stärkungs-Fl. 1.50

# Rotwein u. 2. Nachahmung bitte zurückzuweisen.

der Rekonsolidanz feurig süßen Käuflich in Apotheken, Drogerien und Delikatess-Geschäften.

Filialen in den grössten Städten Deutschlands



# Schuhhaus Neptun

20-24 Hainstrasse 20-24 Neubau Franz Roch

Dienstag, den 8. Oktober, Nachmittag 4 Uhr

## Eröffnung

Einheits-Preis: **7.50** Mk.

Für Damen- und Herren-Stiefel  
in schwarz, braun und Lackleder.

**Berg-Stiefel und  
Promenaden-Schuhe.**

Jedes Paar ohne Ausnahme!

Ich bringe nur eleganteste, neueste  
Formen und übernehme für jedes  
Paar volle Garantie.

In dieser Preislage bringe ich etwas  
Ueberraschendes.

Ein Blick in die Schaufenster sagt  
Ihnen alles.

Jedes Paar ohne Ausnahme!

Zur Eröffnung Dienstag u. Mittwoch erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Paar Herren- oder Damenstiefel ein Paar elegante Hausschuhe **gratis**.

Schuhhaus Neptun Hainstr. 20-24  
Neubau Franz Roch.

Filialen in den grössten Städten Deutschlands

### Kleiner Anzeiger

#### Verkäufe

**Brautausstattungen**  
von 250-850 Mk liefert  
**Loedel, Pl., Aurelienstr. 4.**  
Groß. Post. guterh. Zigarren-  
kasten, div. Packg., geeig. zum  
Deforrier., präm. z. vert., gut.  
Sofa, ev. pass. zu Schuigerel.  
Renda, Oststr. 48, IV., Tr. B I.  
Klidsobr., Romm., Schischr. 15,  
Bittst. m. Nr. 12, Wschl. 6, Sofa  
15.72. Sternwartenst. 61, G.  
Kühmb., gr. Vorjchr., Bettst.  
m. Nr. 21, Sof., Wschl., Rht.,  
Fedrbett, Zi., Tepp., Nähm., G.  
Hängel, 42. Pl., Holteistr. 15b, p.

#### Möbel

Schreibisch, Särfe, Vertigo,  
Sofa, Chaisel, engl. u. neu.  
Bettst., Nr. 21, Sti., Wascht.,  
Kücheneinr. Handstr. 25 d, II. r.



#### Wäsche Blum's Militär-Ausstattung.

Militärhemden 1.50  
Reitunterhosen 1.95  
Socken, nahtlos 40  
Alba Schweißjaden, 1.05  
1.25, Fußklappen 28  
Offiziershemd. 3.50  
Hautjacken 1.40-1.75  
Unterwäsche,  
porös, für Tropen, Jagd  
und Sport.  
— Vollständige —  
Wäsche-Vieferungen  
für Einjährige.  
**Hugo Blum**  
Wäsche-fabrik  
Reichstr., Handstr. 25  
Reelle neue Betten  
Gebett 12.50, 14, 18, 25, 33, 4,  
b. Selmar Kraft, Eud., Markt.

**Für 1000. Herren**  
Ständiger Verkauf  
**getragener Herrengarderobe**  
besserer Stände.  
**eleganter neuer Garderobe.**

Riesen-Auswahl  
in

Anzüge, Mäntel und Paletots von Mk. 10, 12, 16, 20 und höher,  
Gefen und Westen von Mk. 2.50, 3, 3.50 und höher, Gummimäntel,  
Lodenjoppen, Lodenpelzröcken, Gehdröcke, Entenfedern, Frack, auch  
leichte.

Besonders stauend 1 Posten Burschen-, Jünglings-, Knaben-  
billig Paletots von 2 Mark an, auch Knaben-Anzüge.

**Blauners Monatsgarderobenhaus** Relchsstr. Nr. 30/32  
Laden im Neubau zur „Goldnen Traube“. Bitte im eigenen Interesse  
auf den Namen **Blauner** zu achten.

Vom Brühl aus links erstes Geschäft.

#### Teppiche

mit kleinen Webfehlern  
spottbillig abgegeben.  
Schützenstr. 15, I. Etage.

#### Achtung!

Von feinst. Kavalerien,  
Stud., wen. getr. a. engl.  
Stoff., a. auf Seide gearb.

#### Ulster

Paletots  
8, 12, 15, 18 Mk.  
Kammer Querstr. 32, I.  
Ecke Schützenstr.

#### Krautverkauf in Lindenau

an den Wochentagen nachmittags auf dem Volkswirtschaftshof.  
**Leipziger Westend-Baugesellschaft.**

#### Gardinen

in Metern von 1 bis  
5 Fenstern spottbillig ab-  
zugeben. Schützenstr. 15, I. Etage.  
Winterbergstr. 25, II. r.  
zu verk. Körnerstr. 24, IV. r.  
W. Unterröde, Wäsche, Besätze u. Slickerei,  
d. f. Rab. bill. Gohlisler Str. 50, I.  
Hilberw. f. u. Johannisg. 10, pt. I.

#### Rote Kartoffeln

werden hinter dem Arschberg,  
weiße Kartoffeln  
an der Rühner Straße täglich  
abgegeben. [20015  
Rittergut Schönau.  
Gr. Auswahlpriem. Manavien  
hochf. Sommerfrücht. usw. a. S.  
v. a. Vogelstr. Pratt. Käftge.  
20. an. Am. - St. Melch. empf.  
**Max Kraft, Duerstraße 17**

#### Rüchenshandtücher

grau, geädert, 4 St. 30 Pf.  
Elisabeth Hildon, Dorotheenstr. 2.

#### Tüchtigen Stempelseher

in Dual- und Mundtag perfekt, sucht sofort  
**Oskar Sperling, Leipzig-R., Brommestraße.**

#### Nebenverdienst

wird auch in  
unserer Zeitung  
hier und da an-  
geboten. Hunderte von Inseraten werden von uns zurück-  
gewiesen, wenn uns bekannt ist, daß Schwindel vorliegt.  
Aber nicht immer ist die Prüfung möglich. Es ist insoge-  
dessen nicht ausgeschlossen, daß einmal ein Inserat aus-  
genommen wird, das nicht einwandfrei ist.  
Wir ersuchen deshalb unsere verehrlichen Leser, die  
Offerten abgeben, Vorsicht walten zu lassen. Auf keinen  
Fall dürfen den Offerten Originalzeugnisse und Photo-  
graphien beigelegt werden. Auch auf die schönsten  
Versprechungen sende man für Muster-  
oder Probebestellungen kein Geld in vor-  
aus ein. Unverlangte Nachnahmeforderungen weisse  
man zurück.  
Mit Hinterlegung von Kaution bei sogen. General-  
vertretungen, Filialen usw. sei man sehr vorsichtig. Es  
empfiehlt sich, ehe dafür Geld ausgegeben wird, über  
die betr. Firma Erkundigungen einzuziehen. Mehrfach  
entpuppten sich sogenannte „Verandhäuser“, „Engros-  
geschäft“ und „Fabriken von Verbrauchsgegenständen“ als  
Schlafstelleninhaber, die unter hochtrabenden Anpreisungen  
ganz minderwertige Waren an den Mann bringen wollten.  
**Die Expedition der Leipziger Volkszeitung.**

#### Zahnarzt Borbein

früh, Ritterstr., jetzt Tauchaer Str. 10, I.  
Nähe Krystallpalast. Ortskrankenk. \*

#### Erfinder!

Wer eine Idee hat, b. e. gewerblich  
Ausbeutung gestellt, sende sof.  
Adresse, Broschüre m. Preis-  
ausführ. f. gut. 3d. grat. u. frank.  
Offerten unter V. 921  
an **Haasenstein & Vogler**  
P. G., Mannheim. [4786\*  
Als Ärzt, ausgeb. u. geprüfte  
Massen- und Masseure  
empfehlen sich: [24876  
**Gertr. Linko, Salomonst. 21.**  
**W. Breitschneider, Thure-**  
**Brand - Massage - Spez.,**  
**Zäubchenweg 12, I.**  
**O. Kauh, Stö., Glasstr. 28, II.**  
**M. Borko, Pöfer St. 18b, III.**

#### Zahnarzt Borbein

werden  
angenommen.  
Straßenbau, Wasservers.-  
Stätter, Friedrich Walther.  
**200 Mk. u. mehr** [2  
kann jed. verdienen. d. Vertr. ep.  
Artzt., bar. pat. Reuß. Ausf.  
Tagc angeleitet im **Café Weiz**  
**Zwickau i. S., Nordstr. 30.**

#### Unterricht

Tanz-Unterricht zu meh-  
donator  
Auswärtige werden bei vor-  
heriger Anmeldung an einem  
Tagc angeleitet im **Café Weiz**  
**Klein- u. Bahnhofsstraße. [2**

#### Tanzunterricht Matthias, Hohe Str. 27c, III.

Meine Kurse für **Walzer u. Rheinländer** be-  
ginnen am **6., 8. u. 11. Okt.** Hon. 6 Mk. (Dauer 6 Woch.),  
f. sämtl. Tänze 15 Mk. (Dauer 3 Mon.). Gefl. Anmelde. erb.

#### Tanzstunde Arthur Böttner

**Johannisplatz 5, I. - Telephon 15511**  
Leipzigs größtes Privat-Institut  
empfeicht bestens seine 3 monatl. Tanz- u. Anstandslehre  
für Sonntag.  
Beginn: **7. u. 14. Okt.** 20. Okt. Nachm.-Stunden  
Geschätzte Anmeldung jederzeit erbeten. Privatunterricht.

#### Tanzunterricht

**W. Weiz, Pl., Salzstr. 7 u. 9.\***  
Privat-Tanz-Unterricht  
auch Sonnt.  
Spez. f. alt. Damen u. Herren  
**Dufour-  
str. 22. Herm. Papst.\***

#### Vermischte Anzeigen

#### Patent-Bureau Gloede & Co

Mitgl. d. Verh. Deut. Pat.-Anz.  
**Petersstr. 41. Tel. 966**

#### Erfinder!

Wer eine Idee hat, b. e. gewerblich  
Ausbeutung gestellt, sende sof.  
Adresse, Broschüre m. Preis-  
ausführ. f. gut. 3d. grat. u. frank.  
Offerten unter V. 921  
an **Haasenstein & Vogler**  
P. G., Mannheim. [4786\*  
Als Ärzt, ausgeb. u. geprüfte  
Massen- und Masseure  
empfehlen sich: [24876  
**Gertr. Linko, Salomonst. 21.**  
**W. Breitschneider, Thure-**  
**Brand - Massage - Spez.,**  
**Zäubchenweg 12, I.**  
**O. Kauh, Stö., Glasstr. 28, II.**  
**M. Borko, Pöfer St. 18b, III.**

#### Ihre Anzüge

w. w. „neu“ gereinigt, geblü,  
Kugul. 2.50 Mk. Arbol. u. Zu-  
send. frei. Postkarte genügt an  
Wäscherol., Umlino" Ullitz-Laburg.

#### Hainstr. 6, I.

**Frack Smoking A. Dachs**  
**Loth-Institut. Geegründel 1870.\***

#### Hans Eitner

Rocherstr. 6a. Markt 6  
Tel. Nr. 2, Nr. 12500,  
Nr. 20310.  
Kammerjäger Wagner wohnt  
in jezt Senofelderstr. II. G. I. \*  
Knaben-Juppe i. Zeugsch verl.  
Abzug. g. D. i. Feldschlöfchen.